

WIRTSCHAFT UND UMWELT

Wirtschaftliche Entwicklung
Konsumentenberatung und Konsumentenschutz
Handel und Konsument
Preisentwicklung
Geld und Banken
Fremdenverkehr und Urlaub
Umweltschutz und Ökologie
Energie
Vom Eigenheim zum sozialen Wohnbau
Individualverkehr und Autokult
Vom Computer zum Smartphone

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die wirtschaftliche Prosperität verdankte Vorarlberg vor allem der Metall- und Elektroindustrie und dem Beitritt in die EU, während die Bedeutung der Textilverarbeitung ständig abnahm und sich dies auch in den großen Pleiten traditioneller Unternehmen zeigte. Neben lokalen Strukturschwächen von Betrieben sah die Arbeiterkammer die Ursachen für Wirtschaftskrisen vor allem beim Modell des „Neoliberalismus“ und den unkontrollierten Finanzmärkten, die heftig angegriffen wurden. Vorarlbergs Wirtschaft war seit den 80er-Jahren von zwei Rezessionen betroffen, einer kleinen und kurzen in den 90er-Jahren und schließlich von jener großen im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise ab 2008. Die bis nach der Jahrhundertwende niedrige Arbeitslosigkeit stieg hernach ständig an, trotz Produktionssteigerungen. Und in diesem Zeitraum wuchs auch die Armut eines Teiles der Bevölkerung. Die Lösung sah die AK durch Steuersenkungen, Lohnerhöhungen und vor allem durch die Erhaltung des bewährten österreichischen Sozialstaates.

Im Juli 1987 gab es in Vorarlberg 9 560 Betriebe und 109 300 versicherungspflichtige Beschäftigte. Die Säulen der Volkswirtschaft waren die Textilindustrie, die Metallverarbeitung, der Handel, das Bauwesen und die Dienstleistungen. Frauenarbeit dominierte im Textilbereich, im Handel und bei den Dienstleistungen. Die Metallverarbeitung hatte mit 14,6 % der Beschäftigten der traditionellen

Textilverarbeitung mit 15,3 % beinahe den Rang abgelaufen. 13 % Beschäftigte im Handel und 9 % im Bauwesen waren Ausdruck eines hohen Lebensstandards und einer hohen Konsumkraft.¹ Im Jahr 1987 herrschte in Vorarlberg Hochkonjunktur: Die Exporte konnten ausgeweitet werden, die Insolvenzen waren rückläufig und die Arbeitslosigkeit mit 2,7 % im Jahresdurchschnitt war sehr niedrig. Vorarlbergs Wirtschaft hatte einige Stärken aufzuweisen: Es bestand die Bereitschaft zu Innovationen und sich ständig verändernden Marktbedürfnissen anzupassen, wozu die Klein- und Mittelbetriebe ein Vorteil waren.

Sorgen bereitete jedoch die vor allem durch die niedrigen Einkommen der Textil- und Bekleidungsindustrie bedingte „Qualitätsarmut“ des Arbeitsmarktes, was zu mehr Doppelterdienern in Familien führte. Das Kummer-Institut veröffentlichte eine „Familienstudie“, die aufzeigte, dass 72 % der berufstätigen Frauen, die der untersten Einkommensschicht angehörten, ihren „Verdienst zur Sicherung des familiären Lebensunterhaltes benötigen“.² Ein unübersehbares Warnzeichen war 1985 die Stilllegung der traditionsreichen Textilwerke Ganahl in Feldkirch und Frastanz, die 600 Arbeitnehmer betraf.

Die generell positive Entwicklung hielt in den 80er-Jahren an und wurde durch eine Schillingabwertung, den internationalen Grundstoff- und Produktionsboom und eine Steuerreform (1989) gestützt. Auch im Jahr 1989 waren die Arbeitslosenrate und die Preisentwicklung von 2,7 % gegenüber 1988 gering. In der Metall- und Elektrosparte, welche mittlerweile die Textilindustrie an Wirtschaftsleistung überholt hatte, gab es gar 600 offene Stellen. Sie hatte ihre Produktivität innerhalb der vergangenen zehn Jahre um 100 % gesteigert, in der Textilindustrie waren es lediglich 8,5 %. Die Exportquoten waren hoch wie noch nie zuvor.

Es gab im Jahr 1989 sogar Symptome einer konjunkturellen Überhitzung, was den Facharbeitermangel verstärkte. Dennoch machte sich die AK Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft Vorarlbergs und beauftragte ein

Schweizer Institut, diesbezügliche Vorschläge zu erstellen. Dazu gehörten weitere Innovationsimpulse, Automatisierung und eine verbesserte Produktvermarktung im Ausland.³

In den Jahren 1990/91 zeigten sich erste Schatten einer europäischen Wirtschaftsrezession. Diese war die Folge des Golfkrieges und der damit zusammenhängenden Erdölpreisstörungen. Zwar wuchs der Privatkonsum in Vorarlberg immer noch, aber die bislang niedrige Arbeitslosigkeit stieg an, die vor allem durch den neuerlichen Zustrom von Gastarbeitern verursacht worden war. Insgesamt betrug das Wirtschaftswachstum im Jahr 1991 2,5 %. Ein leichter Exportrückgang zeigte sich bei der Nahrungsmittelherstellung und der Textilverarbeitung. Andererseits boomten die Elektroindustrie, der Stahlbau und auch die Bekleidungsherstellung.⁴

Die Textilindustrie blieb weiterhin das Sorgenkind. Dafür gab es mehrere Gründe: Unter anderem war es die Verlagerung von Betrieben in den Osten Europas wegen der dort niedrigen Arbeitskosten. AK-Direktor Peter warnte jedoch: Niedriglöhne und Nulllohnstunden in Vorarlberg seien keine Lösungen. Der Weg aus der „Flaute“ müsse über bessere Ausbildung, bessere Technologien und neue Produkte führen. Ein gutes Beispiel dafür war die von der AK angeregte Gründung der Fachhochschule in Dornbirn.⁵

Trotz der Strukturkrise der Textilindustrie war AK-Präsident Fink optimistisch und verteidigte das „österreichische Modell“ und die Marktwirtschaft mit „sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen“. Sein erklärtes Feindbild war Großbritanniens Neoliberalismus – der „Thatcherismus“. Nach Deregulierungen, Privatisierungen und der Zerschlagung der Gewerkschaften sei Großbritannien heute das „Armenhaus Europas“. Mit einer Anspielung auf die neoliberalen Bestrebungen der FPÖ, die der österreichischen Sozialpartnerschaft nicht gewogen war, beschrieb Fink „sein“ Staatsmodell so: „Gleichwohl drängen auch bei uns Wirtschaftskreise darauf, daß sich der Staat aus der Verantwortung zurückzieht, wo es nur geht. Zudem sollten beispielsweise das Arbeitszeitgesetz liberalisiert, die Arbeitsämter privatisiert, die Gewerkschaften zurückgedrängt und die Kammern ganz abgeschafft werden. Der enorme Erfolg unserer Wirtschaft, unser gesamter Wohlfahrtsstaat beruht aber auf sozialem Ausgleich und nicht nur auf dem freien Spiel der Marktkräfte. Das System der österreichischen Sozialpartnerschaft hat sich bestens bewährt.“⁶

Im Jahr 1993 war schließlich in Vorarlberg die Wirtschaftsrezession unübersehbar geworden. Erstmals seit

1981 fand kein Wirtschaftswachstum mehr statt. Mit 6,6 % gab es die höchste Arbeitslosenrate seit 1945. Einige Firmen reagierten mit dem Abbau von Sozialleistungen und mit Lohnkürzungen.⁷ AK-Präsident Fink sah die Hauptgründe für die „Flaute“ bei den Firmenzusammenbrüchen, der ausländischen Niedriglohnkonkurrenz und den Schwierigkeiten des Staatshaushaltes. Die Ostöffnung des Arbeitsmarktes trage ebenfalls dazu bei. Aber nicht das neuerliche Aufziehen eines Eisernen Vorhanges sei die Lösung, sondern die längerfristige Integration dieses Raumes als „Grundlage für ein friedliches, demokratisches und wirtschaftlich starkes Europa“.⁸ AK-Direktor Heinz Peter war dennoch überzeugt, dass der Wirtschaftsstandort Vorarlberg gute Zukunftsperspektiven biete: „Anstatt aber in die bekannte Jammerei einzustimmen, tritt die Vorarlberger Arbeiterkammer für eine Versachlichung ein.“ Vor allem was die Produktivität anbelange, habe Österreich einen gewaltigen Aufholprozess hinter sich und rangiere derzeit unter den westlichen Industriestaaten in einer Spitzenposition. Das Credo von Peter: „Ohne Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wird es für Österreich, speziell aber für das exportabhängige Vorarlberg sehr schwierig, seine Standortvorteile auch in Zukunft wirkungsvoll auszuspielen zu können.“⁹

Was nicht erwartet wurde, war der rasche Konjunkturaufschwung im Jahr 1994. Man konnte auf einer soliden Grundlage aufbauen: Zwischen 1983 und 1994 hatte Österreich ein „Wohlstandswachstum“ von 21 % erlebt, dabei war die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden gesunken. Die Umsätze im Einzelhandel stiegen um 6,8 %, die Exporte um 8,8 %, die Industrieproduktion wuchs um 2,5 %.¹⁰ Für die AK war dies jedoch kein Grund zur Beruhigung und sie forderte einen Katalog von Einzelmaßnahmen, um eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu garantieren. Dazu gehörten:

- Strukturwandel von der Textilindustrie zum Metall- und Elektrosektor
- Betriebliche Innovationen
- Strategische Bearbeitung neuer Märkte
- Gezielte betriebliche Ansiedlungspolitik mit hoher Wertschöpfung
- Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze
- Mehr Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte.

Herausgefordert durch die überwundene Wirtschaftsrezession und die Pleiten in der Textilindustrie entschied die Arbeiterkammer sich „aktiv in die wirtschaftspolitische



Diskussion einzuschalten, weil ungeachtet der Aufbruchsstimmung durch die Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt die Strukturveränderungen in der Wirtschaft weitergehen“.¹¹

Diese „aktive Teilnahme“ am Vorarlberger Wirtschaftsgeschehen hatte sich auch im Zusammenhang mit Ausgleichs- bzw. Konkursverhandlungen der AK mit großen Firmen gezeigt: Im Jahr 1983 traf es Herrburger und Rhomberg, 1986 die Textilwerke Ganahl mit 600 Arbeitnehmern, 1989 Blue Denim Rümmele und die Firma Pantex, 1991 die Textilwerke Benedikt Mäser, 1993 die Textilfirma F.M. Rhomberg, 1996 den Metallbetrieb Schelling mit 250 Arbeitsplätzen. Nur mit Mühe konnte 1990 der Standort der Schifabrik Kästle gerettet werden, Elektra Bregenz wanderte 1988 nach Tirol ab. Der Höhepunkt der Pleiten wurde im Jahr 1993 erreicht: 1 600 Arbeitnehmer waren von Insolvenzen betroffen, es ging um Arbeitnehmeransprüche von 242,2 Millionen Schilling, wofür sich die AK einsetzte.¹²

Frauen sehen den Trend am Arbeitsmarkt deutlich skeptischer als Männer.

Die AK machte sich Gedanken darüber, wie es zu dieser kurzfristigen Rezession hatte kommen können. Neben Firmenpleiten und betrieblichen Auslagerungstendenzen sah sie vor allem in den schleppenden Strukturveränderungen die Hauptursache. Es seien in gewissen Branchen auf die Dauer nicht konkurrenzfähige Billigprodukte mithilfe von Gastarbeitern zu Niedriglöhnen produziert worden, damit habe man „strukturelle Schwächen geradezu konserviert“. ¹³ Auch Präsident Fink kam in der AK-Vollversammlung auf die wirtschaftliche Lage zu sprechen. Er wies die „Jammermeldungen“ der Unternehmer zurück und hielt Österreich für einen „hervorragenden Wirtschaftsstandort“. Die letztlich „wahren“ Ursachen fand er im „rücksichtslosen Neokapitalismus“, er mache die Reichen reicher und die Armen ärmer. Und er bezeichnete es als einen Skandal, dass die multinationalen Unternehmen und die riesigen Aktien- und Spekulationsgewinner kaum Steuern und Abgaben bezahlten. Obwohl Fink „prinzipiell“ für eine EU-Osterweiterung war, lehnte er diese vorerst ab, weil sie nur wenigen großen Firmen nütze. ¹⁴

Vorarlberg erholte sich von dieser Wirtschaftsflaute jedoch rasch: Im Zeitraum von 1997 bis 2000 kamen jährlich zwischen 1 500 und 1 800 neue Arbeitsplätze hinzu. Die Arbeitslosenrate sank in diesem Zeitabschnitt von 6,1 auf 4 % und es herrschte bereits ein deutlicher Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Die Ursachen dafür waren die überdurchschnittlichen Wachstumsraten von 2,4 % als Folge der boomenden Exporte. Das Wachstum war somit höher als in der Schweiz und in Süddeutschland.

Nach der Jahrhundertwende ging in Vorarlberg der dynamische Wirtschaftsprozess weiter: Bis zum Jahr 2005 gab es jährliche Wirtschaftswachstumsraten um 2,7 %, es waren die höchsten in Österreich. Als wichtigster Konjunkturmotor erwies sich im Jahr 2005 die Sachgüterproduktion mit einem Umsatzplus von 8,2 %. Die Exporte waren gegenüber dem vergangenen Jahr um 6,5 % gestiegen und lagen um 40 % über dem öster-

reichischen Durchschnitt. Dennoch gab es ein Problem, es war die relativ hohe Arbeitslosigkeit von 6,7 %, die aber immer noch unter dem österreichischen Schnitt von 7,2 % lag. Außerdem waren vier weitere Textilunternehmen in Konkurs geraten. Präsident Fink über die Folgen: Aufgrund des starken Strukturwandels blieben jene auf der Strecke, die „zu alt, zu wenig qualifiziert, zu wenig flexibel oder zu wenig sozial kompetent“ sind. Dazu kämen Arbeitnehmer aus der ersten Gastarbeitergeneration, die nur schwer am Arbeitsmarkt unterzubringen seien. Fink war daher auch strikt gegen einen weiteren Gastarbeiterzuzug. ¹⁵ Dies bedeutete für ihn jedoch keinen „Rückfall in die Einzelstaatlichkeit, in neue Abgrenzungen oder Marktabschottungen“. Sogar bei der Globalisierung würden Vorteile die Nachteile überwiegen. ¹⁶

In dieser Phase der Hochkonjunktur war es laut einer AK-Umfrage im Jahr 2002 für die meisten pragmatisch denkenden Vorarlberger Arbeitnehmer sinnvoll, am



Pleitenrekord im Ländle. Präsident Fink und Betriebsräte kämpfen um Recht und Arbeitsplätze.

Stabilitätskurs für die Staatsfinanzen festzuhalten und sogar eine Steuerreform zurückzuweisen – eine solche sollte nur dann gemacht werden, wenn es zu keiner Neuverschuldung käme.¹⁷

Unter diesen Prämissen war der einst gegen Widerstände zustande gekommene Beitritt Österreichs in die EU nach einem zehnjährigen Rückblick für die AK „eine Erfolgsgeschichte“: Vorarlbergs Exportindustrie hatte sich im europäischen Konkurrenzkampf bestens behauptet, das Wirtschaftswachstum lag im Jahr 2005 bei 3 %, das Angebot von Konsumgütern und Lebensmitteln war bei einer niedrigen Inflationsrate von 2,1 % enorm gewachsen. Aber eine Kritik hatte die AK dennoch anzumelden: „*Netto haben sich die Einkommen der Arbeitnehmer in den Jahren seit 1995 praktisch nicht mehr erhöht [...] und daß gleichzeitig die Steuerbelastungen für Unternehmer, Freiberufler und Vermögende laufend sinken.*“ Darunter, so Fink, leide der Sozialstaat und es gehe „*in Richtung Entsolidarisierung und*



Amerikanisierung“. Der Gedanke an eine Steuerreform, wie schon im Jahr 2002, tauchte wieder auf.¹⁸

Als Hubert Hämmerle im Jahr 2006 die Nachfolge von Josef Fink antrat, sonnte er sich nicht in den positiven Wirtschaftsdaten, sondern stellte umgehend sein neues „*Zukunftsmodell Sozialpartnerschaft*“ vor: Er forderte eine nachhaltige Beschäftigungsentwicklung und eine gezielte Budget- und Steuerpolitik. Seine Hauptziele waren ein starker Wirtschaftsstandort Vorarlberg, mehr Verteilungsgerechtigkeit und die Aufnahme von sozialen Grundrechten in die Bundesverfassung.¹⁹

Was Hämmerle jedoch nicht ahnen konnte, war die im August 2007 in den USA ausbrechende Immobilienkrise, die sich zu einer Banken- und Finanzkrise und schließlich zu einer Weltwirtschaftskrise ausweitete, erstmals seit 1945. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte sie mit dem Zusammenbruch der US-Großbank Lehman Brothers im September 2008. Produktionsenkungen und Unternehmenszusammenbrüche folgten. In Europa kam es etwas verspätet zur „Eurokrise“ mit hohen Staatsschulden. In Österreich war davon vorerst wenig zu bemerken: Im Jahr 2007 hatten die Exporte und die ausländischen Investitionen noch einen Höchststand erreicht. Von Mitte 2008 bis Mitte 2009 erfolgte jedoch ein tiefer Einschnitt in die Realwirtschaft Österreichs. Allein das Bruttoinlandsprodukt ging real um 3,6 % zurück! Die Arbeitslosigkeit hatte sich sprunghaft erhöht.

Es ist überraschend, dass die AK zu diesen weltwirtschaftlichen Problemen in ihren Medien vorerst keine „offiziellen“ Stellungnahmen abgab. Die Leser der AKtion erfuhren jedoch vom „*Maßnahmenpaket*“ des Landes Vorarlberg vom Oktober 2008. Landeshauptmann Herbert Sausgruber erläuterte in einem AK-Interview die Schwerpunkte: „*Das Vorziehen von baureifen Projekten der Infrastruktur und ein massiver Schub im Bereich Wohnbausanierung*“ und ein „*Lehrlingspaket*“ – Investitionen von insgesamt rund 60 Millionen Euro, die aus Rücklagen finanziert werden konnten.²⁰

Die Angst vor dem Verlust des Jobs hat im Ländle stark zugenommen.



AK und GPA kämpfen gegen unattraktive Arbeitsbedingungen und schlechte Gehälter im Handel.

Im folgenden Jahr 2009 hatte die Weltwirtschaftskrise auch Vorarlberg im Griff: Die Exportwirtschaft verzeichnete einen Rückgang um 20 %! Einbußen gab es vor allem in den Bereichen Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, bei chemischen Produkten, der Textilindustrie und sogar bei der Metallverarbeitung. Die Arbeitslosenquote war auf 7,3 % gestiegen – im Jahr davor waren es 6,2 %. Die Wirtschaftskrise überschattete auch die Hauptthemen der 161. Vollversammlung der AK im Juni 2009. Es war allen Fraktionen klar, dass nur ein gemeinsames Vorgehen, fern ideologischer Unterschiede, eine Basis für ohnedies beschränkte Maßnahmen gegen die Krise bildete. Ausdruck war die folgende Resolution: *„Die 161. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert die Vertreter der Wirtschaft und Politik auf, die Krise mit den Arbeitnehmer/innen in sozialpartnerschaftlichem Geiste zu bewältigen. Gute Worte in den vergangenen Jahren wollen wir jetzt auch umgesetzt wissen, um den sozialen Frieden weiterhin gewährleisten zu können!“* Zentrales Anliegen der AK war *„Gerechtigkeit zwischen Betrieb und Arbeitnehmer“*. *„Glücklicherweise“* verhalte sich die weit überwiegende Zahl der Vorarlberger Betriebe *„auch in der Flaute konsensorientiert“*.²¹

AK-Direktor Rainer Keckeis fand ungewöhnlich scharfe Worte, wenn er in einem Kommentar über die *„Gier als Triebkraft des Kapitalismus“* schrieb, und er fand sie sogar in den Reihen der Funktionäre der Industriellenvereinigung: *„In diesen wirtschaftlich guten Jahren aber*

*wurden sie (Arbeitnehmer) mit geringen Lohnerhöhungen abgespeist, immer mit dem Argument, das wäre eine Investition in die eigene Zukunft, denn nur damit könne die Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden. Deshalb verstehe ich den Frust und Zorn vieler Arbeitnehmer/innen, die schon ihren Job verloren haben oder nur mehr Teilzeit arbeiten dürfen [...] Die Politik wird gut beraten sein, nicht diesen unverschämten Lobbyisten in eigener Sache auf den Leim zu gehen, deren Motto offenbar lautet: Tritt jene, die am Boden liegen, am härtesten. Was folgt nun also der Gier? Das ist leider ganz einfach zu behaupten: Nach der Gier kommt die Unverschämtheit.“*²²

Ursachen für die Krise sah die Arbeiterkammer aber auch im eigenen Land, im Versagen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der einseitigen Privilegierung der Vermögenden. Daher forderte sie in der 163. Vollversammlung im Mai 2010 die rasche Umsetzung verschiedenster Maßnahmen: Vermögensbesteuerung, Besteuerung von Privatstiftungen, Börsenumsatzsteuer, Solidarabgabe der Banken, reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer, Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern usw. Diese *„Krot“* sollten jene schlucken, *„die die Krise verursacht haben“*. Und Präsident Hämmerle: *„Arbeitnehmer/innen über höhere Massensteuern noch einmal zur Kasse zu bitten, wäre geradezu unanständig.“*²³

Im November 2009 gab es in Vorarlberg 11 041 Arbeitslose, was einer Quote von 6,8 % entsprach, immer

noch besser als der Bundesdurchschnitt von 8,7 %. Besorgniserregend waren die Alters- und Langzeitarbeitslosigkeit und die fehlenden Lehrstellen für Jugendliche. Gemeinsam mit der Landesregierung und den Sozialpartnern konnte man sich auf das Modell der „Kurzarbeit“ einigen, das auf jeden Fall der von den Unternehmern gewünschten „Teilzeitarbeit“ vorgezogen werden sollte. Letztere bedeutete meist einen hohen Einkommensverlust und die Verlagerung des Risikos einseitig auf die Arbeitnehmer.²⁴

Sicherlich waren in Vorarlbergs Betrieben Strukturprobleme vorhanden, die nun in voller Härte zum Ausdruck kamen. Diese zeigten sich wiederum in der Textilbranche. Seit den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts waren dort rund 13 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, von 2001 bis 2008 allein 600. Der Paukenschlag war jedoch ein Jahr nach Beginn der Weltwirtschaftskrise die Insolvenz von F.M. Hämmerle mit 300 Mitarbeitern (2008) – sie hatte österreichweites Aufsehen erregt. Voran gegangen war ein Jahr zuvor der Konkurs der Wirkwaren-firma Wolff in Hard mit 320 Mitarbeitern.²⁵ Das AMS und die AK wurden aktiv. Diese schaltete in den komplizierten Verhandlungen und Verfahren ihre Rechtsabteilung ein und leistete finanzielle Sofort- und Überbrückungshilfen an die arbeitslosen Mitarbeiter des Dornbirner Textilunternehmens F.M. Hämmerle.²⁶ Nicht genug damit: Im selben Jahr 2008 kam es zu Kündigungen bei Huber Holding in Hard, zum Personalabbau bei

der Rankweiler Firma Hirschmann und 2009 zu Kündigungen bei Doppelmayr. Den Betroffenen nahm sich die AK mit einer Arbeitsstiftung und einem Sozialplan an. Die AK-Insolvenzabteilung trachtete danach, dass die offenen Lohnansprüche bzw. Forderungen rasch erfüllt wurden.²⁷

Was bei der AK helle Empörung hervorrief, war das Verhalten des in Rankweil ansässigen und global führenden Unternehmens Mahle-König, welches vor allem Kolben und Zylinder erzeugte. Es ging um Kündigungen von beinahe 200 Mitarbeitern, ein radikaler Abbau! Als die AK auf den Plan trat, verweigerte die Unternehmensleitung sowohl einen Sozialplan als auch Kurzarbeit. Präsident Hämmerle wurde deutlich: *„Die Vorgangsweise zeugt von Shareholder-Value-Kultur reinster Güte (ausschließliche Gewinnmaximierung an Börsen zu Gunsten der Aktionäre), vermittelt soziale Eiseskälte und entspricht in keinster Weise der in Vorarlberg vorherrschenden Unternehmenskultur. [...] Wo sind die Gewinne der letzten fetten Jahre? [...] diese Menschen jetzt nur noch als Kostenfaktor zu behandeln, ist schäbig.“*²⁸ Auch im Jahr 2010 setzten sich die Insolvenzen fort. Die Insolvenzabteilung der AK berechnete für jeden von einer Insolvenz betroffenen Arbeitnehmer im statistischen Durchschnitt über 10.200,- Euro an Gehaltsforderungen. Vorarlberg lag innerhalb Österreichs an der Spitze, wenn es um die rasche Durchsetzung der Ansprüche ging – es dauerte nur sechs bis acht Wochen. Von den in den letzten fünf



MÜSSEN WIR JEDE KROT SCHLUCKEN?

Oder kämpfen wir gemeinsam gegen neue Massensteuern und Einsparungen am falschen Platz.
www.arbeiterkammer.at

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN.

AK

ÖSTERREICH

Jahren etwa 10,8 Millionen Euro Forderungen konnte die AK 9,8 Millionen Euro durchsetzen.²⁹

Obwohl sich die Vorarlberger Wirtschaft nach dem Jahr 2012 langsam zu erholen begann, waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise immer noch spürbar, vor allem für den Großteil der Arbeitnehmer: Die Löhne und Gehälter konnten mit der massiven Teuerung bei Lebensmitteln, Energiepreisen und Wohnungsmieten nicht mithalten, die Kaufkraft sank auch im Jahr 2012 und immer mehr Menschen hatten Probleme, ihren bisherigen Lebensstandard zu erhalten. Aufgrund einer Untersuchung der AK im Jahr 2010 waren etwa 18 % der Vorarlberger armutsgefährdet – mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 951,- Euro.³⁰ Zwei Jahre später wurde ihre Zahl auf 45 000 bis 50 000 Personen geschätzt. Die AK veröffentlichte ein Interview mit dem Sprecher der „Vorarlberger Armutskonferenz“, nachdem die AK eine Befragung mit einem überraschenden Ergebnis durchgeführt hatte: Etwa ein Drittel der Befragten sprachen sich für Kürzungen im Sozialbereich (!) aus! Die Erklärung der AK lautete: *„In Vorarlberg ist dieses Leistungsdenken ein großes Problem: Wer keine Arbeit hat, ist selber schuld, die alleinerziehende Mutter ist selber schuld usw. [...] Dann macht man die zum Sündenbock, die nicht mehr arbeiten dürfen oder können und wirft ihnen vor, sie lebten auf unsere Kosten.“*³¹

Wiederholt wurde die ungerechte Umverteilung der Gewinne für die soziale Not angeprangert und daran gab Präsident Hämmerle in der Vollversammlung des Jahres 2012 einer Reihe von Akteuren und Missständen die Schuld: *„[...] gleichzeitig (werden) Bankenrettungspakete geschnürt, Gewinne explodieren und immer höhere Bonuszahlungen und Managergehälter ausbezahlt. Ginge es allerdings darum, Börsenzockern, Finanzmarktjongleuren und Rating-Agenturen auf die Finger zu klopfen oder Vermögen etwas höher zu besteuern, verliesse die Regierenden blitzartig der Mut. Der Finanzmarkt beherrscht die Politik und nicht die Politik den Finanzmarkt.“*³²

All diese negativen Erscheinungen wirkten sich auch auf das soziale Klima in Vorarlberg aus, wie eine von der AK in Auftrag gegebene Markt- und Meinungsumfrage im Jahr 2013 ergab: 87 % befürchteten eine Steigerung des Leistungsdruckes am Arbeitsplatz, 83 % einen Abbau von Sozialleistungen, 62 % Arbeitslosigkeit und 70 % steigende Kriminalität.³³

Trotz alledem hatte sich die Vorarlberger Wirtschaft im Jahr 2013 erholt und die Wirtschaftskrise war überwunden, wie ein AK-Monitoring unter tausend heimischen

Betrieben nachweisen konnte: *„23 Prozent Rendite pro Jahr können sich sehen lassen.“*³⁴ Auch das Jahr 2015 wies für Vorarlberg eine erfreuliche Bilanz auf: Es gab innerhalb Österreichs das höchste Wirtschaftswachstum. Vorarlberg profitierte von der überdurchschnittlichen Sachgütererzeugung und insbesondere von der Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen für die exportorientierte Industrie, auch erlebte die Bauwirtschaft eine deutliche Steigerung. Der Wermutstropfen war die seit Jahren angestiegene Arbeitslosigkeit, die 6 % erreichte, jedoch immer noch unter dem österreichischen Durchschnitt lag.

Was die AK in diesen Jahren des gedämpften Wirtschaftsaufschwungs hauptsächlich beschäftigte, war die vehemente Forderung nach einer merkbaren Steuerreform, von der man sich mehr soziale Gerechtigkeit und auch eine Ankurbelung der Konsumgüternachfrage erwartete.

KONSUMENTEN- BERATUNG UND KONSUMENTEN- SCHUTZ

Eine der wichtigsten Tätigkeiten der AK ist der Konsumentenschutz und die Konsumentenberatung. Der Einsatz für Konsumenten entwickelte sich mit den Jahren zu einem ständig wachsenden Bereich der Arbeiterkammer. Das Jahr 2003 brachte für AK-Mitglieder ein großes Plus: Sie genossen auch im Bereich des Konsumentenschutzes die Sicherheit einer kostenlosen Rechtsvertretung. Ab dem Jahr 2009 stand die Konsumentenberatung auch Nichtmitgliedern kostenlos zur Verfügung, was zu einem Rechtsstreit mit der Rechtsanwaltskammer führte.

Der Beginn des Konsumentenschutzes der AK für Vorarlberg fällt in das Jahr 1960. Dieser war die einzige Einrichtung dieser Art im Land, welche Konsumenten vertrat. Im Jahr 1968 begann die wirtschaftspolitische Abteilung mit einer Radiosendung, die in den folgenden Jahren zu einem festen Bestandteil der öffentlichen Konsumenteninformation wurde – es war „Der Tip der Woche“ im ORF. In den 70er-Jahren nahm die Konsumentenberatung rasch zu, worauf man mit Sprechtagen zur individuellen Fachberatung begann, und das 1979 gegründete „Vorarlberger Konsumentenforum“ erwartete sich eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Behörden und Medien. Neue Arbeits- und Beratungsbereiche wurden erschlossen: Es ging um Energiesparen, um Gesundheit und Freizeit und um Lebensmittel im Zusammenhang mit der neu aufgetretenen „Bio-Welle“. Die Anzahl der Anfragen und Interventionen nahm ständig zu, und die wachsende Gesetzmaterie stellte eine große Herausforderung dar.¹

Als Josef Fink im Jahr 1987 sein Amt antrat, war die Abteilung für Wirtschaftspolitik und Konsumentenberatung bereits eine bedeutende Säule der AK und in Teilen der Öffentlichkeit bekannt. Ihr stand der aus politischen Vertretern gewählte Konsumentenausschuss aus zwölf



**Traum-Urlaub gebucht. Alptraum erlebt?
Ist Ihnen noch zu helfen?**

**Ja, sicher:
AK-Konsumentenschutz
Tel. 05522/306 - 300**

**AK
Vorarlberg**

Ihr lang ersehnter Urlaub ist im heruntergekommenen Ferienclub baden gegangen? Sie haben am Flughafen stundenlang auf den Abflug warten müssen? Behalten Sie Ihren Frust und Ihre Enttäuschung nicht für sich. Die AK hilft Ihnen bei allen Problemen rund um den Urlaub. Sie steht Ihnen aber natürlich auch darüber hinaus bei Fragen des Konsumentenschutzes kompetent zur Seite.

Mitgliedern zur Seite, diesen leitete Kammerrätin Josefine Winkler aus der ÖVP. Die Abteilung hatte es, wie auch in den kommenden Jahren, vor allem mit folgenden Bereichen zu tun: mit Preiserhebungen, Gutachten und Stellungnahmen zu Verordnungen und Gesetzen. Spezielle Schwerpunkte waren Energie- und Baufragen, Wohn- und Mietrechtsangelegenheiten und Schadenersatzforderungen in der Autobranche. Die Nachfrage war so groß, dass man eine Trennung zwischen persönlicher Beratung und telefonischer Nachfrage durchführen musste. „Musterprozesse“, mit oft jahrelangen Verfahren, erregten das Interesse der Öffentlichkeit.² Konsumenten wurden durch ein breites Spektrum an Medien stets über aktuelle Themen informiert: Durch die seit dem Jahr 1977 praktizierte mediale Präsenz im ORF, unzählige Presseaussendungen und Broschüren, die an jeden Haushalt versandte Zeitung AK-tion, eine wöchentliche Kolumne in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung (ab 1990), eine wöchentliche ganze Seite in den Vorarlberger Nachrichten (ab Herbst 1992) und später durch Fernsehbeiträge.

Dass sich die Abteilung auch mit „Wirtschaftspolitik“ beschäftigte, bezog sich auf ihre vielfältigen statistischen Index-Erhebungen, die Günther Keckeis als Direktor-Stellvertreter und Leiter der Wirtschaftsabteilung vornahm. Neben den umfassenden Analysen ging es im Jahr 1992 beispielsweise um Lebenshaltungskosten, Baukosten und Verbraucherpreise. Die Statistiken waren die Grundlage für die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der AK und des Gewerkschaftsbundes, zumal sich Vorarlberg in diesem Jahr erstmals seit 1981 in einer Wirtschaftsstagnation befand. 1992 war ein Teuerungsjahr mit Spitzenwerten, die besonders Familien der Unterschicht trafen: Erhöhungen gab es mit 31,8 % bei Kindergartengebühren, mit 29,9 % bei Arztkosten und bei Energiepreisen.³ Dazu kam ein Höchststand der Arbeitslosigkeit von 6,6 %.⁴ Die Rezession machte sich auch bei der Konsumentenberatung bemerkbar: Sie hatte es vor allem mit Wohn- und Mietangelegenheiten zu tun und mit massiven finanziellen Problemen im privaten Baubereich.

Das Jahr 1992 war aber auch in anderer Sicht für die Konsumentenschutzabteilung eine große Herausforderung: Das bisherige Preisrecht wurde grundlegend reformiert und in Hinblick auf die bevorstehenden EG-Beitrittsverhandlungen mussten zahlreiche Gesetze angepasst werden, „wobei dies zum Teil rasch und wenig überlegt erfolgte, indem EG-Regelungen einfach übernommen wurden, ohne diese an die österreichische Rechts-Systematik anzupassen und Besonderheiten zu berücksichtigen“.⁵

Die Dienstleistungen der Abteilung für Konsumentenberatung nahmen ständig zu, vor allem die Telefonanfragen, was die folgende Statistik aufzeigt:⁶

| Anfragen an die Konsumentenberatung 1996 bis 2015 | | | |
|---|--------------------|-------------------|-------------------|
| | 1996 | 2007 | 2015 |
| Beratungsfälle | 9 688 | 19 523 | 23 192 |
| Persönliche Vorsprachen | 2 651 | 2 812 | 3 843 |
| Telefonische Anfragen | 7 037 | 15 039 | 16 108 |
| Schriftliche Kontaktaufnahmen | | 1 672 | 3 241 |
| Schriftliche Interventionen | 871 | 3 224 | 2 191 |
| Finanzieller Erfolg in Euro | 225.721,82 | 826.736,01 | 901.483,60 |
| in Schilling | 3.106.000,- | | |

Nachdem die Beratungen und Anfragen auch im Zusammenhang mit der Euro-Einführung ständig stiegen, führte die AK im Jahr 2001 unter Federführung des späteren AK-Direktors Rainer Keckeis die sogenannte „EURO-Hotline 0800-221155“ ein. Sie stand kostenlos für alle Fragen, Beschwerden und Info-Wünsche von Montag bis Freitag zur Verfügung.

Was Vorarlbergs Bevölkerung vor allem interessierte, waren die speziellen Warentests und Preiserhebungen, da sie maßgeblich das Verhalten von Händlern und Dienstleistern beeinflussten und sie zu Qualitätsverbesserungen und Preissenkungen zwangen. Dadurch erwarb sich die AK in Vorarlbergs Bevölkerung ein hohes Maß an Zustimmung und Vertrauen. Im Jahr 1997 betraf dies beispielsweise einen Eier-test, Hühnerfleisch-test, Obst- und Gemüsetest, einen Fahrschultest, eine Benzinpreiserhebung und eine Schilftpreiserhebung.⁷ Im Jahr 2001 beschäftigten die Konsumentenberatung Lebensmittel-skandale – besonders BSE und der Medikamentenmissbrauch bei der Schweinemast. Die AK forderte daher, wie schon seit Jahren, Maßnahmen zu einer erhöhten Lebensmittelsicherheit.

Wer bislang von der Konsumentenberatung der AK nichts gesehen und gehört hatte, wurde im Jahr 2003 auf



Der Konsumentenschutz gehört zu einer wichtigen Aufgabe der AK.

der Dornbirner Messe darüber informiert: Mit einer sechs Meter hohen US-Comic-Cartoonfigur, dem Matrosen Popeye, machte die AK mit ihrer Aktion „Rechtshilfe Plus“ auf sich aufmerksam. Es ging dabei auch um Themen wie Pensionsreform, Arbeitsrecht, Bildungsangebote usw. *„Ein wahrer Kult entwickelte sich um die originellen Popeye-Dosen, die mit gespritztem Apfelsaft gefüllt waren und an die Infostand-Besucher verteilt wurden.“* Die AK wartete auch mit der erfreulichen Mitteilung auf, dass sie zukünftig in Rechtsangelegenheiten nicht nur bei besonders wichtigen Grundsatzfragen, sondern in allen Fällen einen kostenlosen Anwalt anbot, wenn für einen Fall berechnete Erfolgsaussichten festgestellt werden konnten.⁸ Eine erfolgreiche Aktion dieser Art war die Nachrechnung von 20 000 Bankkrediten, wobei im Jahr 2002 400.000,- Euro zurückbezahlt werden mussten.⁹

Die positive Bilanz bestätigten in den Jahren 2002 und 2004 Umfragen durch ein Meinungsforschungsinstitut: Auf die Frage, wer die Vorarlberger Konsumenten am besten vertrete, nannten beinahe zwei Drittel die AK. Im Tätigkeitsbericht steht zu lesen: *„Mittlerweile wollen auch Bevölkerungsgruppen, die der AK nicht als Mitglieder angehören, den Service des Marktführers in Anspruch nehmen. Unternehmer, Bauern, Grenzgänger usw. sind von der Qualität der AK-Konsumentenberatung überzeugt und fordern Land bzw. Bund auf, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das Angebot für alle nutzbar wird.“*¹⁰

2008, vier Jahre später, bewerteten laut einer Umfrage durch ein Meinungsforschungsinstitut mittlerweile rund 90 Prozent der Vorarlberger das Thema Konsumentenschutz als sehr wichtig bis wichtig. Seit 1999 nimmt die AK Vorarlberg in einem Vergleich von geschenktem Vertrauen zu Institutionen eine Spitzenposition ein. AK-Direktor Rainer Keckeis in einer Pressekonferenz anlässlich 50 Jahre Konsumentenschutz in Vorarlberg: *„Wir freuen uns, dass der AK und ihrer Konsumentenberatung so viel Vertrauen entgegengebracht wird. Heute, 50 Jahre nach der Gründung der Konsumentenberatung, sind die Anforderungen enorm gestiegen. Ging es ursprünglich in erster Linie um Informationsarbeit über Preise und Qualität, benötigen wir jetzt eine ganze Reihe spezialisierter Juristen, um den Abzockern Paroli bieten zu können. Dazu arbeiten wir auch eng mit den Medien in Vorarlberg zusammen. Ohne deren Unterstützung wäre unsere Arbeit wesentlich schwieriger.“*¹¹

Was bereits vor Jahren von Vorarlbergs Konsumenten gefordert wurde, ging im Jahr 2009 in Erfüllung: Konsumentenschutz bzw. -beratung wurden auch für Nicht-AK-Mitglieder geöffnet. Von nun an bestand für jeden die

Gelegenheit, sich kostenlos beraten zu lassen. Das Land gab finanzielle Unterstützung. „Das Angebot wird fleißig genutzt, die Beratungszahlen stiegen um fast ein Viertel.“¹² Diese Möglichkeit stieß jedoch auf Widerstand und Ablehnung der Rechtsanwaltskammer, die vor Gericht ging, jedoch den Prozess verlor. Der kostenlose Rechtsschutz bewährte sich zweifellos: „[...] dass es sehr viele Unternehmer abschreckt, wenn klar ist, dass die Konsumentenberatung tätig geworden ist und dann mit der Arbeiterkammer hinter der Klagsführung steht.“¹³

Fasst man zusammen, ergaben sich in den vergangenen Jahren folgende Schwerpunkte der Konsumentenberatung:

- Waren- und Nahrungsmitteltests
- Finanzdienstleistungen
- Versicherungen
- Telekommunikation
- Allgemeines Vertragsrecht
- Datenschutz
- Wohnrecht
- Reisen
- Internetabzocke, Gewinnspiele, Werbeveranstaltungen
- Energie
- Kfz
- Allgemeine Preiserhebungen¹⁴

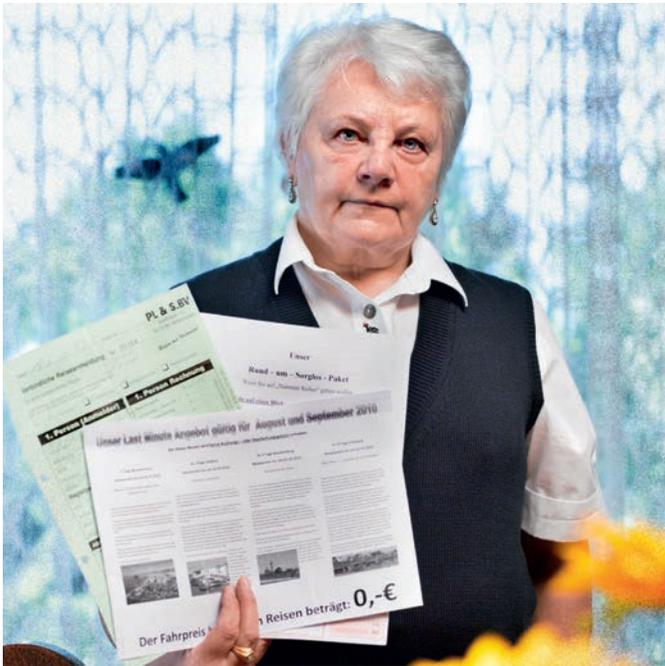
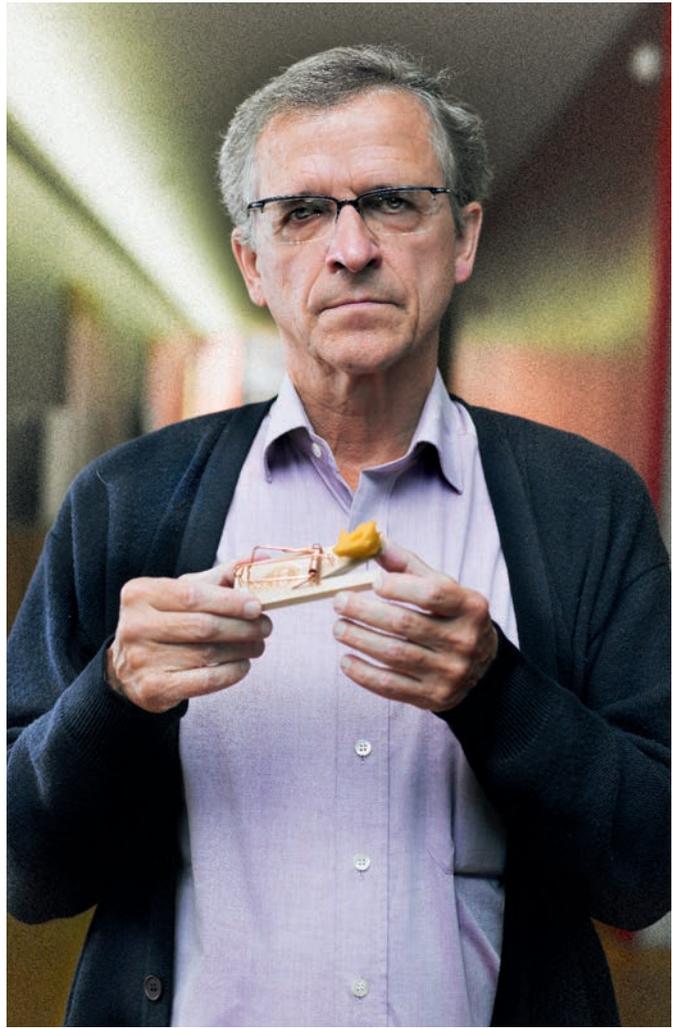
Der Arbeitseinsatz in den Bereichen Konsumentenberatung und Konsumentenschutz war in den Jahren zwischen 1986 und 2015 immens, was allein die in den Medien präsentierten Aktivitäten und Ergebnisse beweisen. Die Tausenden von mündlichen und „internen“ schriftlichen Beratungen und Hilfestellungen sind dabei nicht eingerechnet. Die AK trug somit ganz wesentlich zum Schutz und zur Beratung der Konsumenten bei. Konsumentenschutz ist nicht nur Nachsorgen, sondern vor allem auch Vorsorgen.

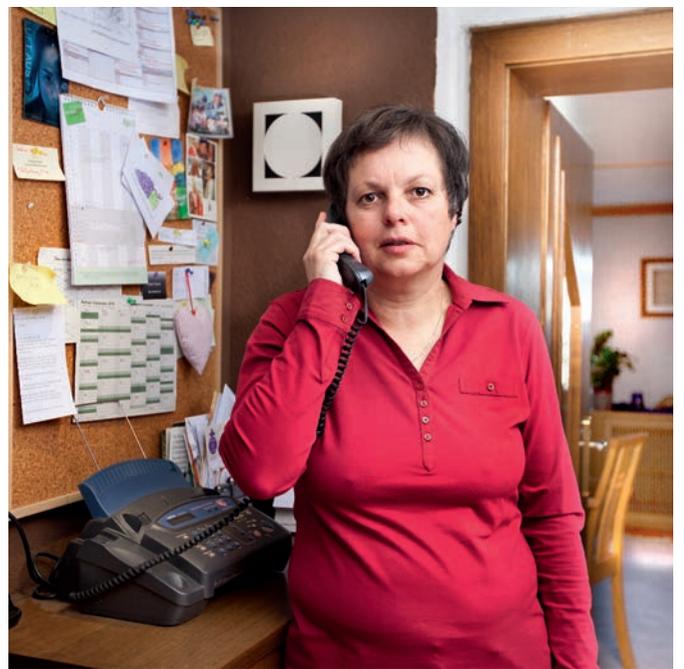
HANDEL UND KONSUMENT

Konsumentenberatung und Konsumentenschutz trugen ganz wesentlich zur Bekanntheit der Kammer in der Öffentlichkeit bei und damit zu ihrer Legitimation. Öffentlichkeitswirksam waren vor allem die allgemeinen Preiserhebungen sowie die von ihr geführten „Musterprozesse“. Mit umfangreichen Statistiken untermauerte man die Ergebnisse zu den Warentests und Preiserhebungen. Die AK nahm aber auch die Supermärkte unter die Lupe und zuletzt das umstrittene Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA.

Das seit 1979 geltende Konsumentenschutzgesetz verbesserte in vielen Bereichen den Rechtsstatus der Verbraucher. Bewährt hatte sich das Rücktrittsrecht bei Haustürgeschäften, der uneingeschränkte Gewährleistungsanspruch, die Verbindlichkeit von Kostenvorschlägen und der Schutz bei Werbefahrten usw. Mit all diesen Materien hatte sich die AK in Vorarlberg alleine zu beschäftigen, weil es im Gegensatz zu anderen Bundesländern keinen Verein für Konsumenteninformation gab. Die in den 80er-Jahren im ORF Vorarlberg jeweils am Donnerstag ausgestrahlten Konsumententipps konnten zumindest „in Ansätzen unseriöse Auswüchse eindämmen“. Womit es jedoch permanente Schwierigkeiten gab, war das Kleingedruckte in den Verträgen und „sittenwidrige Vertragsklauseln“, gegen die man durchaus erfolgreich Klagen einbrachte.¹

Die Experten der AK helfen Konsumenten weiter, die Opfer von betrügerischen Absichten geworden sind.







Die Qualitäts- und Preiserhebungen der AK sind ein wichtiger Beitrag für den Konsumentenschutz.

Eine Hauptbetätigung der AK lag im Bereich Konsumentenberatung und Konsumentenschutz und bei der Qualitäts- und Preiskontrolle von Waren. Erst im Jahr 1960 hatte die AK Vorarlberg begonnen, sich gezielt mit dieser Materie auseinanderzusetzen. In den Jahren 1970 bis 1979 wurde der Konsumentenschutz durch entsprechende Bundesgesetze zum fixen Bestandteil einer eigenen AK-Abteilung. Das Jahr 2003 brachte in diesem Bereich eine bedeutende Verbesserung für die AK-Mitglieder: Sie hatten künftig nicht nur im Arbeits- und Sozialrecht Anspruch auf einen kostenlosen Rechtsschutz, sondern auch im Bereich des Konsumentenschutzes. Bislang war dies nur in Einzelfällen möglich gewesen. Damit reagierte die Arbeiterkammer Vorarlberg auf die zunehmende Anzahl von Fällen im Konsumentenrecht, die im Interventionsweg nicht mehr gelöst werden konnten.²

Es wurde der Ruf laut, die Konsumentenberatung sollte auch für Nicht-Mitglieder möglich sein, wobei

vonseiten des Landes und Bundes der AK finanzielle Unterstützung geleistet wurde.³ Im Jänner 2009 feierte die AK nicht nur 50 Jahre Konsumentenschutz, sondern auch auf Anregung von AK-Direktor Keckeis und mit Unterstützung durch das Land die Möglichkeit der Konsumentenberatung für alle Vorarlberger.⁴ Aber die Freude darüber war nicht ungetrübt: Sehr rasch war es zu einem Rechtsstreit mit „gewissen“ Anwälten der Rechtsanwaltskammer gekommen, die um ihre Geschäfte fürchteten. Es gab unter ihnen aber auch andere Meinungen. Rechtsanwalt H.-J. V. aus Feldkirch meinte: „*Der Anwalt, der um seine Existenz fürchtet, weil die AK Rechtsuchende berät, sollte sich überlegen, ob er den richtigen Beruf gewählt hat.*“⁵ In einem AK-Bericht schrieb man sogar von einigen „*Scharfmachern in der Rechtsanwaltskammer*“, die „*bis zuletzt*“ versucht haben, „*diesen Service zu unterbinden*“. Doch der Oberste Gerichtshof entschied gegen ihre Klage und zugunsten der AK.⁶

Der Ansturm auf die Konsumentenabteilung war durch alle Jahre hindurch immens: Allein von 2009 bis 2011 gab es 73 975 Anfragen, in den vergangenen 50 Jahren hatte der Konsumentenschutz rund 300 000 Mal Beistand geleistet. Die Aufgaben umfassten Bereiche des Reisens, Wohnens, Bauens, und neue Aufgaben betrafen die Telekommunikation und dubiose Geräte, mit denen angeblich die schlechte Qualität des Vorarlberger Trinkwassers behoben werden konnte.⁷ Speziell im Handel ging es um Kreditkarten, Kundenkarten, Ratenkauf und natürlich um die traditionellen Themen wie Produktkennzeichnungen, Preisauszeichnungen, Preiskontrollen und Untersuchungen zur Qualität und Gesundheit von Lebensmitteln. Diese bezogen sich beispielsweise auf Schüblinge, Hackfleisch, Brot oder die beliebten „Kalorienbomben“.

Selbst im angeblich pruden Vorarlberg waren in den 90er-Jahren Medien zu offener Sex-Werbung übergegangen. Da gab es Angebote wie „Schulmädchenliebe, Pornobox, Erotikträume, Sexpartys, Sexplauderboxen und Telefonsex live“. Letzteren griff die AK auf und startete ein „Leservotum“ über die „Sex-Hotlines“. In diesem Zusammenhang hatten „Horror-Telefonrechnungen“ zumindest bei Vorarlbergs sparsamer Bevölkerung „*deutliche Spuren hinterlassen*“. Die Reaktion der Befragten war eindeutig: „*Sex-Hotlines gehören verboten!*“, – verständlich, eine Frau schätzte ihren Schaden in drei Monaten auf 20.000,- Schilling! Dagegen einzuschreiten war vorerst nicht möglich. Ein Befragter aus Dornbirn „wusste“ auch warum: „*[...] aber unsere Oberen sind*





AK fordert Wohnen zu vernünftigen Preisen – der gemeinnützige Wohnbau muss ausgeweitet werden.

anscheinend zum Teil selbst Schweinigl ohne irgendwelche Skrupel und ohne jegliche Moral.“⁸ Dennoch ließen sich manche augenscheinlich nicht davon abhalten, Telefonsex-Verträge abzuschließen. Und die AK musste kleinlaut feststellen, diese seien „nicht generell sittenwidrig“, wie auch der Oberste Gerichtshof verkündete und noch dazu: „Im Übrigen sei nicht alles, was als unmoralisch empfunden wird, deshalb schon sittenwidrig im Sinn des ABGB. Bedenklich sei hingegen die absolute Höhe der Kosten.“⁹ Nicht viel „sicherer“ war das Internet: „Dutzende Konsumenten hatten in den letzten Tagen und Wochen“ falsche Abo-Rechnungen für Sex-Seiten im Internet erhalten, obwohl sie bestritten, „angeblich“ solche bestellt zu haben. Die AK-Konsumentenberatung vermutete eine ihr bekannte Firma hinter diesen Machenschaften, die dazu beigetragen hatte, dass sich Konsumenten beim „Surfen im Internet einen Auslandsdialer eingefangen“ hatten.¹⁰

Die Experten der AK Vorarlberg helfen weiter und beraten kompetent in Sachen Konsumentenberatung.

Manche Einsame versuchten ihr Glück bei sogenannten „Partnerinstituten“, denn nicht jedem, so das Mitleid der AK, war es gegönnt, „seiner großen Liebe zu begegnen“. Der Tipp der erfahrungsreichen Konsumentenberatung lautete daher: „Aber auch wenn die Sehnsucht nach einem Partner noch so groß ist – behalten Sie auf jeden Fall einen kühlen Kopf!“ Es sei nämlich häufig nicht klar, welche Folgen ein abgeschlossener Vertrag habe, und es gebe „normalerweise“ auch keine Erfolgsgarantien. Gewarnt wurde vor den „original Kundenfotos von den bildhübschen schlanken Blondinen“, vor den Lockvögeln, die in Wirklichkeit ganz anders aussähen. Die Konsumentenberatung lieferte dann auch gute Verhaltenstipps, damit Betroffene in Zukunft nicht zur Kassa gebeten würden – manche Vertragshonorare erreichten die Höhe von 30.000,- Schilling! Und wiederum machte sich der sprichwörtliche Sparsinn und Pragmatismus der Vorarlberger bemerkbar: „Es wäre auch möglich, gleich selbst ein solches Partnerinserat zu schalten. Das wäre billiger, und Sie sind an keinen Vertrag gebunden.“¹¹

Doch nicht alle, die sich um Hilfe an die AK gewandt hatten, waren an einer stabilen Partnersuche interessiert. Allein im März 2015 bearbeitete die Konsumentenberatung rund 50 „Fälle“, die das Opfer von florierenden „Datingportalen“ geworden waren. Sie bauten darauf, dass „flüchtige Liebe per Mausclick verlockend simpel zu erreichen“ war. Dabei handelte es sich keinesfalls um „schmerzbäuchige Herren in den vermeintlich besten Jahren“, – nein,

es waren 15- bis 35-Jährige. Wiederum ging es um kostenpflichtige Abos und darum, dass die Angebote „aus unmittelbarer Umgebung“ in der Realität gar nicht existierten. Daher lautete die Schlagzeile in der Zeitung AKtion: „Statt ersehntem Date gibt es nichts als Ärger.“ „Das ultimative Date binnen Minuten“ hatte in die Irre geführt.¹²

Die AK wollte auch wissen, was Konsumenten von „Einkaufsethik“ hielten. Überraschend erhielt sie im Jahr 2004 eine positive Reaktion: Ethisches Handeln sei „eine Frage des Überlebens“, es dürfe nicht immer nur der Preis und der Profit im Vordergrund stehen. Ethik sei die wirkungsvollste Möglichkeit, mit der sich der Konsument zur Wehr setzen könne. Und dass eine namentliche Auflistung der Produktmängel Auswirkungen auf die Produktqualität und die Händler haben konnte, lässt die Aussage von Manfred S. aus Bludenz erkennen: „Bei negativen Meldungen kaufe ich bei dieser Kette oder dem betreffenden Händler nichts mehr ein.“¹³

Die „Einkaufsethik“ konnte aber nur dann praktiziert werden, wenn man die vorgeschriebenen Aufschriften auf den Packungen auch las bzw. zu lesen vermochte. Die AK fand auch hier eine Lösung: Auf der Dornbirner Messe demonstrierte sie nämlich nach Schweizer Vorbild „Lupen an den Einkaufswägel“. Es war vorerst ein großer Erfolg. Innerhalb weniger Wochen bedienten sich im Jahr 2010 dreißig Lebensmittelgeschäfte dieser Idee.¹⁴

In den 90er-Jahren entstanden auch in Vorarlberg – die Schweiz hatte als Vorbild gedient – Groß- und gar Supermärkte. In einer Umfrage erhob die AK erstmals 1998 die Meinung ihrer AKtion-Leser zu diesem Thema. Es stellte sich heraus, dass damit eine Reihe von Problemen verknüpft waren, da Großmärkte für abgelegene Talschaften, für „Autolose“ und alte Menschen kaum oder gar nicht erreichbar waren. Im Talbereich gefährdeten sie die Existenz von Kleinunternehmen und daher die Nahversorgung. Solche Märkte sollten nur nach strengen Kriterien



Supermärkte in Vorarlberg – ein viel diskutiertes Thema

August 2003 www.ak-vorarlberg.at

Österreichische Post AG
104, Post-Identifizationsnummer
Verlagspostamt 6800 Fufßlloch
Nr. 4/2003, VIII. Jahrgang
27. August 2003

AKtion

Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

AK-Rechtsservice
05522/306 - ...

| | |
|-------------------------|------------------|
| 2000 Arbeitsrecht | 3100 Steuerrecht |
| 2200 Sozialrecht | 5000 AK Bregenz |
| 2300 Lehrlingsabteilung | 6000 AK Dornbirn |
| 3000 Konsumentenschutz | 7000 AK Bludenz |

Konsumentenberatung: Spitzennoten für die AK

Die Zufriedenheit der Arbeitnehmer in Vorarlberg mit der Konsumentenberatung der AK ist enorm hoch. 87 Prozent waren laut einer aktuellen Untersuchung mit der Beratung in ihrem konkreten Fall zufrieden. Mehr auf Seite 5



Aus dem Inhalt

**Seite 3
Strom: Sieger sind die Großen**
Preissenkungen haben sich viele von der Stromliberalisierung erwartet. Puffert hat aber nur Großkonsumer und vor allem auch der Finanzminister.

**Seite 4
Hackfleisch-Test: Bessere Qualität**
Deutsche Qualitätsverbesserungen flüchtete eine AK-Hackfleisch-Test aufgabe. Nur noch zwei von 22 Proben mussten beanstandet werden.

Bildung
AK-Kursprogramm: Jetzt bestellen!
Hochwertige Weiterbildung zu fairen Preisen auf insgesamt 186 Seiten - darüber hinaus das neue Kursprogramm für den Herbst des Bildungszentrums der AK.

Mehr Schutz für AK-Mitglieder

In Plus für die Arbeitnehmer, die bei der AK Vorarlberg Mitglied sind. Sie genießen ab September nicht nur im Arbeits- und Sozialrecht, sondern auch im Bereich des Konsumentenschutzes die Sicherheit der kostenlosen Rechtsvertretung. Diese Bildung nur in Einzelfällen gewährte Leistung wird ab Herbst erheblich ausgebaut. Künftigen AK-Präsident Josef Fink und AK-Obster Mag. Heinz Peter an. Damit reagiert die Vorarlberger Arbeiterkammer auf die zunehmende Anzahl von Fällen im Konsumentrecht, die im Interventionsweg nicht mehr gelöst werden können.

Die bessere Lebenslage gibt es exklusiv für AK-Mitglieder unter dem Motto „Rechtsschutz Plus“: Der Beitrag für die AK-Mitglieder bleibt trotzdem gleich. Die Mehrkosten für die zu erwartenden Prozesse, die im Interesse der Vorarlberger Konsumenten geführt werden, sollen durch Optimierungen in anderen Bereichen eingepreist werden.

Von verbesserter Rechtschutz verspricht sich Präsident Fink nicht zuletzt vorabgeordneten Charakter: So mancher Unternehmer wird von vornherein mehr an einer gütlichen Einigung interessiert sein als an einem für ihn unter Umständen teuren Rechtsstreit vor Gericht.

„Dies ist auch die Erfahrung mit den Banken: Bei Streit über die Zinsanpassung bei Krediten wurde nie für beide Seiten tragbarer Vergleich oft erst nach der Androhung von Klagen möglich. Erforderlich wird der ausweitete Rechtschutz auch durch die Herausforderungen EU und Internet: Durch „grenzenlos“. Dienstleistungen werden Rechtsstreite immer komplizierter.“

AK auf der Herbstmesse
Stärke zeigen mit Popeye
Der starke Giovanni in Reaktionen der Informationskampagne für den erweiterten Rechtschutz im Konsumentenbereich durch die AK Vorarlberg. Auftakt dazu ist auf der Herbstmesse Dornbirn vom 30. August bis 7. September. Mehr und weiterführende Stationen dazu auf den Seiten 6/7

0800/206106
Mehr dazu auf Seite 11 und auf www.bildungszentrum.at

Umfragen ergeben kontinuierlich Bestnoten für den Konsumentenschutz.

aber auch gutgemeinte Ratschläge: „Am einfachsten wappnet man sich immer noch mit dem simplen Einkaufszettel. Aber gehen Sie nicht hungrig oder erschöpft einkaufen.“¹⁸

Im Jahr 2014 beschäftigte sich die Arbeiterkammer schließlich auch mit der Weltwirtschaftspolitik, worüber sie vorerst nur informierte, schließlich aber doch Stellung nahm. Es ging um die Verhandlungen zwischen den USA und der EU bezüglich TTIP, dem Transatlantischen Freihandelsabkommen.¹⁹ Ausführlich wurde vorerst – nicht Stellung nehmend – über die Ziele und Kritikpunkte berichtet und darüber, dass Österreich innerhalb der EU die negativste und kritischste Einstellung zu jenem, häufig hinter „verschlossenen Türen“ verhandelten Abkommen besaß. Aber auch in Vorarlberg war TTIP „ein absolutes Reizthema“, was bei einer Großdemonstration am Pfingstsonntag 2015 in Bregenz zum Ausdruck kam. Dies traf auch für einzelne AK-Fraktionen zu. Sie konnten sich dabei auf die Initiativen einer Reihe von Vorarlberger Gemeinden stützen, die sich für TTIP-frei erklärten. „Moderat“ verhielt sich der AK-Vertreter des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes, „die Sache muss [...] wesentlich differenzierter gesehen werden“. Die sozialistische Fraktion zeigte dagegen helle Empörung: „Denn mit TTIP droht ein Angriff auf alles, was Gewerkschaften und Arbeiterkammern über Jahrzehnte hart erkämpft haben: soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeitsrechte und das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Arbeitswelt.“ Die Grünen wiederum sahen ihren Hauptfeind bei den internationalen Konzernen und beim Finanzkapital: „Freier Handel ist die Freiheit weniger und die Knechtschaft vieler. TTIP ist die Freiheit des Stärkeren, sich mit aller Konsequenz gegen die Schwächeren durchzusetzen.“ Die Freiheitlichen waren ähnlicher Meinung – „die Reichen würden noch etwas reicher“ werden. Nur die Neue Bewegung für die Zukunft beruhigte und warnte vor „blindem Antiamerikanismus“.²⁰

bewilligt werden.¹⁵ Eine Umfrage ein Jahr später beschäftigte sich mit dem Thema „Tankstellen als Nahversorger“. Die Meinungen waren diesmal geteilt – die AK gab dazu keine „offizielle“ Stellungnahme ab.¹⁶ Dagegen war die Einstellung der AK-Mitglieder im Jahr 2003 klar, als sich der Lebensmittelhandel einen „harten Machtkampf der Giganten“ lieferte. Nur wenige sahen Vorteile darin. Frau Erna K. aus Dornbirn prophezeite: „Vor zehn Jahren machten die Großen die Kleinen kaputt, jetzt ereilt die Großen untereinander das gleiche Schicksal.“¹⁷

Im Jahr 2015 beschäftigte sich der Konsumentenschutz wieder einmal mit den Supermärkten. In einer Schlagzeile hieß es: „Wie der Handel uns austrickst.“ Mit jeder Menge Psychologie und Marketing würden die Supermärkte zum „gedankenlosen Geldausgeben“ verführen. Ihre entsprechenden Strategien wurden genau beschrieben und sogar in einer kostenlosen Broschüre zusammengefasst. Es gab

PREISENTWICKLUNG

Im Zusammenhang mit Konsumentenschutz spielte die Preispolitik eine große Rolle. Dazu zählten vor allem die steten ausführlichen Preiserhebungen von Nahrungsmitteln und Benzin. Die AK wollte auch die Meinungen ihrer Mitglieder erfahren, die sich statt Wettbewerb mehr Preisregulierung wünschten. Die AK, die sich sehr für die Einführung des Euro eingesetzt hatte, kam 2007 in Schwierigkeiten, als die Preise um bis zu 7,5 % stiegen und der Slogan grassierte: „Euro ist Teuro“. Eine Armutsfalle hatte sich aufgetan – steigende Preise bei gleichbleibenden oder gar sinkenden Löhnen. Die AK reagierte mit Maßnahmen und Forderungen an die Bundesregierung, die klar auf einen regulierten Markt hinwiesen.

Bereits im ersten Nachkriegsjahr spielten für die AK Verbraucherpreise eine wichtige Rolle. Sie versuchte diese durch Preisbeobachtungen und rigorose Preiskontrollen möglichst niedrig zu halten, um der verarmten Bevölkerung die Versorgung mit Konsumgütern zu erleichtern und um die Inflation möglichst zu bremsen. Dazu diente unter anderem die Erstellung einer umfangreichen und verlässlichen Preiskartei mit eigenen Indexberechnungen. Dennoch ließ sich eine ständige Preissteigerung nicht verhindern, wodurch Vorarlberg um das Jahr 1950 zum teuersten Bundesland Österreichs aufstieg. Dagegen halfen in den 50er-Jahren auch Proteststreiks, gemeinsam mit den Gewerkschaften, nichts. Bis in die 60er-Jahre stiegen die Verbraucherpreise im Durchschnitt um 3,8 %, obwohl es gesetzliche Preisverordnungen gab. Bei Letzteren hatte die AK im Jahr 1972 einen Erfolg vorzuweisen, da sie für Fleisch-, Wurst- und Selchwaren eine „Von-Bis-Preisregelung“ durchsetzen konnte. Ende der 70er-Jahre hatte sich der Preisauftrieb abgeschwächt, was unter anderem eine Folge der Errichtung preisgünstiger Supermärkte war. Damit gingen auch die bislang beliebten Auslandseinkäufe in die Schweiz und nach Deutschland etwas zurück. Einen wesentlichen Beitrag zu einer arbeitnehmerfreundlichen Preispolitik lieferten der Konsumentenschutz und die Konsumentenberatung. Sie begannen in Vorarlberg im

Jahr 1960 und erhielten durch das österreichische Konsumentenschutzgesetz des Jahres 1979 wesentliche Unterstützung.

Verfolgt man über die Jahre hinweg das Thema Preispolitik in der AK, lässt sich feststellen, dass ihr Schwerpunkt auf Preiserhebungen lag. Hierbei war die Arbeit äußerst intensiv, was etwa am Beispiel des Jahres 1985 aufgezeigt werden kann: In acht Monaten dieses Jahres wurden anhand eines umfangreichen Warenkorbes insgesamt 12 390 Preiskontrollen mit Schwerpunkten im Nahrungsmittel- und Drogeriebereich durchgeführt. Es kamen dafür eigens Studenten zum Einsatz und die kammereigene Preisstatistik stützte sich auch auf „Hausfrauenmeldungen“. In Ballungsräumen waren die Preise tendenziell niedriger, die Verkaufsorganisationen hatten somit die Preise durchaus auf einzelne Regionen „angepasst“.

Besonderes Augenmerk legten die Kontrolleure auf Obst und Gemüse und sie verglichen Österreich mit der Schweiz und Deutschland. *„Die aus dem Osten Österreichs angelieferte Ware erwies sich dagegen zum Teil als unansehnlich und von minderer geschmacklicher Qualität.“*¹ Eine fünf Jahre später durchgeführte Kontrolle ergab für diese Waren Preisunterschiede von teilweise mehr als 100 %. Nach Meinung der AK litten in Vorarlberg außerdem Obst und Gemüse offensichtlich an „Schwindsucht“, was deren Gewicht betraf. Sie ergriff daraufhin deutliche Maßnahmen, indem sie die Ergebnisse an die Preisbehörde und die Bundesqualitätsklassenkontrolle weiterleitete.²

Im Allgemeinen hatte die AK in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre an der Preisentwicklung wenig auszusetzen: Die Inflationsrate lag 1986 bei nur 1,7 %, die niedrigste seit Ende der 50er-Jahre. Auch waren die Lebenshaltungskosten nicht gestiegen, was vor allem den gesunkenen Dollarkursen und den niedrigen Preisen für Benzin und Heizöl zu verdanken war.³

Es fiel bei den Kontrollen jedoch immer wieder auf, dass sich die Geschäfte häufig nicht an die amtlichen Preisregulierungen hielten und dass dort, wo diese aufgehoben worden waren, wie etwa bei Schwarzbrot, enorme Preissteigerungen zu verzeichnen waren: Von 1988 bis 1991 war der Brotpreis um 44 % gestiegen! *„Vom versprochenen freien Spiel der Kräfte, von mehr Wettbewerb zugunsten der Konsumenten ist jedenfalls nichts zu spüren.“* Obwohl es 1991 für Fleisch- und Wurstsorten noch festgesetzte Höchstpreise gab, überschritten diese 31 %, ganz zu schweigen, dass es häufig keine Preisauszeichnungen gab.



Steigende Lebenshaltungskosten belasten die Vorarlberger Haushalte.



Benzinpreiserhebungen der AK ergaben, dass Ländle-Autofahrer die höchsten Spritpreise in ganz Österreich zahlten.

Die Bezirkshauptmannschaften, für eine Kontrolle zuständig, hatten versagt.⁴

Das Jahr 1992 brachte in mehrerer Hinsicht einschneidende Neuerungen: Es war weltweit zu einer Konjunkturabschwächung gekommen, die sich in Österreich jedoch aufgrund der stabilen Entwicklung des privaten Konsums moderat auswirkte. Ferner wurde der Benzinpreis freigegeben. Für Super bezahlte man 10,30 Schilling und für

Diesel 7,50 Schilling. Die Freigabe führte jedoch nicht zu dem erwarteten Preiswettbewerb, weswegen die AK dahinter „*ungesetzliche Preisabsprachen der Mineralölfirmen*“ vermutete. Und schließlich wurde das bisherige Preisrecht grundlegend reformiert: Von nun an gab es keine Preisfestsetzungen mehr, die ohnedies nur wenig befolgt worden waren. Ferner konnten Unternehmer wegen „Preistreiberei“ nicht mehr angezeigt werden.⁵

Die Freigabe der Preise wirkte sich für Konsumenten vorerst selten positiv aus: Im Jahr 1994 brachte beispielsweise eine Überprüfung von Obst und Gemüse ans Tageslicht, dass die Preisdifferenzen im Land „enorm“ waren, teils bis zu 86 %! Dazu gab es mangelhafte Kennzeichnungen, bei 27 Produkten erfuhr der Konsument nicht, woher diese kamen. Die AK umweltbewusst: *„Kaufen Sie Obst und Gemüse dann, wenn es im Inland Saison hat. Sie vermeiden damit lange Transportwege und schonen die Umwelt.“*⁶

Dies bestärkte die AK auch weiterhin, Preiserhebungen durchzuführen. Immer wieder ging es um die leidigen Benzinpreise, die ständig stiegen. Am Ende der 90er-Jahre wurde resignierend festgestellt, dass kein Preiswettbewerb an den Tankstellen stattgefunden hatte – im Gegenteil, in Vorarlberg waren die Benzinpreise die höchsten in Österreich.⁷

Die AK hatte seit den 90er-Jahren aufmerksam die Entwicklung der Benzinpreise verfolgt. Sie enthielt sich jedoch vorerst klarer Stellungnahmen, weil sie bei niedrigen

Benzinpreisen eine Gefahr für die Umweltbelastung sah. Aber auch die Vorarlberger Bevölkerung war sich bei der Preisgestaltung nicht einig, wie eine Umfrage im Jahr 1996 ergab: Für die einen lag die „Schmerzgrenze“ bei 7,40 Schilling, diese war jedoch bereits überschritten worden. Bei anderen lag sie bei 15,- Schilling für den Liter – dennoch würden die meisten auch dann nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Die Emotionen gingen hoch, als man hinter Preiserhöhungen Bestrebungen der Grünen ortete. Leo S. aus Feldkirch: *„Die Umweltschützer fahren selbst die größten Stinkkarossen.“*⁸ Als eindeutiger Kritiker zu hoher Benzinpreise und der Belastung durch hohe Diesel-Abgase erwies sich Präsident Josef Fink. Er schlug jedoch im Jahr 2004 eine Preissenkung für neue Dieselautos mit Partikelfiltern und staatliche Prämien beim nachträglichen Einbau von Partikelfiltern vor. Österreich sollte vorangehen, da er wenig Hoffnung auf die EU setzte: *„Bis dort eine Regelung beschlossen und umgesetzt wird, dauert es viele Jahre.“* Verständlich, denn die AK Feldkirch, an der Bärenkreuzung gelegen, war durch Diesel-Emissionen besonders betroffen, nahm aber die privaten Pkw-Fahrer in Schutz: An der Bärenkreuzung stammten nämlich zwei Drittel der Schadstoffe von Sattelzügen, Lkw und Bussen.⁹

Die AK wollte zu alledem die Meinung ihrer Mitglieder erfahren, wobei es um die Entscheidungsfrage nach mehr Wettbewerb oder Preisregulierung ging. Die Antworten waren deutlich. Die meisten entschieden sich für Preisregelungen. Eine weitere Lesermeinung brachte es auf den Punkt: *„Diese Abzockerei durch die Argumente der Mineralölfirmen sind unbegründet – es geht nur um fette Gewinne. Preisregulierung ja!“*¹⁰ Die AK forderte, freilich vergebens, im Jahr 1999 eine Senkung der Spritpreise um 65 bis 70 Groschen, denn die Mineralölfirmen hätten seit Jahren Treibstoff zu überhöhten Preisen verkauft und die Konsumenten daher in „Milliardenhöhe“ belastet.¹¹

Was vor allem den Vorarlberger – wohl weniger die Vorarlbergerin – neben Benzinpreisen sehr wohl interessierte, war das geliebte Bier! Welch einen „Skandal“ deckte da die AK im Jahr 1993 auf! *„Von 102 gezogenen Proben waren 35 Proben schlecht eingesehenkt.“* Dagegen waren nur 5,8 % der Proben „großzügig“ eingesehenkt. Die Ermittlungen gestalteten sich nicht einfach, um die Sünder zu überführen und erforderten außerdem technisches Geschick und Ausdauer: *„Ein Maßrohr wurde mit Wasser gefüllt. Die Skalierung ist in Milliliter am Röhrchen angegeben. Nach Erhalt des Getränkes wurde Bier 10 Minuten stehen gelassen, um sicher zu gehen, daß der Schaum sich setzen und*

Höchstpreise für Fleisch und Wurst 1991

| Rindfleisch | Schilling/kg |
|--|--------------|
| Vorderes o. B. | 96,- |
| Beinfleisch/Brustkern mit Knochen | 74,- |
| Hinteres o. B. | 118,- |
| Schulterfilet, Schulterblatt, Hochrücken ohne Rose | 128,- |
| Gulaschfleisch (Wadschenkel) im G. ohne B. | 98,- |
| Schweinefleisch | |
| Schulter o. B. (abgezogen, ohne Schwarte) | 112,- |
| Schopfbraten o. B. | 113,- |
| Bauchfleisch (zugeschnitten, ohne Rippen) | 75,- |
| Selchfleisch (ungekocht, leicht geräuchert) | |
| Schopfbraten o. B. | 118,- |
| Schulter gerollt und ungerollt o. B. | 119,- |
| Kaiserfleisch (Selchbauch, zugeschnitten, ohne Rippen) | 86,- |
| Wurstwaren | |
| Braunschweiger rund, Kranz | 68,- |
| Wiener | 135,- |
| Extrawurst rund | 76,- |
| Extrawurst, Stange | 94,- |
| Frankfurter (Krenwürstl) | 102,- |
| Schübling | 78,- |
| Leberkäse am Stück | 79,- |

Quelle: AKtion 1991/4, Seite 9



Lebensmittelpreise. Rita Hämmerle und AK-Präsident Hubert Hämmerle zeigen vor, wie g'schmackig gekocht und dabei Geld gespart werden kann.

| | |
|------------|------|
| Vollmilch | +12% |
| Gouda | +20% |
| Teigwaren | +9% |
| Gebäck | +10% |
| Butter | +19% |
| Pflanzenöl | +26% |

AK
VORARLBERG

somit der gesamte flüssige Inhalt beurteilt werden konnte. Dann wurde mit dem Maßröhrchen nachgegossen, bis sich der Flüssigkeitsspiegel direkt unter der Unterkante des Füllstrichs befand. Die fehlende Menge Wasser im Rohr wurde als tatsächliche Fehlmenge des Nenninhaltes festgehalten. Nach Abzug der gesetzlich festgelegten Korrektur von +/- 3 % des angegebenen Inhaltes wurde die korrigierte Fehlmenge als Resultat ermittelt.“ Aus den Kammerinformationen ist leider nicht ersichtlich, wie lange Zeit die Prüfer für die 102 „gezogenen“ Proben brauchten und ob diese dabei auch den richtigen „Nenninhalt“ konsumierten. Die Resultate wurden den Gastwirten übergeben.¹²

Die Konsumentenberatung der AK blieb jedoch misstrauisch und führte im folgenden Jahr 1994 einen neuerlichen Biertest durch. Die Zahl der „Negativen“ hatte sich gar von 34 auf 37 Prozent erhöht! Jedes zweite große Bier war nicht vollgefüllt.¹³ Als die AK gar eine Auswahl der „Sünder“ und ihre Gastbetriebe öffentlich bekannt gab,

begannen sich diese zur Wehr zu setzen und griffen ihrerseits die AK an, und dies in den Medien über einen Zeitraum von eineinhalb Monaten. Das Kleine Blatt machte am 31. August den „Vorfall“ sogar zum ausführlichen „Thema der Woche“. Der Sprecher der Vorarlberger Gastwirte zweifelte an der Objektivität der Resultate. Ein anderer „Sprecher“ ging in einem Leserbrief zum Angriff auf die AK über: „Die Arbeiter und Angestellten, die bei uns tätig sind, dürfen sich jedenfalls bei der AK herzlich bedanken, dass sie für die Zwangsbeiträge, die sie leisten, auch noch in die berühmte Pfanne gehauen werden. [...] Solche Schaumschlägereien und die Ehrenverletzung unserer Mitarbeiter sowie anständige Betriebe und Wirte kann sich die AK grundsätzlich schenken. Während diese Funktionäre an den Wochenenden ihrem Vergnügen nachgehen, schufteten unsere Mitglieder [...]“¹⁴ Schließlich meldeten sich gar die Biertester, die Studenten, die den „Skandal“ aufgedeckt hatten, zu Wort: Ihnen ging es nicht um die „unsachlichen

Anschuldigungen der Wirtvertreter“; sondern um Grundsätzliches, und sie verwarnten sich gegen „den Versuch, eine geradezu lebenswichtige Institution wie die AK als unseriös, ungenau und dilettantisch darzustellen. Was hätte man uns ohne die permanente Aufklärungs- und Aufdeckungsarbeit der AK nicht schon alles aufgetischt [...]“.¹⁵

Und dann war es zur Umstellung der Währung vom Schilling auf den Euro gekommen. Im Jahr 1999 schien laut „Erkenntnis“ der AK „das Vertrauen der Bevölkerung in die neue Währung noch nicht ausgeprägt“. Immerhin waren es 51 % der Befragten, die meinten, bei Einführung des Euro blieben die Preise stabil, nur 28 % waren gegenteiliger Meinung.¹⁶ Fünf Jahre später hatte sich diese Einstellung grundlegend geändert. Bei stagnierenden Einkommen wurde der Euro als „Preistreiber Nummer 1“ betrachtet. Vielen Arbeitnehmern im Land schien das „Geld auszugehen“ – bei angeblichen Preissteigerungen bis zu 40 %: „Die momentane Situation ist schrecklich. Seit wir den Euro haben, sind die Preise ins Unermessliche gestiegen. Der Tag sollte langsam an die Preise angepasst werden.“¹⁷

Die AK hatte dem wenig entgegenzusetzen und kam in Verlegenheit, hatte sie sich doch sehr für die Einführung des Euro stark gemacht. Und so kämpfte sie lediglich auf einer Nebenfront, wenn sie sich gegen die Abschaffung der 1-Cent- und 2-Cent-Münzen aussprach. Dies würde einen Preis- und daher Inflationsschub auslösen und hätte einen volkswirtschaftlich schädlichen Effekt.¹⁸ AK-Präsident Fink gab anlässlich zehn Jahre EU-Mitgliedschaft zu, dass

der Beitritt zur EU „eine Erfolgsgeschichte mit Einschränkungen“ sei. Nicht weil die Mitgliedschaft zur EU „automatisch mehr Wohlstand und Sicherheit bedeutet, sondern weil jede andere Alternative außerhalb der EU schlechter gewesen wäre“. Im Gegensatz zur Mitgliederbefragung meinte Fink, die Preisentwicklung sei mit 2,1 % Inflation seit Jahren stabil und liege weit unter den Werten Österreichs vor dem EU-Beitritt. Dagegen habe sich das Angebot an Konsumgütern und Lebensmitteln enorm erhöht.¹⁹

Bereits im Jahr 2007 war mit diesen beruhigenden Aussagen Schluss. Es war mittlerweile zu großen Preissteigerungen gekommen, im EU-Schnitt 4,9 %, in Österreich gar 7,5 %. Vor allem Lebensmittel hatten zu solchen Steigerungen geführt. Ursachen sah man in der Erzeugung von „sinnlosem“ Biosprit, die dem Klima schade und zudem teuer sei. Dazu ein Beispiel: In den USA waren im Jahr 2007 85 Millionen Tonnen Mais für die Erzeugung von Ethanol verwendet worden, ein Viertel der Maisernte! Um der Preistreiberei Herr zu werden, forderte die AK konkrete Maßnahmen, die klar auf einen regulierten Markt hinwiesen:

- Amtlich festgeschriebene Preise für Grundnahrungsmittel und Energie
- Straffe Verfahren im Preisgesetz
- Eine energisch durchgreifende Wettbewerbsbehörde
- Eine Sondersteuer auf Spekulationen²⁰



Begehrtes Gold: Große Preisunterschiede bei den Anbietern

AK-Präsident Hubert Hämmerle nahm sich schließlich 2008 „persönlich“ der Preisfrage an. Er startete im September eine Kampagne, in welcher er die Vorarlberger aufrief, sich an ihn zu wenden, *„um ihm die größten Belastungen in Bezug auf die Teuerungen zu schildern“*. Er versprach, gegen die Teuerung und den *„Preiswahnsinn zu kämpfen“*, forderte eine effektive Wettbewerbsbehörde und eine mediale Veröffentlichung der Preistreiber. Als schnelle Abhilfe schlug er den Kauf billiger saisonaler Produkte vor. Die AK startete gleichzeitig einen Wettbewerb unter dem Slogan: *„Schicken Sie uns einen Menüvorschlag. [...] Ist es möglich, für einen Euro pro Person ein schmackhaftes Menü auf den Tisch zu zaubern?“* Als Hauptpreis winkten ein Gutschein im Gesamtwert von 150,- Euro sowie das beliebte Vorarlberger Kochbuch von Rita Hämmerle *„Aus Großmutterns Küche“*.²¹

Das Vorarlberger Kochbuch mochte zwar zu einer Renaissance der traditionellen Essgewohnheiten beigetragen haben, aber die stetigen Preissteigerungen konnte es nicht verhindern. Eine Umfrage der AK im Jahr 2012 brachte zutage, dass für 31 % der Vorarlberger das Einkommen für die Lebenshaltung „kaum“ ausreichte, für 11 % „nicht“. Die höchsten Preissteigerungen gab es für Lebensmittel und Energie. Die Hauptbetroffenen waren Arbeiter und Frauen mit Teilzeitarbeit und in Billiglohnbranchen. AK-Präsident Hämmerle sah eine Möglichkeit der Gegensteuerung, die er bereits 2012 vehement vertrat: *„Von der Arbeit muss mehr in der Geldtasche bleiben. [...] ist der Umbau unseres Steuersystems für mehr Verteilungsgerechtigkeit deshalb umso dringender!“* Er machte sich für eine Absenkung des Eingangsteuersatzes von derzeit 36,5 % auf 20 % stark. *„Es ist höchste Zeit, die Menschen brauchen dringend Entlastung.“*²²

Die Verarmung eines nicht geringen Teils von Haushalten, Familien und Einzelpersonen durch die immer stärker auseinandergehende Schere von steigenden Preisen bei gleichbleibenden oder gar sinkenden Löhnen – dazu kam die Zunahme der Arbeitslosigkeit nach 2008 – zeigte sich überraschend im Goldhandel. Es kam in Vorarlberg geradezu zu einem Boom von Goldankäufen. Die Not hatte Tausende dazu gezwungen, ihren Goldschmuck als letzte Reserve zu verkaufen. Und die Goldankäufer machten damit gute Geschäfte. Seit 2010 war der Goldpreis auf dem Markt um 150 % gestiegen, trotzdem gab es Goldankäufer, die ihre ahnungslosen Kunden um bis zu 37 % des geregelten Goldpreises betrogen. Bei vier ausgewählten Goldstücken gab es etwa Preisunterschiede von 197,- Euro! Die AK schritt ein, nannte die einzelnen Goldein-

käufer und zeigte auch deren Goldpreise auf. Sie gab auch Empfehlungen ab: Edelsteine sollten aus dem Goldschmuck entfernt werden, da sie nicht mitgerechnet würden. Und „gegebenenfalls“ sollte der Schmuck nicht verkauft, sondern verpfändet werden, weil dieser dann inklusive mit Steinen und Verarbeitung berechnet werde.²³

Das Jahr 2013 brachte Nationalratswahlen. In ihrem Vorfeld nutzte die AK die Gelegenheit, auf die sozialen Nöte und Klagen vieler Vorarlberger hinzuweisen. Unter anderem waren nämlich die Preise seit den vergangenen Jahren exorbitant gestiegen, vor allem was Lebensmittel, Wohnen und Energie betraf. Die regelmäßigen Preiserhebungen hatten außerdem ergeben, dass die Kosten dafür im benachbarten Deutschland wesentlich niedriger waren. AK-Präsident Hämmerle: *„Das soll mir bitte einmal einer plausibel erklären.“* Auch lagen die Wohnkosten in Vorarlberg weit höher als im übrigen Österreich. Erhebungen ergaben, dass 12 600 Haushalte auf einen Heizkostenzuschuss angewiesen waren, und für 31 % der Arbeitnehmer reichte das Einkommen zum Leben „kaum aus“. Dafür gab es für Hämmerle wiederum nur ein einziges Rezept: *„Die Arbeitnehmer brauchen spürbare finanzielle Entlastung! [...] AK lässt nicht locker: Gerechtigkeit muss sein!“* Es ging um die große Steuerreform.²⁴

GELD UND BANKEN

In den späten 80er-Jahren wurde die AK im Bereich des Geld- und Bankenwesens aktiv. Sie führte in der Folge etliche Untersuchungen durch, die das Kreditwesen und die damit zusammenhängenden Haben- und Sollzinsen betrafen. Schon 2003, noch vor der Weltwirtschaftskrise, warnte die AK vor den Gefahren und Risiken von Fremdwährungskrediten. Sie schreckte nicht davor zurück, einzelne Bankinstitute zu nennen, wenn diese sich nicht an gesetzliche Vorgaben hielten und strebte für ihre Konsumenten gar kostenlose Gerichtsverfahren an. Große Aufmerksamkeit widmete sie den Bedingungen für Gehalts- und Girokonten, die für den „Laien“ verwirrend und unübersichtlich waren. Mit den Konsumenten diskutierte man bereits 1996 über die „Anonymität“ von Sparbüchern und ob Einlagen bei einer Konjunkturkrise auch gesichert waren. Für die Banken wurde die Jugend zunehmend von Interesse, was sich jedoch in ihrer vermehrten Verschuldung äußerte, die es zu verhindern galt.

Es ist erstaunlich, dass die AK dem Banken- und Kreditwesen bis in die späten 80er-Jahre nur wenig Augenmerk schenkte, obwohl sie 1988 fand, dass sich *„Kreditinstitute an einigen Orten in Vorarlberg einander sozusagen auf den Zehen“* standen und sich daher zunehmend auf junge Kundschaft konzentrierten. Eine Bregenzer Bank, die *„den Nadelstreif ablegte“* und *„Jeans anzieht“*, bezeichnete ein Jugendbankkonto gar als *„lässiges Sofa und richtige Power-Station“*. Da die Glaubwürdigkeit der Kreditnehmer aber häufig nicht geprüft wurde, kam es zu „unbarmherzigen“ Pfändungen des „Heißen Ofens“ (Kfz) und der „Soundmaschine“ und zu Anzeigen wegen Betruges. Die Fälle landeten nicht selten beim AK-Konsumentenschutz.¹

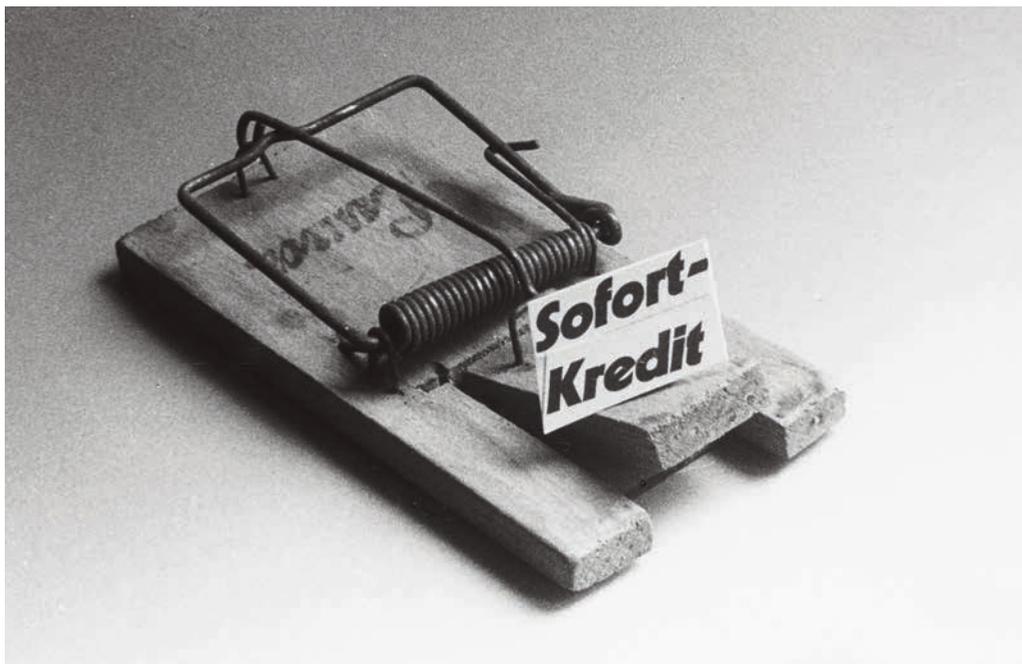
Ebenfalls mit Krediten hatte eine großangelegte Bankenerhebung zu tun, die damit zusammenhing, dass mit der Hochkonjunktur der 90er-Jahre im Bauwesen die Baukosten und damit auch die Kredite stark zugenommen hatten. Es gab gravierende Unterschiede zwischen

„offiziellen“ Auskünften der Banken und den Angaben gegenüber dem einzelnen Bankkunden, vor allem wenn es um Kleinkredite und Konditionen für Gehaltskonten ging. Und so schickte die AK im Jahr 1991 „Privatpersonen“ zu 44 Bankinstituten, um diese Diskrepanz abzuklären. Die Vermutungen hatten sich bestätigt: Tatsächlich – Privatkunden schnitten meist schlechter ab. Nur drei Banken hielten sich an die Abmachungen!

Für heute undenkbar, bewegten sich die Sollzinsen für Kredite zwischen 11,5 und 16 %, die Habenzinsen pendelten meist um 1 %, die Landes-Hypothekenbank und die Bawag waren mit bis zu 3,7 % löbliche Ausnahmen. Für einen Kredit von 100.000,- Schilling mit einer Laufzeit von fünf Jahren gab es Zinsschwankungen zwischen 29.000,- und 41.000,- Schilling. Es gab aber noch weitere „Bedenken“: Fast zwei Drittel der Banken hatten die geltenden Verzinsungssätze und die allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Kassenräumen nicht ausgehängt. Dazu kam, dass die Banken die Kontoführungsgebühren bis zum Vierfachen angehoben hatten. Die AK sah sich jedoch machtlos und empfahl den Konsumenten lediglich *„die Kreditkosten selbst auszurechnen. Das geht ganz einfach“*, meinte sie wohl mit großem Optimismus.²

Dass die konkrete Nennung der „säumigen“ Banken nur wenig Erfolg brachte, erwies sich vier Jahre später, als die AK eine neuerliche Untersuchung bezüglich des gesetzlich verpflichteten Aushanges von Bedingungen für Girokonten vornahm. Neun von neunzehn Banken informierten nach wie vor nicht vollständig, was die AK veranlasste, sie *„behalte sich Anzeigen bei der Verwaltungsbehörde vor“*. Diesmal reagierten die beschuldigten Bankinstitute, wälzten jedoch die „Versehen“ meist auf ihre uninformierten Mitarbeiter ab.³

Bei den niedrigen Habenzinsen ergab sich die Frage, ob und wie sich Sparen überhaupt noch lohnte. Es war offensichtlich, dass in den 90er-Jahren die Privatvermögen stark angestiegen waren: Auf die privaten Haushalte entfielen in Österreich ca. 2.000 Milliarden Schilling! Trotz niedriger Habenzinsen war zwar das Sparbuch immer noch am beliebtesten, doch wurde die Konsumentenschutzabteilung immer mehr mit Fragen konfrontiert, die auch „alternative Sparformen“ betrafen. Um die Beratung nicht teuren und teils unseriösen Finanzberatern zu überlassen, gab sie 1996 ein „Informationspaket“ heraus, damit sich die Konsumenten im *„Geldanlagedschungel etwas besser zurecht finden“* konnten. Zielführend waren ihre Tipps, was man den *„Finanzberater fragen sollte“* und ob man sich überhaupt über die Person des Beraters *„ausreichend*



Verbraucherkredite – ein ständiges
Thema der AK-Konsumenten-
beratung

informiert“ hatte.⁴ Deutlich äußerte sich die AK zum Wertpapiersparen. Solches mache, fest verzinst, nur einen gewinnbringenden Sinn, wenn das Geld mittelfristig, besser aber längerfristig gebunden werde.⁵

Und was die Österreicher noch Jahre später beschäftigen sollte, war schon in den 90er-Jahren aktuell, als es um das umstrittene Thema „anonymes Sparbuch“ ging. Eine Umfrage der AK brachte Erstaunliches zutage: Eine Mehrheit entschied sich nämlich dagegen! „Österreich soll kein Land für Schwarzgeld sein. Die Anonymität muß unbedingt abgeschafft werden, nur so kann man den Großen in die Karten schauen. Kein ehrlicher Mensch braucht ein anonymes Sparbuch“, hieß es unter anderem. Und jene, die für die Anonymität eintraten, hatten wenig stichhaltige Argumente vorzuweisen, wenn man von Wilhelm P. aus Dornbirn absah: „Das Einzige was mich stört ist, daß uns Brüssel die Abschaffung diktieren will, und nur deshalb sollte man diesen Herrn die Zähne zeigen.“ Die Vorarlberger – somit ein ehrliches Volk von Sparern!⁶

Weniger „ehrlich“ ging es im Laufe der Jahre wiederum bei den Banken zu. Da hatte beispielsweise eine Bank über Jahre hinweg für ihre Kredite zu viele Zinsen berechnet. Der Verein für Konsumenteninformation führte daraufhin eine Sammelklage gegen die Bank, und worauf die AK dabei besonderen Wert legte: „Die Konsumenten prozessieren ohne jegliches Risiko.“⁷ Ein anderer Fall: Eine Erhebung der AK brachte im Jahr 2003 zutage, dass für Wohnungskredite die Nominalzinsen in einer Bandbreite zwischen

3,8 und 5,2 % schwankten, ebenfalls stark die Nebenkosten. Der Rat der AK: „Handeln wie auf dem Basar.“⁸ Einen Prozess gegen eine Bank, es war die BTV, führte die AK im Jahr 2014/15. Es ging darum, dass das Bankinstitut für Konsum- und Verbraucher Kredite eine ungerechtfertigte Bearbeitungsgebühr zwischen 1 und 2,5 % verrechnet hatte. Das Landesgericht und das Oberlandesgericht Innsbruck gaben der Klage recht. Gegen die Konsumenten entschied der Oberste Gerichtshof im Frühjahr 2016, der die Klage des Vereins für Konsumenteninformation abgewiesen hatte.⁹

Im Jahr 2003 trat ein Problem auf, das noch für Jahre nicht geklärt werden konnte: Es ging um die sogenannten Fremdwährungskredite, vor allem um den Schweizer Franken. Die Bankenvertreter gaben an, solche Kredite niemals beworben zu haben, eine Umfrage der AK ergab jedoch das Gegenteil. Die AK warnte: „Fremdwährungsfinanzierungen sind Spekulationsgeschäfte. Erst am Ende der Laufzeit kann festgestellt werden, ob der Kredit günstiger war als einer in Euro. Manchmal kommt man aber gar nicht zum Ende. Nämlich dann, wenn die Bank von der vertraglich gebundenen Zwangskonvertierung Gebrauch macht. Das kann dann der Fall sein, wenn der Kurs eine bestimmte, festgelegte Marke übersteigt.“¹⁰

Es gab also ein Wechselkursrisiko, ein Zinssatzrisiko und ein Steuerrisiko, weil Kursgewinne steuerpflichtige Spekulationsgewinne waren.¹¹ Die Warnungen der AK blieben jedoch ungehört und die Fremdwährungskredite

erlebten 2008 eine Hochblüte. Aber schnell kam die erste Ernüchterung, da sich die Finanzkrise auch auf die Bankkunden auswirkte. Einige Banken fühlten sich nämlich „gezwungen“, aufgrund der „aktuellen Situation“ eine Änderung der Zinsindikatoren vorzunehmen: „Sparkasse wollte ihr Risiko einfach auf Kunden abwälzen.“ Die AK schritt gegen diese gesetzwidrige Vorgangsweise ein, drohte mit einer „Abmahnung“ durch den Verein für Konsumenteninformation und wandte sich auch an die Medien. Das Bankinstitut gab vorerst klein bei. Dennoch kam es ein Jahr später zu einer Verbandsklage an das Landesgericht in Feldkirch. Dabei ging es um die rechtswidrige „10-Prozent-Klausel“ in Kreditverträgen. Letztlich entschied auch das Handelsgericht Wien für die AK gegen die angeprangerten rechtswidrigen Klauseln in den Kreditverträgen.¹²

Das letzte Mal stellte sich die AK hinter die Frankenkreditnehmer, als sie Sozialminister Rudolf Hundstorfer – einstiger Präsident des ÖGB – aufforderte, diesen staatliche Hilfe zu gewähren, nachdem am 15. Jänner 2015 die Schweizer Notenbank den Mindestkurs des Frankens zum Euro abgeschafft hat. Präsident Hämmerle attackierte

ihn heftig, als dieser ablehnte, weil Kursverluste eben das „Risiko der Spekulanten“ seien. Diese Aussage hielt Hämmerle eines Sozialministers für unwürdig, während die Steuerzahler genötigt seien, „den Milliardenteuren Rettungsschirm über den Banken aufzuspannen“. Er konnte auch auf einen Konsumententest des Jahres 2013 hinweisen: Acht von 14 Vorarlberger Banken hatten ihren Kunden Frankenkredite empfohlen oder diese gar als „vernünftig angepriesen“.¹³

Es gab aber auch Vorarlberger, die von den im Allgemeinen „großzügigen“ Banken keine Kredite bekamen – ihre Finanzschwäche war zu offensichtlich. Da blieb nur der verlockende Weg zu Kreditvermittlern – für viele die letzte Anlaufstelle. Die Konsumentenberatung hatte mit diesen „Kredithaien“ wiederholt zu tun und warnte vor ihren Machenschaften: „Sie durchkreuzen seichtes Finanzgewässer und stürzen sich auf gestrandete Konsumenten. Was viele vermeintlich für die letzte Rettung halten, ist meist der finanzielle Todesstoß.“¹⁴ Um Kreditwerber vor unüberlegten und teuren Kreditabschlussverträgen zu bewahren, gab die AK umfassende Informationen zu den gesetzlichen Schutzbestimmungen heraus.¹⁵

| Bankinstitut | | Zinsen | | | |
|----------------|-----------|-------------|---------------|----------------|---------------|
| | | Haben | Soll | | |
| | | % | Soll % | ÜZ-Provision % | Gesamt % |
| Bawag | Bregenz | 3,75 | 11,5 | - | 11,5 |
| BTV | | 1 – 3,75 | 11,25 – 14,4 | - | 11,25 – 14,4 |
| CA | | 0,5 | 14,3 | 2,0 | 16,3 |
| Die Erste | Dornbirn | 0,5 | 11,5 – 14,5 | 3,0 | 14,5 – 17,5 |
| Hypothekenbank | | 3,25 | 13,75 | - | 13,75 |
| Länderbank | | 0,5 | 11,75 – 13,25 | 1,5 – 3,0 | 13,25 – 16,25 |
| ÖCI | | bis 5,5 | 12,75 | - | 12,75 |
| PSK | | 1,0 | 13,25 | 3,0 | 16,25 |
| Raiba | Bludenz | 0,5 – 3,75 | 11,75 | 3,0 | 14,75 |
| Raiba | Bregenz | 0,5 – 3,75 | 11,75 | 3,0 | 14,75 |
| Raiba | Dornbirn | 1,0 – 3,75 | 11,75 | 3,0 | 14,75 |
| Raiba | Feldkirch | 0,5 – 3,75 | 11,75 | 4,5 | 16,25 |
| Raiba | Hohenems | 0,5 – 3,75 | 11,75 | 3,5 | 15,25 |
| Raiba | Lauterach | 0,75 – 3,75 | 11,75 | 3,0 | 14,75 |
| Raiba | Lustenau | 0,5 – 3,75 | 12,0 | 3,0 | 15,0 |
| Raiba | Nenzing | 0,5 – 3,75 | 11,5 | 4,0 | 15,5 |
| Raiba | Schruns | 1,0 – 3,75 | 12,25 | 3,5 | 15,75 |
| Sparkasse | Bludenz | 0,5 – 3,75 | 10,25 – 12,25 | 3,75 – 5,75 | max. 16,0 |
| Sparkasse | Dornbirn | 0,5 – 3,75 | 11,5 – 14,5 | - | 11,5 – 14,5 |
| Sparkasse | Egg | 0,5 | 11,5 | 4,0 | 15,5 |
| Sparkasse | Feldkirch | 1,0 – 3,75 | 10,25 – 14,75 | 3,0 | max. 14,75 |
| Volksbank | | 1,0 – 3,75 | 11,5 | 3,0 | 14,5 |

Quelle: AKtion 1991/4, Seite 12 f.



Die AK führt im Sinne der Konsumenten zahlreiche Verbandsklagen auch im Bank- und Geldwesen durch.

Besonders für Franken-Kreditnehmer wichtig war die Klage der AK Vorarlberg zum Thema Devisenfixing. Dabei waren die Klauseln der Erste Bank zur Währungsumrechnung bei Fremdwährungskrediten der AK Vorarlberg ein Dorn im Auge. Das erstinstanzliche Urteil lag 2015 vor, die Bank verlor und legte umgehend Berufung ein. Mittlerweile ist es amtlich, dass die Klauseln gesetzwidrig sind.¹⁶

Ein weites Betätigungsfeld für die AK war seit Mitte der Achtzigerjahre der Bereich der Giro- und Gehaltskonten. Man konstatierte, die meisten Vorarlberger hätten „zum Institut ihrer Wahl zwangsläufig blindes Vertrauen“. Dieses war jedoch nicht gerechtfertigt, weil nach einer Erhebung der AK ein Kostenvergleich für einen „Laien“ so gut wie unmöglich war. Es fanden sich nach einer Analyse von namentlich aufgeführten 38 Banken ein absolutes „Kosten-Dickicht“, mangelnde Kostentransparenz, eine offensichtliche „Kosten-Verschleierung“ und gar „Zinsen-Schacher“. Die Untersuchung brachte es zutage: Schon im Jahr 1996 lagen die allermeisten Habenzinsen unter 0,5 %, nur bei fünf Banken lagen sie über 1 %. Dagegen zeichneten sich Sollzinsen durch beachtliche Höhen aus: Sie lagen durchschnittlich bei 10,5 %, bei neun Instituten gar über 12 %. Bei den häufigen Überziehungen konnte dies teuer werden, Privatkredite waren dann oft billiger. Die AK riet: „Handeln, feilschen, was das Zeug hält!“¹⁷

Auch in den folgenden Jahren wurde die Lage nur wenig besser. Immer noch klagte die Konsumenten-

beratung im Jahr 2002 bei jeder Bank über „ihren Gebührenschungel“. Es sei eine „Sisyphusarbeit“, die Girokontenmodelle der Banken miteinander zu vergleichen, um herauszufinden, welches das billigste sei. Diesmal analysierte man nur zwanzig namentlich genannte Banken. Es wurde deutlich, dass sich die Sollzinsen erhöht hatten und gar über 15 % gestiegen waren, nur bei einer Bank lagen sie noch bei 9,5 %. Resignierend stellte die AK fest: „Verhandeln bringt selten etwas, weil diese Kosten computergestützt abgerechnet werden.“ Wieder gab es Girokonto-Tipps, und wer sich ausführlich informieren wollte, dem stand die AK-Homepage zur Verfügung.¹⁸

Neben diesen speziellen „Fällen“ gab es kaum eine wichtige Neuerung im Geld- und Bankenwesen, worüber die AK im Laufe der Jahre die Konsumenten und Arbeitnehmer nicht ausführlich informierte. Nur einige Beispiele seien genannt:

- 2002: Steuerfreies Schenken eines Sparbuches
- 2009: Sicherung von Spareinlagen. Neuregelung von Zahlungsdiensten
- 2010: Formen von Sparbüchern
- 2011: Anrecht auf ein Basisgirokonto
- 2014: Neue, EU-weite Kontonummern

Aber dann stiegen wieder einmal Emotionen hoch, als „gewisse Ökonomen“ vorschlugen, Bargeld überhaupt abzuschaffen, dies bringe viele Vorteile. Die AK befragte



Den Arbeitnehmern kommen Fehlentwicklungen im Bankwesen teuer zu stehen.

dazu im Sommer 2015 ihre Mitglieder und bekam eine klare Antwort: „Nein!“ Die Gründe für die Ablehnung waren in den meisten Fällen ähnlich und bewiesen, dass sich „der Vorarlberger“ auch in Zukunft Individualität und Selbstständigkeit wünschte, dass er tiefes Misstrauen gegenüber der Staatsmacht, den Banken und den Wirtschaftsakteuren besaß: Man wolle sie dadurch bevormunden und kontrollieren. Es gehe den „Machthabern“ um den „gläsernen Menschen“: *„Ich gebe meine Selbstständigkeit auf und lege mein Leben und mein Einkommen, für das ich ja arbeiten muss, in fremde Hände! Fremde Hände sind Sachwalter namens Banken, denen es natürlich nur recht ist, den Menschen gläsern zu halten. [...] hat der Staat einen Überblick, wofür jeder sein Geld ausgibt. Und keiner soll mir sagen, dass diese Daten nicht ausgewertet würden für nächste Maßnahmen!“* [...] Wau, unsere Gesellschaft verabschiedet sich immer mehr von der Freiheit so vieler ihrer Mitglieder!“¹⁹

Die Kammerführung ließ ihre Mitglieder bei ihrer Kritik über Banken nicht allein, differenzierte jedoch. AK-Direktor Rainer Keckeis hätte die Hypo Kärnten mit ihren „wahnwitzigen“ Haftungen und Managern besser in die Insolvenz geschickt und warf den Bundesregierungen vor, sie ließen sich „von den sogenannten Experten treiben“: *„Während die Kraft für eine ordentliche Steuerreform seit Jahren fehlt, kein Bürokratenabbau in Sicht ist und die Privilegien und Subventionen für einen kleinen Teil der Bevölkerung unangetastet bleiben, dürfen die Arbeitnehmer nun auch die Zeche für die Großmannssucht der Hypomanager bezahlen.“*²⁰ Eine Lanze brach Keckeis dagegen für die „kleinen Regionalbanken“. Der einstige „Bankbeamte“ sei früher zutiefst überzeugt gewesen, den Menschen etwas Gutes zu tun. Und nun würden diese Banken als Folge der Weltwirtschaftskrise mit „überbordenden Vorschriften“ belastet. *„Geben wir den Regionalbanken die Chance, zu ihrer alten Performance zurückzufinden.“*²¹

FREMDEnVERKEHR UND URLAUB

Für die AK spielten bis in die Mitte der 90er-Jahre die Bereiche Fremdenverkehr und Urlaub keine große Rolle. Sie beschränkte sich auf statistische Erhebungen, etwa über Liftpreise bei den 281 Liftanlagen im Jahr 1987 und auf Nächtigungszahlen und -arten in den einzelnen Fremdenverkehrsregionen. Wichtige Schwerpunkte waren auch Untersuchungen über die Preis-Leistungs-Verhältnisse von Tourismusbetrieben und die Beratung bei der Gestaltung von Urlaubsreisen. Dabei gerieten Reisebüros und Urlaubskataloge ins Visier.

Erstmals im Jahr 1989 gab die AK ihre Meinung zur Situation des Fremdenverkehrs in Vorarlberg öffentlich kund. In der AKtion lesen wir, in Vorarlberg werde zwar von Qualitätstourismus geredet, tatsächlich setzten die meisten Regionen aber auf den Massentourismus. Dennoch: Vorarlberg habe keinen internationalen Vergleich zu scheuen, das Angebot liege im europäischen Spitzenfeld.

Aber dann überwogen Kritik und die negativen Seiten: Dies betraf die diversen Verkehrsprobleme, die Verbauung unberührter Landschaften, die Verschmutzung der Umwelt, die niedrigen Löhne in der Branche und die unzähligen offenen Stellen. Jedoch: „*Mehr Gastarbeiter sind sicherlich die falsche Lösung.*“ Eine „richtige“ Lösung bot die AK im Bereich des Arbeitsmarktes an, wo sie mehr Investitionen in das Personal forderte. „*Das Sozialprestige des Gastgewerbeberufes muß angehoben werden.*“ Versäumt habe man auch die Einbindung von Verkehrs- und Umweltexperten in die Planungen und Verhandlungen.¹

Die AK wollte jedoch auch die Meinung ihrer Mitglieder wissen und machte im Jahr 1995 eine Leserbefragung. Es war wenig Positives zu vernehmen, und die Kritik fokussierte sich auf wenige Punkte: Das Preis-Leistungs-Verhältnis stimme nicht, Gastwirte und Bedienung seien zum Teil unfreundlich. „*Besonders in teuren Fremdenverkehrsregionen registrieren viele eine herablassende Behandlung durch das Personal.*“² Die Kritik tat ihre Wirkung: Als die AK in der folgenden Wintersaison eine Analyse der Liftpreise vornahm, stellte sie fest, dass die Preiserhöhungen „moderat“ ausgefallen waren. Die Meinung der AK, die Liftbetreiber hätten eine „Art Preiskartell“ betrieben, wurde von diesen „vehement“ in Abrede gestellt.³ Zehn Jahre später wurde wieder eine Leserumfrage vorgenommen, als es um die Einführung sogenannter regionaler „Skipässe und Skiverbünde“ ging. Das Echo war diesmal positiv. Diese brächten mehr Vorteile als



Durch die AK-Preiserhebungen erhielten Konsumenten erstmals einen umfassenden Überblick über die Liftpreise in Vorarlberg.

Die Zunahme des Individualverkehrs machte sich auch in den Skigebieten bemerkbar.



Die Arbeiterkammer setzte sich gegen die Einführung einer Beratungsgebühr in den Reisebüros ein.



Nachteile, und überhaupt, in den vergangenen Jahren seien sehr viele Qualitätsverbesserungen durchgeführt worden.⁴

Die AK begutachtete vor Ort und auch die diversen Reisebüros und kam der Empörung der Konsumenten entgegen, als diese im Jahr 1997 eine „Beratungsgebühr“ in der Höhe von 250,- bis 2.000,- Schilling einführen wollten.⁵ Präsident Fink bezeichnete dies als „Schuß ins

eigene Knie“. Potenzielle Kunden würden als Folge im nahen Ausland buchen, dadurch seien Arbeitsplätze gefährdet. Was Fink anprangerte, waren auch Reisekataloge, deren Inhalt „derart kompliziert ist, daß der durchschnittliche Konsument fast nicht mehr in der Lage ist, die verschiedenen Angebote miteinander zu vergleichen“. Es sei nicht einzusehen, „daß für eine unvermeidbare, ja geradezu provozierende Beratung auch noch kassiert wird“.⁶

Hatte die AK mit ihrer Kritik wirklich recht oder waren Vorarlbergs Urlauber „offensichtlich Reiseprofis“? Auf jeden Fall brachte eine Leserumfrage überraschend zutage, dass man mit den Katalogen und den Informationen aus den Reisebüros zurechtkam.⁷ Dennoch blieb die AK skeptisch: *„Lassen Sie sich nicht von blumigen Beschreibungen in Reisekatalogen täuschen! [...] Die Urlaubsdichtung in den Katalogen ist tückisch.“* Und sie listete die umfangreichen „Tücken“ auch auf. Als Beispiel: „Meerseite“ sei nicht gleich „Meerblick“ und „belebt/verkehrsgünstig“ bedeute im Zentrum gelegen, mit viel Nachtleben und Verkehrslärm.⁸

Es war erstaunlich, dass es in Vorarlberg bislang keine empirischen Untersuchungen über die Reisegewohnheiten der Vorarlberger gab. Diese Lücke schloss die AK mit einer umfassenden Analyse durch ein Meinungsforschungsinstitut. Im Juni 2001 wurden die Ergebnisse ausführlich der Öffentlichkeit präsentiert. Die wichtigsten Resultate waren, dass 43 % der Vorarlberger eine Urlaubsreise antraten. Im favorisierten 14-Tage-Urlaub wurden pro Person durchschnittlich 11.500,- Schilling ausgegeben. Das Wichtigste bei einer Urlaubsentscheidung war die Qualität der Unterkunft und beim Haupturlaub wurde das Ausland bevorzugt. Zu den Reisezielen kam man in erster Linie durch Mundpropaganda, die Beratung durch ein Reisebüro stand erst an zweiter Stelle, aber schon bei einem Viertel war das Internet die Informationsquelle.⁹

Nur wenige Monate später kam es zum unerwarteten Terroranschlag am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York. Die AK beauftragte wiederum ein Marktforschungsinstitut, um diesmal die Auswirkungen der Katastrophe auf das Reiseverhalten zu erfahren: Für jeden Fünften hatte es sich geändert. Die Reiselust war zwar nach wie vor gleich geblieben, doch Sicherheit war das wichtigste Kriterium der Urlaubswahl geworden; das Flugzeug hatte stark an Attraktivität verloren und Auslandsreisen waren zurückgegangen. Aber immer noch: *„[...] und ewig lockt die See.“* Hier erwartete man sich jedoch vermehrt *„Erlebnisqualität [...] am Urlaubsziel muss was los sein“*. Wer waren nun die Ängstlichen und auf Sicherheit Bedachten? Vor allem Frauen, ältere Menschen und leitende Angestellte bzw. Führungskräfte.¹⁰

Von nun an ging kein Jahr vorüber, ohne dass sich die AK nicht mit dem Thema Urlaub beschäftigte. Aktiv wurde in diesem Zusammenhang vor allem die Abteilung für Konsumentenberatung: *„Tipps der AK sorgen für ungeprübte Urlaubsfreuden“*, *„Für einen stressfreien Urlaub“* oder *„Damit Ihr Urlaub nicht baden geht“*, hieß es in Informati-



Die AK machte in zahlreichen Broschüren auf die Telefonkosten im Urlaub aufmerksam.

onsaussendungen. Im Speziellen wurden Checklisten für erforderliche und nützliche Dinge, Buchungen, Reiseversicherungen, Kosten für Mietautos, Flugzeuggebühren, Zahlungsmittel und für die Arbeitnehmer das Urlaubsrecht behandelt. Ging dann wirklich „die Urlaubsfreude ade“ und anstatt des versprochenen Traumurlaubes gab es nur überfüllte Sandstrände, dann: *„Die AK hilft bei Ärger im Urlaub weiter!“* Für zahlreiche Urlaubsgeprellte war die AK die „letzte Rettung“, da sie auch Klagen gegen Veranstalter anstrebte, die ja für etwaige Urlaubsmängel verantwortlich waren. Jährlich lagen die Beschwerden und Anfragen bezüglich Urlaubsreisen stets über der Hundertergrenze. Besonders stark hatten die Beschwerden über Flüge zugenommen.¹¹ Die Bilanz der Aufklärungsarbeit der AK hatte sicherlich das Urlaubsverhalten der AK-Mitglieder und Konsumenten positiv beeinflusst und deren Selbstbewusstsein gestärkt, wenn es um finanzielle Ansprüche gegen Reiseunternehmer ging, die ihre

Versprechungen nicht einhielten. Und nicht ohne Stolz konnte man 2013 verkünden: „Mit den Tipps der AK Vorarlberg sind Sie für den Ernstfall gerüstet.“¹²

Die AK hatte jahrelange Erfahrung mit Ferienreisen und Urlauben, welche die Konsumentenberatung im Jahr 2004 in Form von „Reisetipps“ in einer eigenen Broschüre zusammenfasste.¹³ Bis heute veröffentlicht die AK viele Broschüren rund um das Thema Urlaub, beispielsweise über „Urlaub und Reisen – Alles, was Sie wissen müssen“ und Informationen über „Handykosten im Urlaub“.¹⁴

Im Juli 2015 verglich die AK mehrere Online-Reiseanbieter und stieß teils auf große Preisunterschiede. Die Konsumentenschützer empfahlen: „Wenn Sie Ihr Lieblingsreiseziel gefunden haben, vergleichen Sie den Preis noch auf anderen Portalen. Das lohnt sich oft.“ Auf der Website <http://stories.ak-vorarlberg.at/urlaub> hat die Arbeiterkammer Reiseerfahrungen von Klienten sowie wichtige Tipps der AK-Experten zusammengetragen.¹⁵

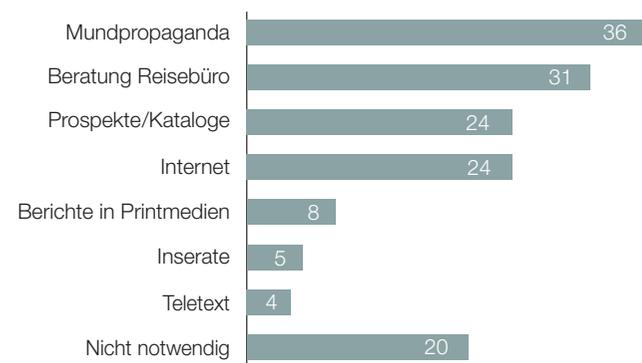
Seit den 90er-Jahren wurden an die AK vermehrt spezielle Klagen herangetragen, welche die Konsumentenschutzabteilung auch juristisch beschäftigten. Immer wieder gewarnt wurde vor dem sogenannten „Time-Sharing“. Dabei ging es um ein regelmäßig wiederkehrendes Wohn-

recht in Ferienappartements. Nicht bedacht hatten die Mieter die folgenden zusätzlichen Pauschalgebühren und Nebenkosten und dass solche Anlagen nicht einmal fertiggestellt waren.¹⁶ Im Jahr 1992 waren in Vorarlberg drei solche dubiose Firmen mit Sitz in Spanien und England aktiv, die ihre Kunden um mehrere Hunderttausend Schilling geprellt hatten. Die AK gewann gegen eine von ihnen gar einen „Musterprozess“. Die Firma wurde zwar gepfändet und versteigert, doch es war kein Geld mehr vorhanden.¹⁷ Und dann gab es die immer wiederkehrenden „glücklichen Reisegewinner“, die sich schließlich zu hohen Nebenkosten mit Werbeverkaufsshows abzufinden hatten.¹⁸

Bestimmungsfaktoren bei der Auswahl von Urlaubsarrangements 2001



Urlaubsziel wird in Betracht gezogen durch ...



Quelle: Dr. Edwin Berndt

UMWELTSCHUTZ UND ÖKOLOGIE

Die AK hatte sich erstmals klar und deutlich gegen die Lobby der Energieunternehmer und für Umweltschutz eingesetzt, als sie im Jahr 1978 ihre Mitglieder gegen das geplante Atomkraftwerk Zwentendorf mobilisierte. 1983 erstellte sie ein ökologisches Gesamtkonzept und einen Leitfaden für eine rasche Eindämmung von Umweltgefahren. Es gab in Vorarlberg genug zu tun: Da ging es um das ungelöste Müllproblem, um Mülltrennung und Entsorgung, um die Lagerung und Verwendung von Tonnen Chemiegiften und um Luftverschmutzung auch durch Private. In den Jahren 1992/93 erreichte sie die breite Öffentlichkeit, als sie diese an Trinkwassertests bezüglich Nitratgehalt teilnehmen ließ. Die AK hatte sich schließlich zu einer wichtigen „Öko-Institution“ und zum „Umweltanwalt“ in Vorarlberg entwickelt.

Die AK-Direktion konzentrierte ihre Anliegen bezüglich Umweltschutz im Jahr 1985 vorerst auf Gewerbe- und Industriebetriebe und den Müll: *„Umweltschutz beginnt nach Auffassung der Vorarlberger Arbeiterkammer im Betrieb. Nicht nur die Umgebung eines Betriebes soll vor Emissionen geschützt werden, sondern auch die Arbeitnehmer im Betrieb beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen. Ferner verfolgt die Arbeiterkammer eine Verwirklichung ihrer Vorschläge bezüglich Müllentsorgung.“*¹

Die Aussichten standen vorerst jedoch schlecht. Die Maßnahmen des Landes zur Müllvermeidung waren nur „Ansätze“, und *„allein mit Appellen an die Bevölkerung wird dem Müllproblem nicht effizient begegnet werden können.“*² Nicht besser verhielt es mit der Bundesregierung, was die AK 1989 veranlasste, diese in einer Resolution aufzufordern, *„so rasch wie möglich wirkungsvolle und notwendige gesetzliche Maßnahmen zur Abfallvermeidung zu erlassen und nicht länger säumig zu sein“*. Verbote seien notwendig für umweltschädliche und nicht verrottbare Verpackungen.³

Der junge AKtions-Zeitungsredakteur Rainer Keckeis befasste sich in zwei Kolumnen mit Grundsätzlichem: *„Wer Umwelt gefährdet, soll zahlen!“* Und er malte ein düsteres Zukunftsbild: *„Unsere wohlstandsorientierte High-Tech-Zivilisation wird in absehbarer Zeit zusammenbrechen, wenn sie sich in ihrem Denken und Handeln nicht von Grund auf neu orientiert.“* Es sei absurd von Fortschritt zu sprechen, wenn gleichzeitig die Natur zerstört werde.



Direktor Rainer Keckeis setzte sich schon früh mit dem Thema Umweltschutz kritisch auseinander.



Ökologie und Umweltschutz – ein wichtiges Anliegen der AK

Alle wollten Umweltschutz, „aber gefälligst ohne Verzicht und lästige Eingriffe in die Lebensgewohnheiten“. Vorarlberg sei dafür ein gutes Beispiel, wenn man etwa an das Verkehrschaos denke. Keckeis legte einige Gegenmaßnahmen vor: Er sah Chancen durch den „Marktmechanismus“ und verurteilte staatliche Zwangsmaßnahmen in der Art einer „Öko-Diktatur“. Dennoch: Ohne staatliche Eingriffe ging es auch bei seinen Vorstellungen nicht, denn die Umweltverursacher sollten höher besteuert werden und Gefährdungshaftungen übernehmen. „Wir müssen unsere Erde vor der endgültigen Ausplünderung und Zerstörung in Schutz nehmen.“⁴ Eine Intensivierung des Umweltschutzes sah er auch nach einem zukünftigen Beitritt Österreichs zur EU, die in den meisten Umweltstandards Österreich weit voraus sei. Österreich allein könne die Probleme nicht lösen und die „Angstparolen“ und „Horrorszenarien“ der EU-Gegner seien unbegründet.⁵



Am offensichtlichsten präsentierte sich für jeden Vorarlberger vorerst das Müllproblem. Die AK beschäftigte sich mit dieser teils zum „Himmel stinkenden“ Frage intensiv. In den 80er-Jahren fielen jährlich rund 75 000 Tonnen Müll an, aber im Land gab es außer dessen Deposition wenig Konkretes. Eine gute Lösung sah die AK in der Errichtung einer Müllverbrennungsanlage, die jedoch aus Gründen der Luftreinhaltung und hoher Kosten von den Behörden abgelehnt wurde. Daher müsse man Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallentsorgung anstreben.⁶

Die Initialzündung ging 1986 von einer Privatinitiative in Dornbirn aus. Am sogenannten „Gifttag“ war die erste Müllabgabe und Mülltrennung durch den städtischen Bauhof mitveranstaltet worden. Neun Gemeinden folgten diesem Konzept noch im selben Jahr. Es kam viel Abfall zusammen, denn jede Person in Vorarlberg produzierte jährlich zirka 220 Kilogramm Müll.⁷ Im Jahr 1990 waren die Vorarlberger die besten Altglassemmler Österreichs mit 23,8 Kilogramm je Einwohner. Doch als 1993 die Verpackungsverordnung in Kraft trat, die vorsah, neben Glas und Papier auch Metall, Holz und Kunststoff zu sammeln und zu entsorgen, nahm die Entsorgungseuphorie ab: Die AK klagte den Gemeindeverband und einzelne Gemeinden an, da sie entsprechende Container viel zu spät und an zu wenig Standorten aufgestellt hatten. Außerdem waren die genauen Vorschriften der Verordnung nur wenigen bekannt. Die AK informierte ausführlich und



machte vor allem darauf aufmerksam, dass „Umverpackungen“ im Geschäft zurückgelassen werden konnten und Getränkekartons nicht in den Container gehörten. Die alten Forderungen der Kammer waren jedoch nicht erfüllt worden, nämlich die Einführung eines Pfandsystems für alle Getränkeverpackungen und gesetzliche Maßnahmen gegen die „unnötigen“ Einwegverpackungen aus nicht wiederverwertbarem Kunststoff. Im Grunde sollte die Verpackungsverordnung „zurückgenommen“ werden. Das für Private und Gemeinden teure Sammelsystem sei geradezu ein „Schildbürgerstreich“, wenn man bedenke, dass beispielsweise die gesammelten Kunststoffe nicht wiederverwertet, sondern in Verbrennungsanlagen landeten.⁸ Obwohl 1991 die Entsorgung von Industrie- und Gewerbeabfällen Ländersache geworden war, war in diesen Bereichen die Abfallmenge stark angestiegen. Die AK schlug daher „gut ausgebildete Abfallberater“ für die Betriebe vor – „sie sollten davon zwingend Gebrauch machen müssen“.⁹

Die AK ließ jedoch mit ihrer alten Idee einer Müllverbrennung nicht locker und startete 1994 eine Umfrage bei den AKtion-Lesern. Die Reaktion war beachtlich und zeigte auf, dass sich 77,5 % für eine solche Anlage aussprachen, „allerdings meist mit der Einschränkung, die gewonnene Wärme sinnvoll zu verwerten“.¹⁰

Luftverschmutzung war auch in den 80er-Jahren ein höchst aktuelles Thema, das seit dem Jahr 1965 bestand, als in der Schweizer Nachbarschaft des Rheintales ein

Heizölkraftwerk mit hohen Emissionswerten entstehen sollte. Die Maßnahmen des Landes, vor allem die Förderung und der Ausbau des Gasnetzes, hatten zwar den Ausstoß von Schwefeldioxyd eingedämmt, aber der Ausstoß von Stickoxyden (1987: 4 213,5 Tonnen) und anderen toxischen Bestandteilen wie Kohlenwasserstoff und Kohlenmonoxid in die Luft war Ende der 80er-Jahre „in erschreckendem Maße angestiegen“.¹¹

Es gab vor allem zwei Faktoren, die die Luftqualität stark beeinträchtigten und denen die AK den Kampf ansagte: Sie unterstützte die Kat-Nachrüstaktion der Landesregierung bei Gebrauchtfahrzeugen und bezeichnete es „als glatten Unsinn“, als der Finanzminister Ferdinand Lacina 1986 eine „Luxussteuer“ auf Katalysatorautos erhob.¹²

„Und der Umwelt stehen die Haare zu Berge“, verkündete die AK, als es um die von vielen Vorarlbergern hart verteidigten Sprays mit Treibgas ging, sie wollten sich nicht mit sogenannten „Pumpsprays“ abfinden. „Beim Haarstyling hört das Umweltbewußtsein auf.“ Die AK nahm sich die Mühe, Praxistests der einzelnen Systeme durchzuführen, fand keinen großen Unterschied in der Sprühqualität und beendete schließlich das Thema damit, dass es die Treibgas-Sprays (FCKW) ab 1990 nicht mehr geben dürfe, da sie die lebenswichtige Ozonschicht zerstörten.¹³

Das wichtigste Anliegen der AK war es jedoch, in erster Linie ihre Mitglieder, Konsumenten und Arbeitnehmer, zu „betreuen“ – in Bezug auf „die Zeitbombe Chemie“ war

dies vonnöten: In den 80er-Jahren wurden jährlich in Vorarlberg 180 000 Tonnen verschiedenster gefährlicher Stoffe verarbeitet. Doch für die Betriebe gab es keine gesetzliche Pflicht, die Lagerung und Verarbeitung solcher Stoffe zu melden. Nur fallweise führten die Bezirkshauptmannschaften und die Arbeitsinspektorate „sanfte“ Kontrollen durch. In der Vollversammlung der AK im Jahr 1987 trug nun die AK eine Resolution vor, in welcher sie die Melde- und Kennzeichnungspflicht der Chemielager und -bestände und eine Überarbeitung der veralteten Giftverordnungen forderte und „*rigoroses Vorgehen bei Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen*“ reklamierte.¹⁴ Die Vorschläge scheinen jedoch über die Anwesenden der Vollversammlung nicht hinausgegangen zu sein. Daher veranstaltete die AK zwei Jahre später, im Jahr 1989 in der Feldkircher Stadthalle ein öffentliches Symposium unter dem Titel „Chemie am Arbeitsplatz“. AK-Präsident Josef Fink hielt das Hauptreferat und wies auf die problematische Situation hin, dass unter den befragten Arbeitnehmern kaum jemand wusste, mit welcher gefährlichen Stoffen gearbeitet wurde und dass gesundheitliche Auswirkungen vielfach erst spät zu erkennen seien.¹⁵

Auch die „Häuslebesitzer“ blieben von gefährlichen Giften nicht verschont: Es waren die in vielen Wohnungen vorhandenen asbesthaltigen Bodenbeläge, die ein Krebsrisiko darstellten und keinesfalls ohne fachkundige Anleitung entfernt werden durften.¹⁶ Vor allem an die „Frauenwelt“ gerichtet waren die Warnungen vor giftigen

Chemikalien in Textilien und Kleidung. Hier wurde die Konsumentenabteilung der AK mit umfassenden Verbrauchertipps aktiv. Sie relativierte zwar, dass Baumwoll-T-Shirts nicht so giftig seien wie Skandalmeldungen behaupteten, aber so „natur“ und „bio“ wie die Werbung verspreche, seien sie auch wieder nicht. Um Schadstoffe zu eliminieren, riet die Kammer als Generalrezept: „*Erst waschen, dann erst tragen.*“¹⁷ Das in der Kleidung meist vorhandene Gift, das zwar nicht Krebs erregte, jedoch vielfältige Allergien und chronische Hautveränderungen bewirkte, war Formaldehyd. Ein erster von der AK initiiertes Test von Kinderbekleidung aus 13 Fachgeschäften war besorgniserregend: 13 von 21 Proben wiesen dieses Gift auf. Die AK schlug Alarm, und zu ihrer großen Überraschung reagierten die Einkäufer darauf: Bei Proben im Jahr 1996 lagen die Werte deutlich unter jenen des Jahres 1994. Damit war das Formaldehydproblem jedoch keineswegs aus der Welt geschafft, nur hatte die AK darauf weniger Einfluss: Der Giftstoff war nämlich in Abgasen, schlecht eingestellten Klimaanlage, im Zigarettenrauch und bei ausdampfenden und häufig verwendeten Spanplatten und Lacken anzutreffen.¹⁸

Durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion unter großer Beteiligung hatte sich die AK in den Jahren 1992/93 zum Vorarlberger Umwelthanwalt gemacht. Sie startete nämlich einen Test auf den Nitratgehalt von Trinkwasser. Österreich hinkte auch in dieser Angelegenheit wieder einmal den vielgeschmähten EG-Verordnungen nach:



Mit der Unterstützung der KAT-Nachrüstaktion setzte sich die AK bereits in den 80er-Jahren für die Reduktion von Stickoxidemissionen ein.

In Österreich lagen die Grenzwerte für Nitrat im Trinkwasser bei 100 Milligramm je Liter, doppelt so hoch wie von der EG erlaubt. Nitrat war deshalb gefährlich, weil es sich im Körper in Nitrit umwandelte und im Blut die Sauerstoffaufnahme einschränkte oder gar blockierte. Es verschwand auch durch Abkochen des Wassers nicht. Die AK schickte an ihre Mitglieder Erhebungs- bzw. Testkarten und erhielt zur großen Überraschung 11 500 Wasserproben zurück! Das Erfreuliche an dieser Aktion war, dass die Wasserqualitäts-Ergebnisse von 11 235 Konsumenten „sehr gut ausfielen“. Auch fühlte sich die AK in ihren Umweltaktivitäten gestärkt, denn auf den schriftlichen Rückmeldungen regten viele Teilnehmer an, dass die AK in Zukunft „weitere Tests dieser Art durchführen“ möge. „Erfreulich für die AK: Dieser Test dürfte nicht unerheblich für die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung im Ländle beigetragen haben.“¹⁹

Präsident Fink ging aber noch einen Schritt weiter, wenn er auf den Verursacher von Nitratwerten hinwies: Dies seien die Landwirtschaft durch den massenhaften Einsatz von Kunstdünger und die großen Massentierhalter mit ihrem großflächigen Maisanbau. Die Alternative seien ein umweltfreundlicher Getreideanbau statt Massenproduktion, ferner Fruchtwechselwirtschaft und das Abgehen von produktionssteigernden Chemikalien. „Es stellt sich grundsätzlich die Frage, lösen wir damit (Chemikalien) das Hungerproblem in der Dritten Welt? Mitnichten, wir schaffen uns nur massive Probleme mit unserem Boden und dem Wasser.“²⁰

Die AK beschäftigte sich Jahre später mit einem freilich völlig neuen Problem in der Landwirtschaft, nämlich der Einführung der Gentechnik für pflanzliche Produkte. Eine Stellungnahme dazu gab die AK nicht ab, doch erhielt sie ein Interview mit dem griechischen EU-Kommissar für Umweltangelegenheiten Stavros Dimas. Beruhigend aber auch „diplomatisch“ waren seine Feststellungen: „[...] wir müssen die Bauern schützen, die herkömmliche und Bio-Produkte erzeugen. [...] Wir bemühen uns, sowohl die Sicherheitsabschätzungen als auch die Entscheidungen besser und transparenter zu machen, um das Vertrauen der europäischen Bürger in die Entscheidungsprozesse bei einem so heiklen Thema zu erhöhen.“²¹

Im Jahr 2001 ging es neuerlich um Wasserfragen. Diesmal waren die Verursacher jedoch „private Profiteure“. Im Zuge der weltweiten Liberalisierungswellen wurden auch in Vorarlberg Stimmen laut, man könne „kostensparend“ die Wasserversorgung privaten Firmen überlassen – eine Vorarlberger Gemeinde hatte schon

diesen Schritt getan. Die AK konnte solchen Bestrebungen jedoch nichts abgewinnen: „Wir fordern daher klipp und klar: Mit unserer Wasserversorgung dürfen keine Privatisierungsexperimente gemacht werden.“²²

Mit diesen Aktionen und Aufklärungskampagnen war die AK jedoch nicht etwa zu einem Ableger der Grünenpartei geworden. Dies zeigte sich am Beispiel des Versuches der Grünen, in Österreich Ökosteuern einzuführen, um dadurch die Umweltbelastung zu reduzieren. Solche, so die AK, seien „nur bedingt sinnvoll“. Sie würden nämlich nur die leeren Staatskassen füllen, eine aufgeblähte Steuerungsbürokratie erzeugen und könnten auch ein „echtes Wettbewerbsproblem“ sein und somit nicht, wie die Grünen meinten, Arbeitsplätze schaffen, sondern im Gegenteil reduzieren. Trotz dieser Überlegungen der AK war bei einer Umfrage im Jahr 1994 eine Mehrheit für die Einführung einer Ökosteuer.²³

Geradezu „auführerische“ Aktivitäten entwickelte die AK 1995 im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung erlassenen „Kühlgeräteverordnung“, die vorsah, beim Erwerb eines Kühlgerätes eine 600-Schilling-Plakette kaufen zu müssen, womit alte Kühlschränke entsorgt werden könnten. Mit drastischen Worten sprach Präsident Fink von einem „Ökoschmäh“ und startete gemeinsam mit der AK Wien eine Protestaktion. Die Konsumenten „forderte sie auf, ihren Unmut über die Kühlgeräteverordnung kund zu tun. Dies kann per Brief oder telefonisch geschehen“. Adressat war das Bundesministerium für Umwelt in Wien, Untere Donaustraße 11.²⁴ Die Proteste hatten vorerst keinen Erfolg, die Verordnung wurde jedoch 2005 außer Kraft gesetzt.

ENERGIE

Ein Hauptziel der AK war es, hohe Energiekosten bzw. Strom- und Mineralölpreiserhöhungen zu verhindern. Zu Preiskontrollen war sie legitimiert, weil sie als Teil der Sozialpartner in der staatlichen Preiskommission vertreten war. Kostensteigerungen erwartete sie bei einer Privatisierung der Stromerzeuger und bei einheitlichen österreichischen Strompreisregelungen, bei der Liberalisierung des europäischen Strommarktes und bei einer Überbetonung ökologischer Maßnahmen. Sie trat für Energiesparen und „nachhaltiges Bauen“ ein, wobei vor legislativen Entscheidungen möglichst die Bevölkerung miteinbezogen werden sollte. Die Erzeugung von Biosprit aus pflanzlichen Nahrungsmitteln lehnte sie ab.

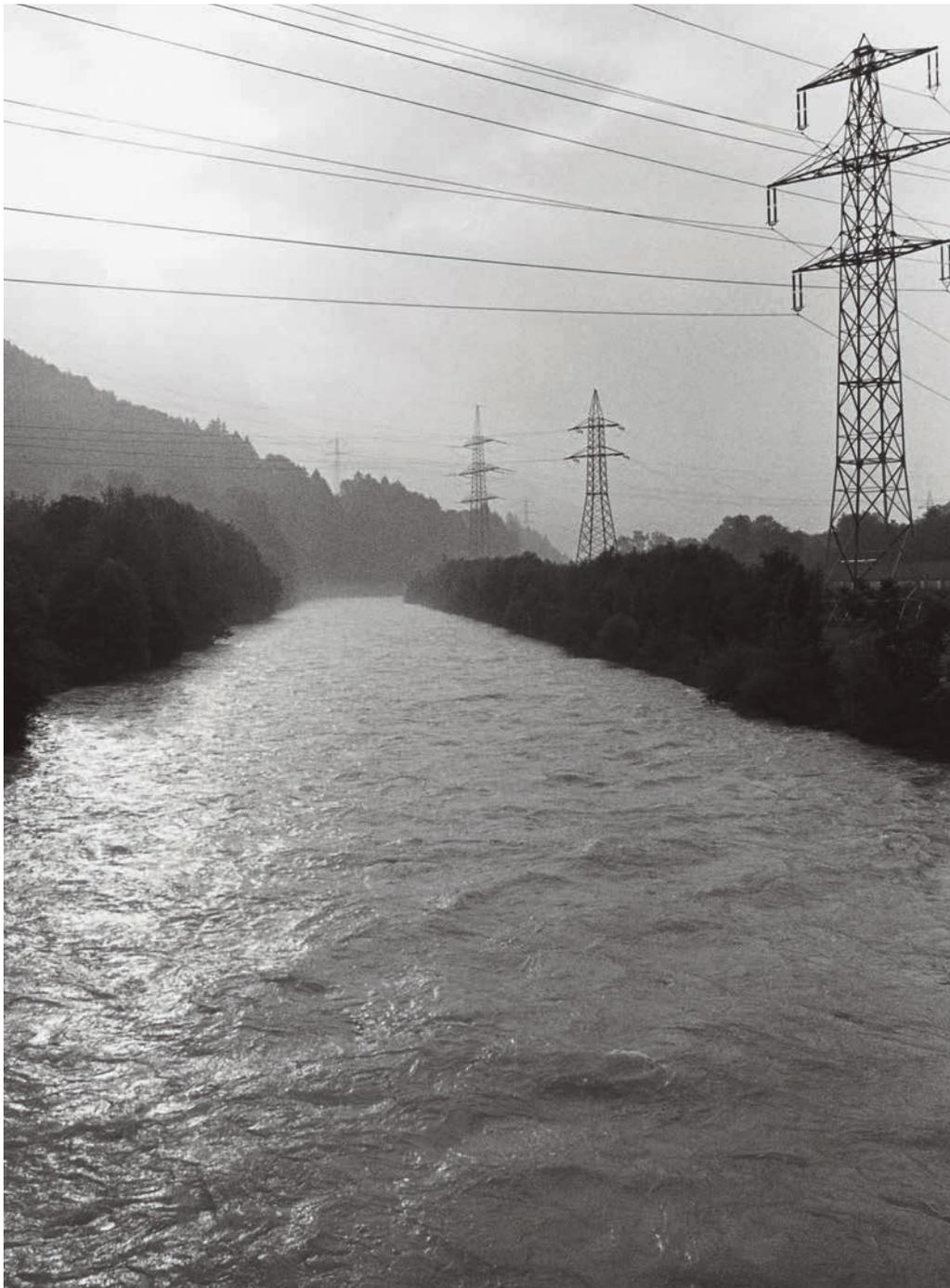
Der Bereich Energie spielte für Arbeitnehmer und damit für Konsumenten eine wichtige Rolle. Die große und ständig steigende Abhängigkeit vom ausländischen Erdöl, das zudem immer teurer wurde, ließ die AK seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts in Energiefragen aktiv werden. Im Jahr 1980 wurden 73 % des Vorarlberger Energiebedarfes durch Erdölprodukte gedeckt und nur 17 % durch Strom, obwohl man diesen im eigenen Land erzeugen konnte. Auf die Erdölproduktion und deren Preisgestaltung hatte man – im Gegensatz zur heimischen Elektrizitätswirtschaft – nur wenige Einflussmöglichkeiten. Die AK entwickelte sich zur „Energiepolizei“ in Preis- und Versorgungsangelegenheiten und behielt diese Funktion bis zur Gegenwart. Sie hatte durchaus Erfolge aufzuweisen: Im Jahr 1985 gelang es ihr, die von der VKW gewünschte Strompreiserhöhung von 7,9 % auf 3 % zu reduzieren.¹ Sie nahm zwei Jahre später auch zum Vorarlberger Energiekonzept ausführlich Stellung, hieß es grundsätzlich für gut, betonte jedoch – und dies durchaus ungewöhnlich für diese Zeit: *„Im Zweifelsfall hat der ökologische Standpunkt Vorrang.“* Auch auf das *„hohe Sparpotential“* wurde bereits hingewiesen: Daher sollte die Verwendung von Industrieabwärme ins Auge gefasst werden.²

Das Hauptaugenmerk lag jedoch stets im Bereich der Preisgestaltung. Strompreiserhöhungen befürchtete die

AK durch eine von der Bundesregierung geplante einheitliche Preisgestaltung für Elektrizität. Dies komme nicht infrage, weil etwa die Kostenstruktur der Donau-Laufkraftwerke eine völlig andere sei als jene der Illwerke und VKW.³ Gegner einer konsumentenfreundlichen Strompreispolitik sah die AK aber auch im Land Vorarlberg selbst, ausgerechnet in den Reihen der ÖVP in der Landesregierung. „Gewisse Kreise“ forderten nämlich den Verkauf von Landesanteilen an den VKW an Private. Für Präsident Fink war dies unverständlich: *„Sind nämlich private Teilhaber (Aktionäre) an möglichst hohem Stromverbrauch, hohen Strompreisen, niedrigen Lohnkosten und sparsamen Investitionen interessiert, damit die Rendite für das eingesetzte Kapital möglichst hoch ausfällt. Das steht in krassem Gegensatz zu den volkswirtschaftlich wünschenswerten Anliegen des Umweltschutzes, der Arbeitsplatzsicherheit und der langfristig gesicherten Stromversorgung.“*⁴

Vier Jahre später, im Jahr 1991, wurde die Preisgestaltung wiederum zum Zankapfel zwischen der AK und dem Bund mit den VKW. Als „Neujahrgeschenk“ hatte ÖVP-Wirtschaftsminister Schüssel den Strompreis für die Verbundgesellschaft um 11 % erhöht. Die AK wurde deutlich: *„Schüssel will die Stromkunden schröpfen, um den Aktionären zu fetten Dividenden zu verhelfen. Das ist der Preis der Privatisierung.“*⁵ Und ein Jahr später erfolgte der nächste zu verhindernde Anschlag: Die AK lehnte nämlich kategorisch den Versuch des Bundes ab, einen Einheitstarif für Haushalte, Landwirtschaft und Gewerbe zu schaffen – schließlich sei die Gestaltung der Tarifstruktur Landesache.⁶

Die VKW wiederum forderte 1992 eine Strompreiserhöhung um 5,5 %. Auch damit war die AK nicht einverstanden, und sie verwies auf die gegenwärtig schwierige Wirtschaftslage. Nun geriet man aber mit dem Land Vorarlberg und jenen ÖVP-Landesräten in Konflikt, die im VKW-Aufsichtsrat einer Preiserhöhung zugestimmt hatten, waren doch 70 % der VKW-Aktien in Landesbesitz.⁷ Als auch der ÖGB und die Wirtschaftstreibenden protestierten, erhöhte die VKW lediglich um 3,5 %.⁸ Dennoch konnte Präsident Fink seine Kritik nicht verhehlen, wenn er der Landesregierung vorwarf, dass sie *„keine klare politische Linie zeige“*.⁹ Einen vollen Erfolg erzielte die AK zur selben Zeit mit der Durchsetzung ihrer Forderung, dass sämtliche Vorarlberger Haushalte mit einem Stromzähler ausgestattet werden mussten. Ab 1995 konnten dadurch Tag- und Nachtstrom getrennt gemessen werden. Das bedeutete für die Haushalte eine Einsparung um die 40 %!¹⁰



Die AK wehrte sich gegen die Erhöhung der Strom- und Energiepreise.

Ein mächtiger „Gegner“, vertreten durch eine selbstbewusste Berufsgruppe, stellte der Heizölhandels dar, der von den Preissteigerungen und temporären Lieferknappheiten profitierte. Er maßte sich nach dem Urteil der AK an, die „*Interessensvertretung der Energieverbraucher*“ zu sein und habe sich seit den 70er-Jahren eine Monopolstellung zugelegt. Dabei gehe er mit „*einer Unempfindsamkeit gegenüber der Umwelt und größerem Interesse am Geschäft, also am*

Ausbau der Lagerkapazitäten vor“. Geradezu empörend fand die AK den Vorschlag des Heizölhandels, die Benutzer von Elektroheizungen bei der Zuteilung von Wohnbauförderungsmitteln gegenüber „Heizölanwendern“ zu benachteiligen.¹¹

Auch in einem anderen Fall ging es um Preisfragen, konkret um Preiserhöhungen für Ofenheizöl und Diesel, die 1990 die Mineralölwirtschaft vorgenommen hatte,



Nach Lockerung der Gebietsmonopole konnten Konsumenten sich den Kaminkehrer aussuchen.



Die steigenden Energiekosten sind für die Vorarlberger Haushalte eine hohe Belastung.

und noch dazu ohne Genehmigung der Paritätischen Preiskommission. Die AK hielt dies für einen „Willkürakt“ und zweifelte auch an den Argumenten der Bundesregierung, eine Freigabe der Benzinpreise führe zu einer „marktkonformen Preisgestaltung“. Das Gegenteil war nämlich der Fall: Obwohl die Preise auf dem Rotterdamer Ölmarkt gefallen waren, führte die OMV Preissteigerungen durch. Die AK-Appelle an den Wirtschaftsminister,

regulierend einzugreifen, blieben freilich ohne Erfolg.¹²

Die AK setzte sich aber nicht nur für „ihre“ Konsumenten ein, sondern auch für Unternehmer und entwickelte in diesem Zusammenhang sogar „nationale“ Überlegungen. Ende der 90er-Jahre wurde die Liberalisierung des Strommarktes in der EU aktuell. Die verantwortlichen Manager der österreichischen E-Wirtschaft hätten diese Entwicklung verschlafen und übersehen, dass

ausländische Großenergiekonzerne mit gezielten Dumpingpreisen eine Markteroberungsstrategie begannen: „Innerhalb weniger Jahre wären unsere Landesenergiegesellschaften ruiniert.“ Es gelte, auch in einem liberalisierten Markt die heimische Stromerzeugung gegen die ausländische Konkurrenz zu verteidigen. Als wirksames Mittel schlug AK-Präsident Fink die Schaffung einer „Management- bzw. Energieholding“ vor, in der alle heimischen Landesgesellschaften und Verbundgesellschaften vertreten sein sollten. Diese Holding sollte den Handel auf den Spotmärkten, die Energieerzeugung sowie den Netzbetrieb organisieren.¹³ Den Vorschlag von ÖVP-Wirtschaftsminister Johann Farnleitner zur Gründung einer bundesweiten Stromnetzgesellschaft lehnte die AK dagegen ab: Dies könne eine zentralistische Lösung, verstärke das Monopol der Verbundgesellschaft und würde überdies zu höheren Strompreisen in Vorarlberg führen: „Den Stromkunden könne das einige hundert Millionen Schilling kosten und würde den Vorteil des teuren Illwerke-Rückkaufes über weite Strecken zunichte machen.“¹⁴ Weit besser sei die Einführung einer „Strukturerhaltungsabgabe“, wodurch umweltfreundliche Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energie gegenüber billigen Atomstromimporten geschützt werden könnte.¹⁵

Erfolgreicher als gegen Konzerne und Beschlüsse der Bundesregierung, und diesmal durchaus im Sinne der beargwöhnten „Liberalisierung“, ging man gegen das „Rauchfangkehrermonopol“ bei Heizungswartungen, speziell Gasfeuerungsanlagen vor.¹⁶ Anlass war die Novellierung der Vorarlberger Feuerpolizeiordnung. Bisher hatten ausschließlich „Kaminkehrer“ das Recht, Gasfeuerungsanlagen zu kontrollieren und zu warten, eine Eigenheit unter den österreichischen Bundesländern. Dadurch kam es zu teils hohen und ungerechtfertigten Rechnungen – „in 2 bis 3 Minuten 660,- Schilling!“¹⁷ Nun wurde die AK für ihre Konsumenten aktiv, zumal diese Missstände schon seit Jahren bekannt waren, die Landesregierung jedoch in „diesem Pfründestreit lange Zeit tatenlos zusah [...] Das sind die Auswüchse eines unsinnigen Monopols.“¹⁸ Die Kampagne gegen diesen „Missbrauch“ hatte Erfolg: Ab dem Jahr 1999 war ein Service auch durch Installateure möglich. Die AK triumphierte: „Im Kaminkehrer-Streit: AK setzt sich durch.“ Und im November 2000 setzte das Land in einer Verordnung auch Höchsttarife für Rauchfangkehrer fest.¹⁹

Ein wiederkehrendes Thema war ab dem Jahr 2000 die ständig steigenden Energiekosten, für etwaige Preissenkungen sah die VKW „keinen Bedarf“. Was AK-Direktor

Heinz Peter zusätzlich empörte, war der Umstand, dass die VKW die Strompreisvorteile durch den europäischen Wettbewerb allein auf die Gewerbe- und Industriekunden aufteilen wollte.²⁰ Dennoch hatten die VKW 2003 den Strompreis um 10 % erhöht, während der Netztarif gar um 2,75 % sank!²¹ Die AK intervenierte sogar bei der Wettbewerbskommission in Brüssel, weil sie es für ungerechtfertigt hielt, dass Unternehmen einen Großteil ihrer Energieabgaben rückvergütet bekamen, während die Haushalte leer ausgingen.²²

Eine weitere Forderung war im Jahr 2004 eine Senkung des Benzinpreises auf „EU-Niveau“.²³ Und als auch die Vorarlberger Erdgasgesellschaft trotz hoher Gewinne 2006 die Preise um 18 % kräftig erhöhte – Vorarlberg lag in Österreich an der Spitze – mahnte man „angesichts der Rekordgewinne zu mehr Zurückhaltung“ und beklagte die wettbewerbsfeindliche Monopolstellung des Landesunternehmens.²⁴ Wenn jedoch selbst die versierten Konsumentenschützer der AK Mühe hatten, „gerechtfertigte“ Preise festzustellen, hing dies mit neuen Energieerzeugern zusammen, die vermehrt auf dem Markt erschienen. Da gab es Nahwärmeheizungen, Biomasse-Heizkraftwerke, Erdwärmepumpen, Sonnenkollektoren usw. Die Preisgestaltung sei „undurchsichtig“ und bedürfe einer staatlichen Kontrolle.²⁵ Und auch die Ökodesign-Richtlinie 2010 und das Ökostromgesetz von 2011 erschien alles eher als transparent.

Besonders dem Heizen mit Biomasse hatte die AK ab 2007 den Kampf angesagt: Diese Anlagen, von der Öffentlichkeit gefördert, könnten zu „enormen Preissteigerungen“ der Heizkosten führen, und ihre Preisgestaltung sei nicht transparent.²⁶ Auch der sogenannte Ökostrom bringe eine finanzielle Belastung der Haushalte. AK-Direktor Keckeis rief dazu auf, die Förderpolitik bei Ökostrom zu überdenken: „Wenn nach 13 Jahren laufender Förderungen Windkraftanlagen und Photovoltaik noch immer nicht marktfähig sind, dann läuft etwas schief.“ Von einer durchschnittlichen Jahresstromrechnung eines Haushaltes fielen nämlich 13 % an die Ökostromförderung.²⁷

AK-Präsident Hämmerle konnte schon 2007 dem „Biosprit-Weg überhaupt nichts abgewinnen“: Er sei ein „Irrweg“, den es so schnell als möglich zu verlassen gelte. Seine Verwendung habe auf den Weltmärkten eine Verknappung und Preissteigerung von Mais, Getreide und Ölsaaten zur Folge. Diese Nahrungsmittelverschwendung sei „unethisch“. Er brachte einen drastischen Vergleich: „Das Problem für die armen Länder ist existenziell, denn



Die Arbeiterkammer Vorarlberg tritt für Energiesparen und nachhaltiges Bauen ein.

*immerhin reicht der Mais, der für die Herstellung einer einzigen Tankfüllung Bioäthanol benötigt wird, aus, um einen Erwachsenen ein ganzes Jahr lang satt zu machen.*²⁸

Es wurde im Laufe der Jahre evident, dass niedrige Energiekosten den Energieverbrauch nicht senken würden, oft im Gegenteil. Daher wurde das Energiesparen aktuell. Dazu gab es die verschiedensten detaillierten Vorschläge – die AK sagte mit ihren Spartipps *„den Stromfressern den Kampf an“*. Ab dem Jahr 2014 erschienen in der AKtion regelmäßig Vorschläge dazu – in der Zeitung mit dem auffälligen roten Logo: *„Wir setzen Schritte.“* Es wurde ein optimistisches Ziel angestrebt: Zusammen mit der Initiative *„Strom – 17 %“* sollte bis zum Jahr 2020 der Stromverbrauch der Haushalte um 17 % gesenkt werden.²⁹

Die AK setzte sich auch für die anfänglich umstrittene LED-Energiesparlampe ein und organisierte Gewinnspiele für *„Energie- und Treibstoff-Spartipps“*, die *„attraktive Preise“* versprochen. Die Reaktion der AK-Mitglieder war rege und führte zu einer Reihe sinnvoller Vorschläge zum Energiesparen.³⁰ Wer den Vorschlägen der AK gefolgt war, konnte sich sieben Jahre später freuen: Die Lampenmodelle waren immer besser und preisgünstiger geworden, wie ein Testergebnis aufzeigte. Und ein Haushalt war dadurch auch in der Lage, sich Kosten im dreistelligen Bereich zu ersparen.³¹

Die Energiesparlampe sah die AK jedoch in einem weitaus größeren Zusammenhang, nämlich mit der vom Vorarlberger Landtag im Jahr 2011 verkündeten *„Energie-*

autonomie 2050“. *„Nachhaltiges Bauen“* war ein Weg dazu. Nicht ohne Stolz verkündete die AK, dieses habe man bereits beim AK-Neubau in Feldkirch und dem Neu- und Umbau in Bludenz angewandt. Es wurden an das Land klare Forderungen gestellt: Vor dem Beschluss konkreter Maßnahmen müsse man die Bevölkerung *„über alle Details“* informieren. Kosteneffizienz sei nötig und vor allem die Förderung auch bei Teilsanierungen. Bürokratische Hürden, die zu Kostensteigerungen führten, müssten vermieden werden. AK-Direktor Rainer Keckeis war jedoch skeptisch und dachte dabei an Vorarlbergs Konsumenten: *„Wir befürchten, dass diese Initiative (Energieautonomie) nicht ausreichen wird, um das ganze Land mit Strom aus Wasserkraft zu versorgen. Hinzu kommt, dass eine derzeit angedachte Landes-Ökosteuer und Lenkungsabgabe auf Energie und CO₂ Strompreiserhöhungen mit sich bringen wird. Uns ist aber wichtig, dass sich Vorarlberg weiterhin durch günstige Strompreise auszeichnet.“*³²

In den folgenden Jahren beschränkte sich die AK auf das Thema Energiesparen. Im Jahr 2015 fand sich in der Zeitung AKtion die Serie *„Wie man zu Hause Energie sparen kann“*.³³ Im Gegensatz dazu wurde jedoch Geld geradezu verschwendet: Im November 2015 wurden Prüfungsergebnisse des Energieinstitutes publik, das Land hatte Tausende von Solaranlagen mit Millionenbeträgen *„wider besseren Wissens“* gefördert, obwohl etwa ein Viertel der Anlagen mangelhaft und daher nicht effektiv war. Direktor Rainer Keckeis dazu unmissverständlich: *„Diese Affäre muss restlos geklärt werden. Schließlich geht es um Steuergelder.“*³⁴

VOM EIGENHEIM ZUM SOZIALEN WOHNBAU

Im Jahr 1988 wurden die Bundeskompetenzen zur Wohnbauförderung an die Länder übertragen. Das war der Startschuss für jahrelange Initiativen der AK für kostengünstiges Wohnen und Bauen, ein zentrales Anliegen vor allem zwischen 1991 und 1993. Seit den 90er-Jahren waren die Ausgaben der Mieter und Bauwerber gewaltig gestiegen. Hatte sich die AK anfänglich noch für den Bau und die Förderung des Eigenheimes ausgesprochen, wich sie bald davon ab. Sie regte nicht nur die Ökologisierung des Bauens an, sondern vertrat vorausschauend eine verdichtete Bauweise und den sozialen Wohnbau. Sie sparte nicht an Kritik, wenn sie die übertriebene „Regelungswut“, Kompliziertheit der Fördermaßnahmen und den „Energiesparwahn“ anprangerte, was die Kosten in die Höhe trieb und vergessen ließ, dass die Fördermaßnahmen des Landes mit dem sozialen und gemeinnützigen Gedanken verknüpft werden sollten. Eng damit waren Themen wie Raumplanung und Raumordnung verbunden.

Bis zum Jahr 1988 spielte das Thema Bau- und Wohnungswesen für die Arbeiterkammer keine große Rolle, wenn man davon absieht, dass von ihr jährlich bedeutende Summen für Wohnbaurdarlehen für AK-Mitglieder ausgegeben wurden: 1985 waren es 3,8 Millionen Schilling, 1988 bereits 8,4 Millionen Schilling.¹ Dazu kamen vermehrt Fälle von Energie- und Bauberatung und Fragen im Bereich der Baubiologie. Eine völlige Neuorientierung und der Beginn eines jahrzehntelangen Engagements der AK für das Bau- und Wohnungswesen brachten die Jahre 1988/89: Die Neubauförderungs- bzw. Wohnbauhilfelinien wurden geändert. Außerdem wurden die Bundeskompetenzen zur Wohnbauförderung an die Länder abgetreten. Die AK sah darin eine „historische Chance, um landesspezifische Notwendigkeiten vollinhaltlich zu berücksichtigen“.² Und solche „Notwendigkeiten“ waren gegeben und harrten längst fälliger Lösungen, die bislang hinausgeschoben worden waren. Nun wurde die AK aktiv. Durch Intervention beim Land Vorarlberg gelang es, dass der Förderungssatz für preisgünstige Wohnungen um mehr als 15 % erhöht wurde. Das Kostenbewusstsein im Mietwohnungsbau konnte zusätzlich angehoben werden, wodurch Mieten um 20 bis 30 % billiger wurden. Damit verfügte Vorarlberg über die besten Förderungen unter den Bundesländern, ein Gewinn für den Föderalismus: „Die Vorarlberger Landesregierung hat damit nach Ansicht des Arbeiterkammerpräsidenten Fink bewiesen, daß es richtig war, die Kompetenz für die Wohnbauförderung den Ländern

Immer mehr junge Familien drängen auf den sozialen Wohnungsmarkt, weil sie sich Eigentum und private Wohnungen nicht mehr leisten können.



Landesstatthalter Herbert Sausgruber mit Wohnbauexperten bei der Besichtigung einer Wohnanlage



zu übertragen.“³ Zusätzlich stand die AK mit Experten in Bau- und Energieangelegenheiten für Beratung und Auskünfte zur Verfügung, später unter dem Titel „Wohnrechtsberatung“.⁴

Dennoch, die Situation im Land Vorarlberg blieb „ernst“! Um die Wohnungsnot zu lindern, war jährlich der Neubau von 1 800 Wohnungen und die Sanierung von 500 Altbauwohnungen nötig. Dieses Ziel war jedoch nicht zu erreichen, weil Baugrund stets knapper und daher teurer wurde und weil der Trend zum alleinstehenden Eigenheim der Vorarlberger „Hütlebauer“ unvermindert anhielt. Die AK konnte nachweisen, dass das Eigenheim mit Förderung durch das Land überwiegend nur mehr für Bevölkerungsschichten mit mittleren und höheren Einkommen erschwinglich war. Familien mit Niedrigeinkommen, kinderreiche Familien und Alleinerhalter hatten das Nachsehen.

Die AK bot Lösungen an: Mit dem Land Vorarlberg wollte man zusammenarbeiten, Wohnbauexperten zu Wort kommen lassen, über den genossenschaftlichen Wohnbau sollten „*wohnungspolitische Zielsetzungen realisiert werden*“. Dadurch kam der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft VOGEWOSI zunehmende Bedeutung zu. Aber Präsident Josef Fink stellte klar – und das entsprach seiner ÖVP-Ideologie –, dass er „grundsätzlich“ dem Eigentums- vor dem Mietwohnungsbau den Vorzug gab: „*Eigentum gibt Sicherheit, macht relativ unabhängig. Zudem ist der überwiegende Wunsch der Bevölkerung immer noch*

das eigene Heim.“ Dieses Privateigentum sollte jedoch auch für den „Durchschnittsverdiener“, für junge Arbeitnehmer und kinderreiche Familien finanzierbar sein. Dafür versprach Fink sich „*mit ganzer Kraft*“ einzusetzen. Um die Baukosten zu senken, schlug der Präsident einige, damals für Vorarlberg ungewöhnliche Maßnahmen vor – „*gemeinschaftliches Bauen in kostengünstiger Holzbauweise*“. Man solle sich nicht ausschließlich an Altbewährtem festhalten, sondern mit neuen Ideen die Landeswohnbaupolitik sinnvoll ergänzen.⁵

Die AK suchte bei ihren Vorschlägen die Zustimmung der Öffentlichkeit und von Experten, um zum Erfolg zu kommen. Dazu diente im Mai 1988 ein „Wohnbau-symposium“ mit Landesstatthalter Siegfried Gasser, VOGEWOSI-Geschäftsführer Rudolf Längle und jüngeren Vorarlberger Architekten. Die lebhafteste Diskussion verlief „*weniger kontrovers als vielmehr sachlich und konstruktiv*“. An das Land gerichtet war die Aufforderung, die Wohnbauförderung sollte „sozialpolitisch“ orientiert sein. Es sei nicht einzusehen, warum Käufer von Luxuswohnungen in gleichem Maße gefördert würden wie Arbeitnehmer mit einem monatlichen Nettogehalt von 7.000,- Schilling, die sich kaum eine Durchschnittswohnung leisten könnten. Man war sich mit den Raumplanern und Architekten einig, die Verbilligung der Baukosten sei nur durch eine „verdichtete Flachbauweise“ möglich, wobei man auf teure Tiefgaragen und Prestigeeinrichtungen verzichten müsse. Außerdem sei die „Verhüttelung“ des



Durch veränderte Familien- und Haushaltsstrukturen erhöht sich die Nachfrage am Wohnungsmarkt.

Baugrundes zu begrenzen, und deswegen seien auch gewisse Einschränkungen für Bauherren und Wohnungswerber erforderlich.⁶

Der große Wohnungsbedarf hatte mehrere Ursachen, aber war vor allem eine Folge des gesellschaftlichen Wandels. Die Zahl der Großfamilien war rückläufig und das Bedürfnis nach individuellem Wohnen nahm zu, was auch für jugendliche „Nestflüchter“ galt. Dazu kam die Zunahme von Scheidungen und Singles. Der hohe Anteil von Gastarbeitern und Ausländern schuf zusätzlichen Bedarf, der durch das Angebot nicht befriedigt werden konnte. Auch hatte die Errichtung von Neubauwohnungen – in den 70er-Jahren waren es jährlich rund 2 500 Objekte – um ein Viertel abgenommen. In der Folge stiegen die Immobilienpreise stark an: In Vorarlberg waren in den 80er-Jahren die Grundstückspreise zwischen 30 und 50 % gestiegen, die reinen Baukosten gar um das Doppelte!

So gut die innovativen Vorschläge der AK auch gemeint waren, blieb es vorerst doch bei den „alten Gewohnheiten“, wie die Kammer resigniert feststellte: Nach wie vor wurden mit Steuergeldern teure Wohnungen gefördert, verdichtetes Bauen geschah nur zögerlich und die Gemeinden gingen mit Grund und Boden wenig sparsam um. Am schlimmsten war die Situation bei Gewerbe- und Industriebetrieben, die häufig eingeschossig und ohne Unterkellerung bauten. Die AK war zwar für einen freien und konkurrierenden Baumarkt, aber den-

noch hätte die öffentliche Hand, vor allem die Gemeinden, die Pflicht, möglichst viel Baugrund dem freien Markt zu entziehen, „damit sich jene Bürger, die hier arbeiten und leben auch in zwanzig Jahren noch eine Wohnung leisten können“.⁷ Außerdem wuchsen die Zinsen für Wohnbaurdarlehen.⁸

In den Jahren 1991 bis 1993 startete die AK in der Öffentlichkeit breite Kampagnen, um auf die Wohnungsnot, die Bodenverschwendung durch Einfamilienhäuser und Gewerbebetriebe und auf die „dramatische“ Zersiedelung hinzuweisen. Zwar hatte die Landesregierung einen diesbezüglichen Konzeptentwurf ausgearbeitet und auch der Kammer vorgelegt, aber diese war damit nicht einverstanden, da die „Zielvorgaben zu allgemein geraten“ waren.⁹ Die verschiedenen Vorschläge der AK wurden im April 1992 im Rahmen einer Pressekonferenz von Direktor Peter und Präsident Fink der Öffentlichkeit präsentiert. Die Parole hieß „Neuorientierung“ und „ein gangbarer Weg aus der Misere“. Folgende, schon im Jahr 1991 vorgebrachten Forderungen wurden gestellt:¹⁰

- Mehr Kontrolle bei den Baukosten
- Einhaltung von Bodenspekulationen
- Sparsamer Umgang mit Grund und Boden
- Verdichtetes Bauen
- Staatlicher Wohnbau
- Förderung des Mietwohnungsbaues
- Billiges Bauen durch zusätzliche Förderungen belohnen



Der Bau von Betriebswohnungen ist nach Ansicht von AK-Präsident Fink ein wichtiger Schritt zur Linderung der Wohnungsnot.

- Günstige Finanzierung zur Schaffung von Eigentum mit Fixzinssätzen
- Ankauf von Grundreserven durch das Land¹¹

Die AK wies in diesem Zusammenhang auch auf die „zum Teil horriblen Verträge von Wohnbauunternehmungen mit Wohnungswerbern“ hin und forderte das Land auf, dass ihre Förderungen an „Vertragsklarheit“ geknüpft werden müssten. Die AK war bereit, solche Verträge zu prüfen.¹²

Die Reaktion des Landes blieb nicht aus, und Landesstatthalter Herbert Sausgruber nahm gegenüber der AK ausführlich Stellung, „um den neuen Anforderungen gerecht zu werden“. Über die Vorschläge der AK hinausgehend, wies er auf folgende neue Landesförderungen hin:

- Förderungen von Eigentumswohnungen für Jungfamilien
- Förderungen für Gesellschaften und Personen beim Bau von Mietwohnungen
- Förderungen von Werkwohnungen
- Förderungen von Energiesparmaßnahmen und
- Schallschutzförderung¹³

Ein Jahr später konnte AK-Präsident Josef Fink mit Befriedigung feststellen, dass seine „zentralen“ Forderungen nach „verdichteter Bauweise“ in das novellierte Landeswohnbauförderungsgesetz aufgenommen worden sind: „Landesstatthalter Sausgruber kommt damit unserem Wunsch nach, jene zu belohnen, die über intelligente Planung und

hohe Verdichtung kostengünstigen Wohnraum schaffen.“¹⁴ Erfreulich war auch der Umstand, dass im selben Jahr 1993 die Vorarlberger Landtagsabgeordneten dem Wunsch der AK nach einer Erhöhung der Bausparförderungen zustimmten.¹⁵

Wenn auch die AK einiges durchzusetzen vermochte, gab sie sich damit dennoch nicht zufrieden. Es gab auch noch einen weiteren „Gegner“ in Wohnbaufragen, das war die VOGEWOSI, die Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft, die mit dem Land als Gesellschafter 1939 gegründet worden war. Ihre Hauptaufgabe war, den Wohnungswerbern familiengerechte, ihrem Einkommen entsprechend finanzierbare Wohnungen, gleich welcher Nutzungsart (Miete oder Eigentum) zur Verfügung zu stellen. Das hörte sich zwar gut an, führte jedoch zur Kritik der AK: Die Gesellschaft habe zu hohe Rücklagen, baue zu teuer und lasse die Mieter zu wenig mitbestimmen. Geschäftsführer Rudolf Längle sah sich schließlich veranlasst, ausführlich dazu Stellung zu nehmen.¹⁶ Er verteidigte die hohen Kosten damit, dass es der Gesellschaft aufgrund der Landesbauverordnung vorgeschrieben sei, Keller, Garagen, Zivilschutzräume, Tiefgaragenplätze und behindertengerechte Anlagen zu errichten.¹⁷

Es war naheliegend, dass die AK mit ihrer massiven Kritik ins Kreuzfeuer von Landespolitik und Baugewerbe geriet. AK-Redakteur Rainer Keckeis beruhigte dann auch und bezeichnete die Wohnbauförderungspolitik des

Die AK forderte bereits Anfang der 90er-Jahre eine stärkere Förderung des Mietwohnungsbaus.

Landes als „*vorbildlich*“ und an den hohen Baukosten „*ist nicht die Landesregierung schuld*“. Es kam auch der Vorwurf, die AK übertreibe „maßlos“. Diese Anschuldigung ließ die AK jedoch nicht auf sich sitzen und startete im Jahr 1995 zum Thema Wohnungskosten zum ersten Mal eine repräsentative Umfrage unter den unselbstständig Erwerbstätigen. 60 % waren der Meinung, dass die Mieten zu hoch waren und gar 90 %, dass die Anschaffungskosten für ein Eigenheim in keinem Verhältnis zu den niedrigen Einkommen stünden. Bei mehr als der Hälfte der Befragten lag der Wohnungsaufwand zwischen 5.000,- und 7.000,- Schilling, der Durchschnittslohn betrug brutto jedoch nur 14.000,- Schilling!¹⁸

Weil in den folgenden Jahren die Arbeitnehmerlöhne stagnierten, die Baukosten jedoch überdurchschnittlich stiegen, blieb die AK weiterhin aktiv. Präsident Fink forderte das Land auf, „*die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften stärker in die Pflicht zu nehmen*“. Außerdem



Die Arbeiterkammer setzt sich für den Einhalt von Bodenspekulation und für mehr Kontrolle bei den Baukosten ein.

müssten preislich günstige Baugrundstücke durch die öffentliche Hand zur Verfügung gestellt und die Einkommensgrenzen in der Wohnbauförderung angehoben werden.¹⁹ Als zur selben Zeit der sozialdemokratische Finanzminister Rudolf Edlinger (1997–2000) ankündigte, die staatlichen Bausparprämien um 40 % kürzen zu wollen, hielt dies Fink für „kurzsichtig“ und als „Schlag ins Gesicht der Hausbauer und Bauwirtschaft“: „[...] holt der Finanzminister zu einem neuerlichen Tiefschlag aus. Vorarlberg ist von solchen Maßnahmen besonders betroffen, da das Ländle bekanntlich ein Volk der Hütlebauer ist. Zugleich hat das Bausparen in Vorarlberg eine lange Tradition und drückt wie keine andere Sparform den Sparwillen und die Sparleistung der Bevölkerung aus. [...] Den Zentralisten Edlinger kümmert dies aber offensichtlich wenig [...]“.²⁰

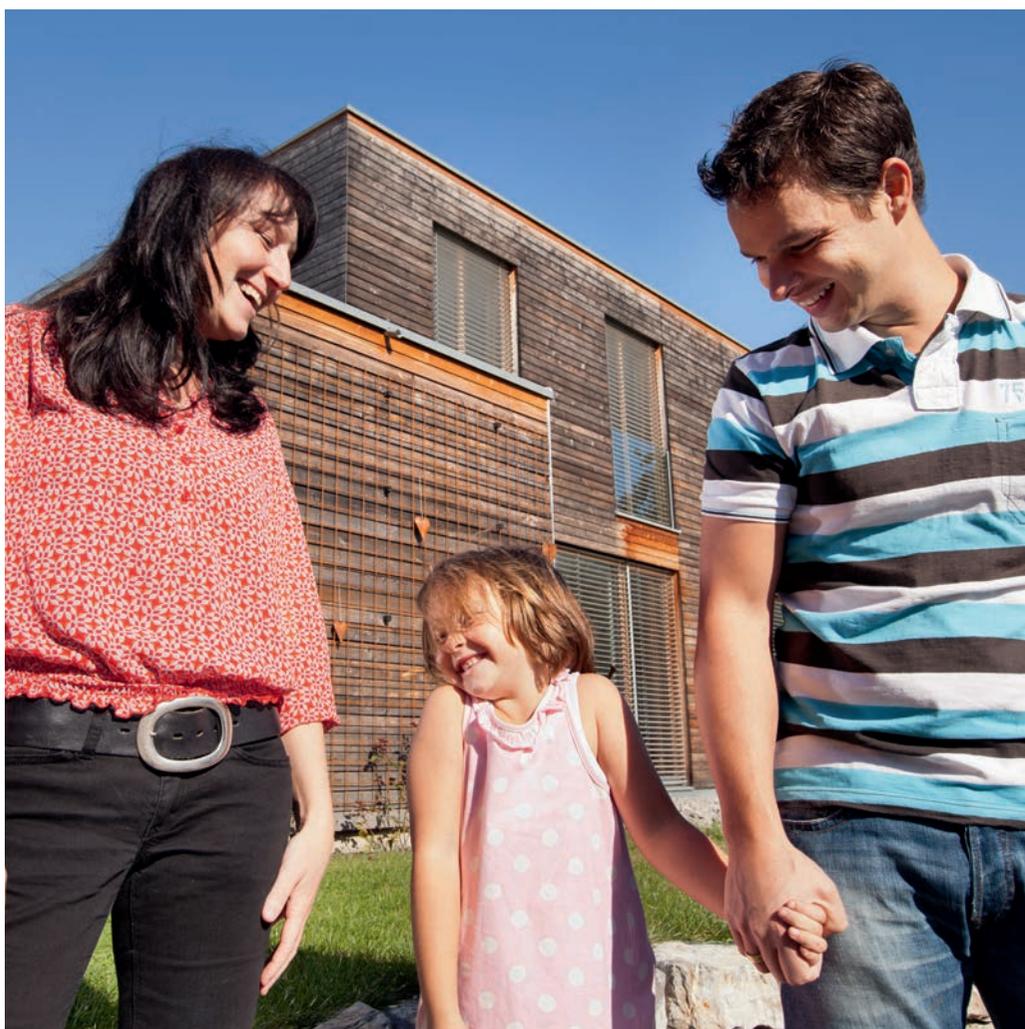
Die AK unternahm hernach bis 2013 keine bedeutenden Wohnbauinitiativen mehr und überließ diese dem Land Vorarlberg. Sie beschränkte sich auf Untersuchungen und Gesetzesgutachten im Bereich des Wohnungs- und Bauwesens, wie auf Maklergebühren, Althausanierung, die Wohnrechtsnovellen und klärte auf, wie man allzu leicht in die „Schuldenfalle geriet“.²¹ Schon im Jahr 1998 beklagte die AK: „Wohnen im Ländle: nahe an der Note fünf.“ Dies bezog sich vor allem auf die hohen Rückzahlungen für Wohnungseigentum und auf Mieten: 38 % der Vorarlberger, die in Eigentum wohnten, hatten jeden Monat mehr als 10.000,- Schilling zurückzuzahlen, unter Mietern jeder Fünfte mehr als 8.000,- Schilling – in

Vorarlberg gab es die höchsten Mieten in gesamt Österreich.²² In den vergangenen Jahren waren diese Ausgaben kräftig gestiegen und lagen deutlich über dem Niveau der Inflationsrate. „Daß dies in vielen Familien mit einem einzigen Einkommen nicht mehr machbar ist, ist durch andere Untersuchungen der AK Vorarlberg mehrfach belegt“, hieß es in einer Aussendung. Betrachte man die Ausgaben für Haus- und Wohnungseigentum und Mieten, „ergeben sich im Durchschnitt für alle drei Positionen miserable Werte nach dem Schulnotensystem zwischen 4 und 5“.²³ Dazu kam, dass die Zinsen für Darlehen ständig anstiegen. Dies alles führte zu einer Entwicklung der Baukosten, die weit über dem Lebenshaltungsindex lagen.

Die Vorarlberger AK gehörte in den 90er-Jahren ohne Zweifel zu den Pionieren, die sich für ökologisches und energiesparendes Wohnen einsetzte, konnte jedoch jene „übertriebene“ Entwicklung nicht verhindern, die AK-Direktor Rainer Keckeis 2010 kurz umriss: „Eine Wohnbaupolitik, die sich nur noch an ökologischen Aspekten orientiert, ist schlichtweg auf dem falschen Weg“. Es müssten ebenfalls soziale Gegebenheiten berücksichtigt werden.²⁴ Außerdem waren die Förderungsrichtlinien immer komplizierter geworden, „die nur mehr Experten nachvollziehen können“. In Vorarlberg fehle auch der Wettbewerb, weil die Kriterien für die Bewertung von Förderungen allein in der Hand der Baubook GmbH lägen, die dem Energieinstitut Vorarlberg und dem Österreichischen Institut für Baubiologie und -ökologie gehöre. Der AK war nicht



Auch innerhalb der Siedlungen sollten Grünzonen vorhanden sein.



Die AK fordert ein Umdenken bei der Förderung von Einfamilienhäusern anhand ökologischer Kriterien.

„vordergründig ökologisches Bauen ein Dorn im Auge“, sondern die dadurch entstandenen Preissteigerungen. Es war zu befürchten, „dass sich der klassische Mittelstand bald kein Eigenheim mehr leisten kann. Früher wurden durch die Wohnbauförderung genau diese Personen unterstützt. Heute richtet sich das Hauptaugenmerk nur mehr auf die Einhaltung von ökologischen Standards. Die soziale Komponente interessiert offenbar nur mehr am Rande.“²⁵ Auch drei Jahre später hatte sich nicht viel geändert, was die Ökologisierung des Bauens betraf. AK-Direktor Keckeis sparte wiederum nicht mit grundsätzlicher Kritik: „Mit einer wahren Regelungswut ist das vernünftige Maß längst überschritten. Verlangt wird immer mehr sündteure Technik, um jedes noch so kleine energetische Detail zu regeln. Das hat zu einer Kostensteigerung geführt, die jeden Vorarlberger Bauherrn belastet, vor allem aber im Bereich des sozialen Wohnbaus dem gemeinnützigen Gedanken von leistbarem Wohnen zuwiderläuft.“²⁶

Die Vorschläge der AK gingen eindeutig in Richtung gemeinnützigen sozialen Wohnbau.²⁷ Die AK sprach daher vom „Auslaufmodell Einfamilienhaus“. Wie sollte man sich auch das einst so sehr geschätzte und erschwingliche Eigenheim leisten können? „Schaffa, schaffa, Hüsle baa“ hörte sich zynisch an, wenn die AK feststellte, dass mehr als die Hälfte der Vorarlberger im Jahr 2011 weniger als 1.398,- Euro netto verdiente. Eine 32 Quadratmeterwohnung für einen Single kostete dagegen bereits 530,- Euro Monatsmiete. Die vehemente Forderung der AK lautete daher: „Wohnraum wieder an die Einkommensverhältnisse anpassen.“²⁸

Die AK hatte dazu konkrete Vorstellungen: Die Bauordnungen sollten vereinfacht werden, die Mieten von der Inflation abgekoppelt und Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen getroffen werden. Auf der 169. Vollversammlung im Jahr 2013 wurde schließlich ein Antrag betreffend „Wohnen muss leistbar sein“ an das Land

Vorarlberg gestellt. Das Land reagierte mit einer Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnbau von 28 auf 40 Millionen Euro für den Neubau von bis zu 1 300 Wohnungen. Dieser sollte sich nicht wie bisher nur auf den städtischen Raum beschränken, sondern auch den ländlichen miteinbeziehen.²⁹

Die AK wollte endlich empirische Kenntnisse darüber, wie sich verschiedene Bauweisen konkret auf die Baukosten auswirkten. Zu diesem Zweck initiierte sie im Jahr 2013 zusammen mit der VOGEWOSI, mit Architekten und Spezialisten auf dem Gebiet der Bauphysik ein Pilotprojekt: Ein Gebäude in Feldkirch-Tosters wurde in drei unterschiedlichen Qualitäten ausgeschrieben. Berücksichtigt werden sollten Energieausgaben, Bauweise und auch Nachhaltigkeit auf 50 Jahre hinaus, wobei man auch eine zu erwartende Generalsanierung miteinbezog. Ein Jahr später organisierte die AK gemeinsam mit den Vorarlberger Nachrichten einen Gestaltungswettbewerb für Architekten. Es sollte ein „Vorarlberg Haus“ geplant werden, das nicht mehr als 250.000,- Euro kosten würde, und dabei erhoffte man sich baukünstlerisch wie technisch und energieeffizient *„neue und vor allem umsetzbare Ideen“*.³⁰

AK-Präsident Hubert Hämmerle formulierte ähnliche Bedenken auf dem „Wohnbaugipfel“ des Landes im Jahr 2013: Befriedigt konnte er zwar feststellen, dass mit den neuen Landeswohnbauförderungsrichtlinien die von der AK schon seit Jahren urgierte Sozialförderung in den Vor-

dergrund gestellt werde. Dann aber müsse der Zwang zum Passiv-Haus-Standard im sozialen Wohnbau abgeschafft werden. Es müsse auch zu einer „Deregulierung“ der technischen Vorschriften kommen, indem die Bautechnikverordnung für das Land Vorarlberg neu geregelt werde – weniger Vorschriften, weniger Bürokratie.³¹ Einige Monate später langte der Gesetzesentwurf des Landes ein, jedoch zur großen Enttäuschung der AK: *„Land treibt Wohnkosten mit Verordnung in die Höhe.“* Die Konsumentenschützerin der AK erklärte, *„dass das Land etwas verordnen will, das weit übers Ziel hinausschießt“*.³²

Das anstehende Problem wurde somit nicht gelöst, und Tatsache war, dass die Vorarlberger rund ein Viertel ihres Haushaltsnettoeinkommens fürs Wohnen ausgaben. Die Bezirke Bregenz, Dornbirn und Feldkirch waren nach Wien die „Kosten-Hotspots“. Auch der vielgepriesene Wohnbaugipfel 2013 hatte keine spürbaren Entlastungen gebracht. Ein Jahr später reagierte jedoch das Land mit einer Erhöhung der Wohnbauförderung, mit einer „Entrümpelung der Wohnbauvorschriften“ und mit dem Versprechen, billigere, sozial leistbare Wohnungen durch die Wohnbaugenossenschaften anzubieten – bis 2018 sollten es 2 500 gemeinnützige Wohnungen sein. Die AK sah endlich ihre jahrelangen Bestrebungen bestätigt: *„AK erkämpft mehr Hilfe für leistbares Wohnen.“*³³

Landeshauptmann Markus Wallner hatte seine neue Wohnbaustrategie – Wohnungen mit niedrigem Standard – auch hinsichtlich der Asylwerber entwickelt. Direktor

Verdichtetes Bauen und sparsamer Umgang mit Grund und Boden stehen in keinem Gegensatz zu hoher Wohnqualität.



Rainer Keckeis kommentierte: „Schade nur, dass es dazu einer Flüchtlingstragödie bedurfte. Denn diese Menschen können wirklich nichts für den Krieg, den Europa und die USA in ihre Länder getragen haben und sind jetzt auf unsere humanitäre Hilfe angewiesen.“³⁴

Auf einer anderen Ebene hatte die AK gleichfalls alle Hände voll zu tun. Die Konsumentenberatung hatte beispielsweise 2013 rund 6 500 Fälle zu behandeln, bei denen es um Mietrecht, Wohnungseigentum, Immobilienmakler, Verträge und Wohnungskündigungen ging.³⁵

Eng mit dem Verkehrswesen verknüpft war die Raumplanung und Raumordnung. Die AK beschäftigte sich erst in den 90er-Jahren intensiv mit diesem Bereich und gab zu den von Bund und Land erlassenen Gesetzen und Verordnungen teils umfassende Stellungnahmen ab. Probleme gab es vor allem bei den Flächenwidmungen und beim Grundstücksverkehr. Das Hauptaugenmerk lag jedoch bei der Neusituierung von Einkaufszentren an den Siedlungsrändern. Generell war die AK damit einverstanden, da diese neue Arbeitsplätze schufen. Dennoch gab es im Einzelnen Kritik: Das Land reagiere auf ihre Entstehung stets mit Einzelbewilligungen, eine umfassende Raumplanung existiere jedoch nicht. Dabei stützte sich die AK auf einen empirischen und noch dazu „visuellen Befund“ aus dem Jahr 1991 über die Siedlungsentwicklung in Vorarlberg. Sie war dabei einen ungewöhnlichen Weg gegangen: Um die Raumordnungsprobleme und die Zersiedelung aufzuzeigen, hatte sie zur Dokumentation drei Vorarlber-

ger engagiert – den Schriftsteller Michael Köhlmeier, den Fotografen Nikolaus Walter und den Architekten Roland Gnaiger. Ihre „Gutachten“ waren niederschmetternd und eine harsche Kritik an den Politikern und der in Vorarlberg dominierenden „Mittelklasse“ mit ihrem Individualismus. Köhlmeier lieferte dazu eine beachtliche und bislang unbekannte psychosozialologische Definition: „Die Architektur des Individualismus ist das Einfamilienhaus. Es ist als dominante Wohnform etwas Neues. Es erzeugt ein Zusammenleben, das weder Stadt noch Dorf genannt werden kann. [...] Hier wohnt der Mittelstand. [...] Der Mittelstand hat zumindest so viel Geld, daß er sich von allem ein wenig kaufen kann. Ein klein wenig Alpenhotel, ein klein wenig Versailles. Der Mittelstand liebt den Ersatz. [...] Das Motto lautet, wenn wir alle so tun als ob, kann jeder sein, was er will. [...] Die Mittelklasse ist in der Lage, alles aufzusaugen und zu integrieren, was zu einem Mindestmaß an Konsens fähig ist. [...] Der Individualismus führt zum Triumphzug des Banalen. Der Unterschicht gehört die Wut, der Oberschicht der Dünkel. Der Mittelstand ist mit einem unausrottbaren Minderwertigkeitskomplex ausgestattet. Was dem Mittelstand an Sein mangelt, das macht er mit Schein wieder wett. [...]“³⁶

Der bekannte Architekt Roland Gnaiger ergänzte mit seiner bisherigen Erfahrung und ließ seine Feststellungen durch Nikolaus Walter beweisführend abbilden. Da blieb kein (Bau-)Stein mehr auf dem anderen: „Die Bauentwicklung ist für Vorarlberg ein riesiges Problem.“



Die Schaffung eines Anreizsystems zur Förderung des kostengünstigen verdichteten Bauens war eine zentrale Forderung der AK.



Das Zahlenmaterial ist erdrückend, die Tendenzen sind es auch. Der Verkehr überrollt uns. Der Großteil sieht sein Heil in der individuellen Flucht im Grünen. Er drängt damit die Natur noch mehr an den Rand und verursacht weiteren Verkehr, vorbei an verarmten und hässlichen Siedlungen. [...] Von sozialer Infrastruktur kann keine Rede sein. [...] Gemeinden werden nicht nach städtebaulichen, architektonischen und sozialen Kriterien entwickelt. Das meiste wird dem Zufall überlassen. [...] Fabriken, Lagerhallen und Gewerbebetriebe protzen wie Villen im scheinbar grenzenlosen Grün. Wir bauen eine Zukunft ohne Zukunft.“³⁷ Der 40-jährige Roland Gnaiger war in Vorarlberg bekannt und hatte auch erheblichen öffentlichen Einfluss: Er befasste sich mit seinen 151 Beiträgen unter dem Motto „Plus-Minus“ im lokalen Fernsehen des ORF Vorarlberg kritisch mit der Vorarlberger Bauszene und verhalf so in den 80er-Jahren wesentlich der zeitgenössischen Architektur zu erhöhter Aufmerksamkeit.

Spekulationen mit Bauland treiben die Grundstückspreise in die Höhe.

Das Land und damit die Politik reagierten erst 1994 mit der Vorbereitung zu einer großen Novelle des Raumplanungsgesetzes, und die AK regte in diesem Zusammenhang ein Landesentwicklungskonzept und Baulandmobilisierungsmaßnahmen an: Mehr Bauland müsse zur Verfügung gestellt werden und es sei untragbar, dass Bauland gehortet und mit diesem spekuliert werde.³⁸ Ein solcher Landesraumplan müsse jedoch transparent und gesetzlich verpflichtend sein. Und wiederum ging es um die „leidige“ Genehmigung von Einkaufszentren.³⁹ Die von der Landesregierung beschlossenen Richtlinien seien zu allgemein und hätten lediglich den Charakter von Empfehlungen, wodurch man „*das Problem des Wildwuchses der Einkaufszentren nicht in den Griff bekommen werde*“. Die AK sorgte sich in diesem Zusammenhang vor allem um die gefährdete Nahversorgung, da die Großbetriebe häufig nicht in „fußläufiger Entfernung“ von den nicht-motorisierten Konsumenten lägen.⁴⁰

Die ständigen Interventionen der AK brachten einen Teilerfolg: Die Landesregierung erließ 1998 ein einjähriges Moratorium, innerhalb dem keine weitere Genehmigung für die Errichtung eines Einkaufsmarktes mehr erteilt wurde.⁴¹ Das neue Konzept der Landesregierung zur Ortszentrumsförderung wurde von der AK „begrüßt“ und gutgeheißen, sie verzichtete jedoch nicht „*auf die Versäumnisse in der Raumplanung der letzten Jahrzehnte hinzuweisen*“.⁴²

INDIVIDUALVERKEHR UND AUTOKULT

Innerhalb von zwanzig Jahren war bis 1990 der private Autobesitz um das Dreifache gestiegen. Bund und Land hatten gigantische Summen in den Ausbau des Straßennetzes investiert. Dies ging auf Kosten der Bewohner des Landes und der Natur. Die AK reagierte darauf noch vor der Landespolitik mit harter Kritik an dem überbordenden Pkw-Individualverkehr, präsentierte aber auch Lösungsvorschläge und nachhaltige Konzepte. Sie forderte schon 1985 einen „Verkehrsverbund“, den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen und autofreie Ortszentren. Verkehrspolitik sollte nicht nur Angelegenheit einiger „Fachleute“ sein, sondern Teil des öffentlichen Bewusstseins. Die AK vertrat aber auch einzelne Interessens- und Berufsgruppen, wenn es um Preisfragen und Qualität ging. Dies galt etwa dem Benzinpreis, den Kosten für einen Führerschein oder den Berufskraftfahrern. Um die eigenen Ansichten zu legitimieren, griff man oft auf Meinungsumfragen der Kammermitglieder zurück.

Als Teil der Infrastruktur war der Verkehr für Arbeitnehmer von großer Bedeutung. Er beeinflusste wesentlich den Arbeitsmarkt, die Mobilität der Arbeitskräfte, den Standort der Unternehmen, aber auch die Finanzen der Haushalte. Anfänglich noch wenig im Bewusstsein war die zunehmende Umweltbelastung. Die AK begann sich zwar schon im Jahr 1949 mit Verkehrsfragen zu beschäftigen, aber erst 1961 entstand der Verkehrspolitische Ausschuss und 1963 das Verkehrspolitische Referat. Zur aktuellen Verkehrspolitik bezog die Kammer von nun an permanente Stellung.

1969 wurde der sogenannte „Würzer-Plan“ von der Landesregierung vorgelegt, ein landumfassendes Raumordnungskonzept, das die AK zwar befürwortete, jedoch bemängelte, dass als Grundlage dafür zu wenig empirisches Datenmaterial vorlag. Um Abhilfe zu schaffen, erstellte die AK, was den Verkehr betraf, in den 70er-Jahren Analysen und Prognosen über den Motorisierungsgrad und Statistiken über den Personen- und Güterverkehr. Eine konkrete Maßnahme war die Erstellung eines sogenannten „Pendlerkonzeptes“ – im Jahr 1974 gab es unter den Arbeitnehmern ca. 38 % Pendler. Man beschränkte sich jedoch nicht nur auf diesen singulären Bereich, sondern war sich im Klaren, dass die Verkehrsproblematik nur im Rahmen eines Raumordnungskonzeptes und von Regionalplanungen gelöst werden konnte. Seit den 80er-Jahren kam die Forderung nach einem „Verkehrsverbund“ bzw. einem „Tarifverbund“ auf.¹ Dadurch sollte die



Beim Thema Auto beherrscht Emotionalität die Diskussion.



Der Pantomime Thiemo Dalpra führte auf dem Messestand der AK vor, wie schon unsere Kinder zu „Autonarren“ erzogen werden.



Benützung mehrerer unterschiedlicher Verkehrsmittel mit einem einzigen Fahrschein, zusätzlich mit Preisermäßigungen möglich sein. Letztlich ging es um Folgendes: *„Das Land Vorarlberg hat ein relativ gut ausgebautes Straßennetz, so daß das Umsteigen vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel möglichst attraktiv gestaltet werden kann.“* Man hatte dem überbordenden Pkw-Individualverkehr den Kampf angesagt. Was die AK in diesem Zusammenhang bereits erreicht hatte, war aufgrund ihrer Verhandlungen und Erhebungen mit den Betriebsräten eine Verbesserung der Fahrpläne von Bahn- und Kraftfahrpostbetrieb für Arbeitnehmer.²

Die AK war sich bewusst, dass zu einem Gesamtkonzept auch Änderungen des aus ihrer Sicht überholten Vorarlberger Straßenverkehrskonzeptes aus dem Jahr 1969 nötig waren. Dieses war in erster Linie von „marktkonformen Maßnahmen“ ausgegangen und hatte somit die liberalunternehmerische Seite favorisiert. Die AK

preschte vor: *„Heute müßten jedoch auch Eingriffe der öffentlichen Hand bejaht werden.“*³ Aber vorerst ging nichts vorwärts. Erst im Jahr 1988 legte die Vorarlberger Landesregierung ihr „Verkehrskonzept Vorarlberg“ vor, zu dem die AK kritische, konstruktive Anregungen gab. Diese bezogen sich hauptsächlich auf den Straßenverkehr – es müsste auch der Radfahr- und Fußgängerverkehr berücksichtigt werden. Rückbaumaßnahmen und Straßenraumgestaltung sollten vorgenommen werden. Die „freie Wahl“ der Verkehrsmittel müsse überdacht werden, vor allem was den Schwerlastverkehr und Transitverkehr betreffe – grenzüberschreitende Probleme sollten über den Schienenweg zu lösen sein. Die AK forderte im Jahr 1988 auf der 113. Vollversammlung „kategorisch“ eine Verwirklichung dieser Konzepte *„bis spätestens 1991!“*⁴

In den Jahren 1989/90 griff die AK ein heißes Eisen an und machte sich unter der Vorarlberger Bevölkerung sicherlich nicht nur Freunde. Mit ihrer Meinung hielt sie nicht zurück, aber sie argumentierte pädagogisch und psychologisch. Es ging um die *„Status-Droge Auto“*, um *„ein komisches Blechkisterl als Jahrhundertliebe“*, um die *„Holocaust Straße“* (Unfallopfer) usw., nur um einige der signifikanten Aussagen zu nennen. Die Organisatoren waren sich im Klaren: *„Wer heute das Auto kritisch betrachtet, gerät leicht in Gefahr, als Feind des Fortschritts kritisiert zu werden. Die ‚heilige Kuh‘ darf nicht angetastet werden. Beim Thema Auto beherrscht Emotionalität die Diskussion. Das hält uns aber nicht davon ab, die Aufklärungsarbeit*

Mit über 4 000 Besuchern fand die gemeinsame Fotoausstellung „Bremspuren“ von AK und Energiesparverein ein erstaunliches Publikumsinteresse.



fortzusetzen. [...] Es scheint fast so zu sein, daß der mündige Konsument beim Autokauf zur Ausnahme zählt.“⁵ Was war geschehen? In Vorarlberg hatte der Pkw-Bestand zwischen 1971 und 1989 von 41 000 Fahrzeugen auf 123 000 zugenommen und auf 1 000 Einwohner stieg ihre Anzahl von 56 auf 371 Pkw!⁶ Öffentlichkeitswirksam wurde die AK gemeinsam mit dem Energiesparverein aktiv und präsentierte sich auf der Dornbirner Messe im Juli 1989 mit dem Thema „Auto-Mensch“. Dazu gab es eine Ausstellung unter dem Titel „Bremspuren“ mit dem Fotografen Nikolaus Walter. Immerhin, die kritische Ausstellung war von rund 4 000 Neugierigen besucht worden und 1 156 Besucher beteiligten sich gar an einer Umfrage. Ihr Ergebnis war überraschend: Eine Mehrheit sprach sich für eine generelle Sperre der Innenstädte für Autos aus, für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel 88,1 %, und für 62,2 % sollte gar der Straßenneubau gestoppt werden.⁷ Diese „positiven“ Aussagen waren jedoch für Vorarlbergs Bevölkerung nicht repräsentativ, da eine „weitverbreitete kultische Hinwendung zum Auto“ vorherrschte. Ein bekannter Psychologe äußerte sich dazu erklärend und verwies auf den verbreiteten Narzissmus: „Das Auto ist das relativ billigste Mittel, mit dem man sich ein Gefühl von Potenz beschaffen kann. Motorfahrzeuge wecken das Gefühl der Herrschaft über Raum und Zeit. Sie wandeln Minderwertigkeitskomplexe schlagartig in Machtgefühle. Hinzu kommen sexuelle Implikationen und das Bewußtsein, dazugehören.“⁸

Wer durchs Land fuhr, wurde Augenzeuge dieser neu entdeckten „Auto-Sexualkultur“: „Auffrisierte Kleinwagen, mit Spoilern verunstaltete Familienautos, breite Reifen, Speziallackierungen, Superstereoanlagen und kitschig ausgestaltete Innenräume.“ Noch dazu waren viele Autos eine erhebliche finanzielle Belastung: Die AK berechnete für einen Mittelklassewagen monatliche Unkosten um 4.000,- Schilling und dies bei einem durchschnittlich mittleren Einkommen von 10.000,- bis 15.000,- Schilling: „Hohes Sozialprestige für ein sündteures kurzlebige Produkt.“⁹ Das Auto war zur Weltanschauung, zum Statussymbol geworden.

Obwohl die AK einsah, dass sie „kein ernstzunehmendes Gegengewicht zu den Werbemilliarden der Autoindustrie sein kann“ und daher ihr Weg „sehr schwierig und langwierig“ war, gab sie nicht auf. Es folgten umgehend Kontakte mit der Wirtschaftsabteilung des Landes Vorarlberg, über deren Pläne sie sich informierte.¹⁰ Das Resümee ihrer Dornbirner Ausstellung des Jahres 1989 gipfelte in einem Pressegespräch, zu dem auch Landesrat Herbert Sausgruber eingeladen wurde. Selbstbewusst lautete das Motto: „Schlußfolgerungen, Forderung an das Land.“ Hauptpunkt war die Kritik am bislang vernachlässigten Berufs- bzw. Werksverkehr und an Post und ÖBB. Sie seien nur für eine Minderheit attraktiv, daher werde der Berufsverkehr zu zwei Drittel mit privaten Personenkraftwagen abgewickelt. Es müsse vorrangig der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel vorangetrieben werden, hernach

Auch die wöchentlichen Grenz-
einkäufe und Pendlerbewegungen
tragen zur Verkehrsbelastung im
Rheintal bei.



sollten „*rigorose Maßnahmen zur Eindämmung des Individualverkehrs*“ erfolgen.¹¹ Lösungsmöglichkeiten sah man in der Einbindung der Betriebe in die Planung neuer öffentlicher Verkehrsverbindungen und bei der Abschaffung der starren Arbeitsbeginn- und Endzeiten in den Betrieben. Zur Umsetzung sollte ein Modellversuch in Dornbirn gestartet werden, weil dort im Jahr 1991 ein solcher für Stadtbusse erfolgen werde.¹² Als rascher Erfolg zeichnete sich ab, dass private Autounternehmer in der Region Kuppenberg und in Rankweil Nahverkehrsmodelle entwickelten.¹³

Eine Gesamtlösung war jedoch von Privaten und den Gemeinden nicht zu erwarten. Daher appellierte die AK an das Land, es möge endlich eine Gesamtlösung für den „öffentlichen Nahverkehr“ auf der Grundlage bisheriger Vorarbeiten erstellen: „*Es gibt keine ernsthafte Alternative zum Auto, wenn es nicht gelingt, den gesamten Wirtschaftsraum Rheintal mit einem flächendeckenden Nahverkehrssystem zu bedienen.*“¹⁴ Aber noch verhallten die Appelle an die „Vernunft“, klafften Wollen und tatsächliches Verhalten der Vorarlberger Autofahrer weit auseinander: „*Öffentlicher Verkehr gefragt, doch keiner fährt.*“¹⁵ Die AK verließ sich auch nicht auf die Untersuchungen des Landes und so begann sie ab 1990 ein Verkehrsleitbild zu entwickeln, das über die „*konventionellen Verkehrsplanungen hinausgehen*“ wollte und im Juli 1992 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.¹⁶

Aber noch war es nicht so weit. Der Individualverkehr hatte neuerlich zugenommen. Dies äußerte sich auch in den Wintersaisons. In den großen Skigebieten des Arlbergs und Montafons waren in den 80er-Jahren die Beförderungskapazitäten der Seilbahnen und Lifte ohne Rücksichtnahme auf andere strukturelle Gegebenheiten ausgeweitet worden, ohne dass vonseiten der Politiker Einhalt geboten wurde. Und so kam es, dass große Teile Vorarlbergs an „*Wochenenden zu einem erweiterten Parkplatz für die Schilifte im Montafon und am Arlberg verkommen*“. Die AK hatte schon 1989 vor dieser Entwicklung gewarnt und in diesem Zusammenhang vor allem auch die untragbaren Zustände in der Montafoner Fremdenverkehrsbranche scharf kritisiert: „*[...] unregelte Arbeitszeiten und geringe Entlohnung zwingen viele Einheimische zum Auspendeln. Für eine geregelte Arbeitszeit und angemessene Verdienstmöglichkeit wird auch der weite Weg ins benachbarte Liechtenstein oder in die Schweiz nicht gescheut. Die Arbeitsplätze im Gastgewerbe werden zumeist mit zugewanderten Arbeitnehmern aus dem In- und Ausland besetzt. [...] zu den großen Sorgenkindern zählt im Montafon auch die B 188 [...] kilometerlange Staus an Wochenenden [...].*“¹⁷

Die AK forderte gegen diese Erscheinungen als zentrales Mittel „*harte Einschnitte*“. Sie stellte 1991 daher eine Reihe von Maßnahmen zur Diskussion, von denen in den folgenden Jahren etliche auch realisiert wurden:



Zum hausgemachten Verkehr kommt noch die zusätzliche Belastung durch den Tourismus.

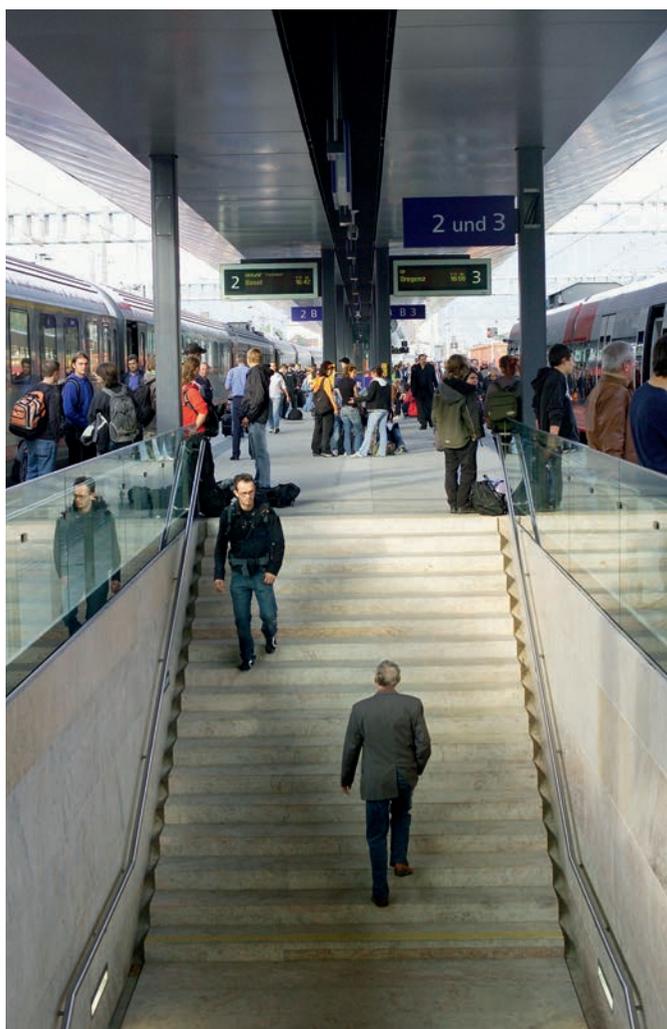


- Einschränkung bei der Abgabe von Tages- und Halbtageskarten an Wochenenden
- Errichtung großer Parkhäuser
- Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen
- Autofreie Zentren in den Fremdenverkehrsgemeinden
- „Skizüge“ bis in die Räume Schweiz und Süddeutschland
- Parkplatzbewirtschaftung¹⁸

Im selben Jahr war die AK wiederum auf der Dornbirner Messe präsent. Diesmal ging es vor allem um Informationen über Kfz-Haftpflichtversicherungen – „für kritische Konsumenten“ gedacht.¹⁹

Im Jahr 1992 war es endlich so weit: Der Verkehrspolitische Ausschuss der Arbeiterkammer präsentierte seinen „Diskussionsbeitrag zum Thema Verkehr“, seine neuen umfassenden Verkehrsleitbilder. Es waren

„realisierbare Ziele wie auch reale Utopien beschrieben“ worden. Die umfangreiche Studie stammte vom Feldkircher Stadtbaumeister Gabor Mödglagl. Hauptziel war die Reduktion des Verkehrsaufkommens, ohne dass es dabei zu Einbußen des Lebensstandards kommen würde. Um in der Bevölkerung einen „Wertewandel“ zu erreichen, wurden reale kurzfristige und mittelfristige Ziele aufgezeigt. Die Wichtigsten waren eine restriktive Parkraumpolitik, Geschwindigkeitsbeschränkungen und automatische Tempoeinstellungen, eine Altersstaffelung der Haftpflicht, die Förderung des Nahverkehrs, die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und – futuristisch – die Errichtung von „Solartankstellen für alternative Antriebe“ und die Schaffung eines Instituts für Verkehrsfragen. Eine nachhaltige Verkehrsplanung sei nur bei Beachtung des gesamten Bio- und Ökosystems sinnvoll.²⁰ Dieses Konzept stieß jedoch nicht nur auf Zustimmung. Kritiker meinten, die AK sei gar nicht für Verkehrsfragen



1999 wurde der Verkehrsverbund, eine alte Forderung der AK, gegründet.

zuständig, und sie hielten Tempo 80 auf Vorarlbergs Autobahnen für „Unsinn“. Die AK verteidigte sich, dieses Tempolimit sei nur an Winterwochenenden bei starkem Reiseverkehr angedacht worden. Und es habe sich ja gezeigt, was geschehe, wenn die Verkehrspolitik allein sogenannten „berufenen Leuten“ überlassen werde. Millionenbeträge seien durch „überzogene Straßenbauprojekte“ verschwendet worden. Es sei notwendig, „daß sich mög-

lichst viele Menschen zu diesem wichtigen Thema zu Wort melden“.²¹

Auch wenn in den folgenden Jahren keine neuen Impulse mehr gesetzt wurden, spielten Verkehrsfragen für die AK weiterhin eine große Rolle. Dies lässt sich daran erkennen, dass sich etwa 1993 von insgesamt 46 Gesetzes- und Verordnungsbegutachtungen 34 mit Verkehrsfragen beschäftigten. Dazu gehörten z. B. verschiedene Verkehrsbetriebskonzessionen, Beförderungstarife, Kinderbeförderung, Erlassung von 30 km/h-Zonen und Lärmschutz.²²

In den 90er-Jahren vollzog sich in der Landesverkehrspolitik ein sichtbarer Wandel: War man bisher vom Leitsatz „Mehr Autos, mehr Straßen“ ausgegangen, ging es nun um Verkehrsvermeidung bzw. um die Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs. Lebensqualität in den örtlichen Siedlungsbereichen stand vermehrt im Mittelpunkt. Außerdem waren die großen Straßenbauprojekte abgeschlossen. Zur Freude der AK war im Jahr 1999 ein „Verkehrsverbund“ geschaffen worden – eine ihrer alten Forderungen seit 1985.²³ Dieser vereinigte sämtliche im Bereich des öffentlichen Personalverkehrs tätigen Unternehmen in Vorarlberg, umfasste aber auch den grenzüberschreitenden Verkehr. Kennzeichnend waren einheitliche Tarife, Taktverkehr, Linienschema und öffentliche Finanzierung. Wie viele Personen den Verkehrsverbund in Anspruch nahmen, war jedoch selbst im Jahr 2007 nicht völlig klar: Man schätzte, mit dem Bus seien es täglich etwa 14 600 Personen und auf der Schiene 27 000 Fahrgäste. Für die AK war dies jedoch zu wenig. Immer noch waren drei Viertel der Arbeitnehmer mit dem Privatauto unterwegs, das waren ca. 100 000 Personen.

Obwohl seit den 80er-Jahren die Bevölkerung „nur“ um knapp 20 % gestiegen war, hatte der Pkw-Verkehr um 103 % zugenommen! In vielen Gemeinden wurden die Arbeitnehmer Zeugen eines „Verkehrskollaps“. Dazu hatten auch die anhaltende Zersiedelung und die Entstehung Dutzender von Einkaufszentren an den Ortsrändern beigetragen. Schuld an dieser Entwicklung gab die AK der Landespolitik und den Landesbehörden, denn „die Verkehrspolitik des Landes hat die Zunahme des Verkehrs als gegeben hingenommen“. Besonders wurde auf das leidige Problem der fehlenden Verwirklichung der „S 18“ hingewiesen; der Präsident der Industriellenvereinigung, Fritz Zumtobel, wurde diesbezüglich zitiert: „[...] die größte Niederlage während meiner Amtszeit [...] Da haben wir alle versagt.“²⁴

Ohne Einschränkungen für den Individualverkehr werden die Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel nie den gewünschten Effekt erzielen.



Die AK sah ihre Arbeitnehmer durch eine falsche Verkehrspolitik „leiden“ und rief ihre Mitglieder auf: „Schreiben Sie der AKtion, was Ihren Unmut auslöst.“²⁵ Das Leserforum der Zeitung wurde aktiv, und Situations-schilderungen und Ärger fanden publizistischen Niederschlag. Als Beispiel ein Ingenieur aus Feldkirch: „Ca. 90 % der Pkw in Richtung Liechtenstein sind um diese Zeit (7–8 Uhr) mit nur einer Person besetzt! Stauen sollen sie, bis sie schwarz werden! [...] Die Ländle-Verkehrspolitik ist gestrig! Schreibt alte Konzepte fort, baut neue Röhren, öffnet neue Schleusen, kauft Deko-Züge statt massenverkehrstauglicher Doppelstockgarnituren und genehmigt weitere Einkaufszentren außerhalb der Städte, und ich darf deren Erschließung mitzahlen.“²⁶

Wie sehr die AK der Verkehrsplanung Aufmerksamkeit schenkte, lässt sich im Jahr 2001 am geplanten „Erzbergtunnel“, einer wintersicheren Direktverbindung von Stuben nach Lech erkennen. Um die Meinung ihrer Kammermitglieder zu erhalten, gab sie eine Umfrage unter 400 Arbeitnehmer-Haushalten in Auftrag. Das Ergebnis war überraschend: Nur 1 % waren für den Tunnelbau. Vorrangig schienen bei 54 % dagegen eine zweite Pfänder-tunnelröhre, und 25 % sprachen sich für eine Südum-fahrung von Feldkirch aus.²⁷

Es war zu vermuten, dass in Vorarlberg mit den Jahren ein „gewisses“ Umdenken stattgefunden hatte, wenn es um die „Heilige Kuh Auto“ ging. Bei einer Leserumfrage 2004 waren jedoch immer noch 54 % der Ansicht, dass

die öffentlichen Verkehrsmittel „gegen die Blechlawine ausreichen“. Und es kamen auch Klagen, dass die „Öffis“ immer noch zu teuer und oft schwer erreichbar seien.²⁸

Ein emotionsgeladenes Thema war die Frage, ob höhere Strafen für Verkehrssünder berechtigt seien. Bereits im Jahr 1998 hatte bei einer Leserumfrage eine Mehrheit „kaum Verständnis für alkoholisierte Auto-Lenker“ aufgebracht. Sie war jedoch gegen höhere Geldstrafen. Abschreckender sei vielmehr ein „Führerscheinentzug für lange Zeit“.²⁹ Das Resultat einer weiteren Befragung im Jahr 2004 bewies ebenfalls ein Umdenken in der Bevölkerung: 70 % befürworteten nun höhere Strafen vor allem für Raser, Handy-Telefonierer und alkoholisierte Lenker. „Strafen müssen weh tun, sonst sind sie nutzlos.“³⁰ Außerdem hatte sich bei einer Leserbefragung im Jahr 2004 die Mehrheit für einen gesetzlich festgeschriebenen autofreien Tag ausgesprochen.³¹

Wiederum kam die Dornbirner Messe zum Zug: Im Jahr 2008 präsentierte die AK gemeinsam mit dem Land Vorarlberg und dem Verkehrsverbund die sogenannte „Jugendkarte“. Sie galt bis zum 26. Lebensjahr für Bus und Bahn und war um den halben Preis von 96,- Euro zu erhalten.³²

Wenn sich auch die AK beharrlich für öffentliche Verkehrsmittel und gegen den Individualverkehr aussprach, war sie sich doch im Klaren, dass dieser nicht gänzlich verhindert werden konnte und dass auch zahlreiche ihrer

Mitglieder und Arbeitnehmer auf das Privatauto angewiesen waren. Was man für diese tun konnte, waren im Laufe der Jahre verschiedenste Aktionen, so gegen Benzin- und Vignettenpreiserhöhungen, eine Kosteneindämmung und Qualitätssteigerung bei Autoserviceleistungen und wiederholt Kontrollen von Autoreifen. Ein im Jahr 1998 durchgeführter „Auto-Service-Test“ *„brachte kein Ergebnis, das man als gut bezeichnen könnte“*. Die AK listete die jeweiligen „Firmen-Sünder“ namentlich auf und die von ihnen übersehenen Mängel.³³ Ein Test, zehn Jahre später, verlief dagegen *„äußerst zufriedenstellend“*.³⁴ Ab dem Jahr 2010 standen wiederholt Autoreifen-Qualitätsfragen im Mittelpunkt. Dahinter standen Verordnungen der EU, die jedoch den Konsumenten meist nicht bekannt waren. Dabei dachte die AK auch an die Umwelt: *„Auf Reifen entfallen 20 bis 30 Prozent des gesamten Kraftstoffverbrauches eines Fahrzeuges, weshalb verbesserte Reifeneigenschaften einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der CO₂-Emissionen in der EU leisten können.“*³⁵

Ein Bereich, den die AK ab 1997 über zehn Jahre beschäftigte, waren die Fahrschulen und der Führerschein. Um es sogleich vorwegzunehmen, es gab viel Kritik – aber wenig Erfolg. Es ging vor allem um die Preisgestaltung. Im Jahr 1995 kostete bei den 15 Fahrschulen ein Paketpreis durchschnittlich 16.257,- Schilling, eine Fahrstunde 496,- Schilling. Vorarlberg war innerhalb Österreichs neben Niederösterreich der Spitzenreiter. Schuld gab die AK dem fehlenden Wettbewerb. Dies hing auch damit

zusammen, dass sich ein Führerscheinbewerber nicht etwa in ein billigeres anderes Bundesland oder gar ins benachbarte Ausland begeben konnte. Die Prüfung durfte nämlich nur von jener Behörde abgenommen werden, in deren „Wirkungsbereich“ der Prüfling seinen Wohnsitz hatte.³⁶ Im Jahr 2003 wurde der „Phasenführerschein“ eingeführt. Eine Erhebung der AK erbrachte, dass der Führerschein nun 1.505,- Euro kostete, das waren in Schilling umgerechnet rund 21.000,-!³⁷ Die AK forderte angesichts der Tatsache, dass ein Führerschein mehr als ein durchschnittliches Monatsgehalt kostete, *„eine Reform des Fahrschulwesens“*.³⁸

Eine weitere Interessensgruppe, der sich die AK über Jahre hinweg widmete, waren die Fern- und Berufsfahrer. Mit rund 3 000 Arbeitnehmern war sie bedeutend. Für die AK hatten die Fernfahrer längst den „Hauch der Romantik“ verloren: *„Die Wirklichkeit schaut anders aus. Fahren bis zur Erschöpfung, mit einem Fuß im Gefängnis und das für einen vergleichsweise bescheidenen Lohn.“* Zur Verbesserung der oft tristen Berufssituation boten Gewerkschaft und AK schon seit Jahren „mobile Beratungsdienste“ an. Aber das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein, und Schuld besaßen in erster Linie die Arbeitgeber, die Frächter: *„Die Frächter vergeben die Arbeit an Lenker, die am günstigsten bieten. An solche also, die am längsten fahren, die kürzesten Pausen einlegen und wissen, wie man Fahrtenbücher führt, die lange nicht ermüden und am ehesten wieder frisch sind, sich wenig denken und brav fahren.“*



Statussymbol Auto

Fernfahrer – ein beinharder Job,
bei dem das Gesetz oft mit dem
Gas-Fuß getreten wird.



*Sie bezahlen dafür mit ihrer Gesundheit und Jahren ihres Lebens.*³⁹

Es war für die AK und den ÖGB ein großer Erfolg, als es ihnen gelang, dass die Berufskraftfahrer im Jahr 1992 in die Lehrberufsliste aufgenommen wurden und dass sie damit zu Facharbeitern wurden.⁴⁰ Diese Maßnahme war ein voller Erfolg: Im folgenden Jahr meldete das Berufsbildungs-Center der AK den Lehrabschluss von 190 Fahrern, die Skepsis der insgesamt 3 000 „Brummi-Lenker“ war damit überwunden. Wie nötig diese Ausbildung war, zeigte ein Bericht in der AKtion. Ein Mitarbeiter der AK begleitete einen Fernfahrer auf seiner Tour und beschrieb, wie es im „grauen Truckeralltag“ zuing. Es war wenig erfreulich, worüber er berichtete: *„Frühstück im Führerhaus. Schlafen nach 30 Stunden Arbeit. Stau auf der Autobahn. Papierkram am Zollamt. Kein Wochenende zu Hause [...] An diesen Beruf wird sich eine Frau, die zu Hause wartet, wohl nie ganz gewöhnen können.“*⁴¹

Auch im folgenden Jahrzehnt vergaß die AK „ihre“ Berufskraftfahrer nicht, organisierte für „Brummi-Fahrer“ Vorträge und Diskussionen zum Berufsalltag und Informationsveranstaltungen zu den neuen europäischen Sozialvorschriften und zur Verkehrssicherheit.⁴² Gewöhnen mussten sich die Last- bzw. Fernfahrer auch an das Lkw-Überholverbot auf Autobahnen. Nach einer Leserumfrage im Jahr 1999 waren die Meinungen dazu nicht deutlich, polarisierten und schwankten zwischen *„Trottelei oder beste Idee seit Jahren“*.⁴³

Im Jahr 2000 meldete sich eine völlig andere Gruppe zu Wort, die nicht mit Beruf, sondern mit Freizeit zu tun hatte und wo es wohl auch noch ein wenig wirkliche Romantik gab – es waren die Mountainbiker. Die Mehrzahl der AKtion-Befragten war der Meinung, diese müssten auf den Güterwegen „freie Fahrt“ haben, doch sollten die *„Wald- und Wiesenrowdys identifiziert und bestraft werden“*. Zu einem Verbot meinte Raimund F. aus Vandans gar: *„Mountainbike-Verbot: So blöd, wie das einstige Verbot von Twist tanzen und das Tragen von Bikini.“*⁴⁴

Über alle Jahrzehnte hinweg engagierte sich die AK in Sachen Preisregelung. Sie sprach ein „klares Nein“ zur Pkw-Mauterhöhung aus und bezeichnete im Jahr 1997 das geplante *„Road-pricing als Milliarden-Experiment auf dem Rücken der Steuerzahler“*; verhindern konnte sie diese Maßnahme freilich nicht.⁴⁵

VOM COMPUTER ZUM SMARTPHONE

Die Arbeiterkammer gehörte in Vorarlberg zu den Pionieren, die sich mit Computern, Internet und sämtlichen Neuerungen auf dem elektronischen Medien- und Kommunikationsbereich auseinandersetzte. Ihre Einführungs- und Fortbildungskurse waren auf dem neuesten Stand. Dabei widmete sie sich nicht nur Berufstätigen, sondern auch Kindern und Jugendlichen, da diesen von den neuen Medien unterschiedlichste Gefahren drohten. Der Konsumentenschutz spielte dabei eine wichtige Rolle.

In den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts begannen Computer und Internet auch in Vorarlberg ihren Siegeszug. Die AK reagierte umgehend: Im Zusammenhang mit der Eröffnung des neuen Berufs-Bildungs-Centers im Ganahl-Areal in Feldkirch wurden im Jahr 1993 über hundert EDV-Kurse angeboten. Jeder Kursteilnehmer hatte einen Computer zur Verfügung und konnte einen solchen sogar kostenlos für seine Arbeiten benutzen. Mit diesem allseits bestaunten neuen Medium trat die AK im Jahr 1995 auf der Dornbirner Herbstmesse an die Öffentlichkeit. Ihre Bildungsabteilung schuf 1997 ein „Multimedia-Center“. Es gab keine Neuerung bei den elektronischen Medien, die von nun an nicht vorgestellt und durch Einführungs- und Fortbildungskurse begleitet wurde. Für Kritik sorgten Computerspiele für Minderjährige und der unreflektierte Gebrauch von Handys und Smartphones. Im Jahr 2011 wagte die Kammer den Eintritt ins Facebook.

Bereits im Jahr 1988 hatte die AK ihre Finanz- und Vermögensverwaltung, die Bildungsabteilung und die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit auf EDV umgestellt und das Personal „eingehend“ geschult.¹ In die Öffentlichkeit ging die AK im September 1995 auf der Dornbirner Herbstmesse. Mit Stolz verkündete sie im dortigen „Internet-Cafe“, dass sie in die „Datenautobahn“ eingestiegen war und dass von nun an ihre gesamten Dienste vom Computer abrufbar seien. Für Vorarlberg war das eine technische Sensation. Die Bedienung der „Software-

Werkzeuge“ zur Nutzung der Dienste war bislang „eher kompliziert“ und nur erfahrenen Computerspezialisten vorbehalten. Und solche gab es damals in Vorarlberg lediglich 1 100. Sie allein verstanden es, im Internet zu „surfen“. Die AK wurde damit zum größten Info-Anbieter im Internet.²

AK-Direktor Heinz Peter im Jahr 1996: *„Angesichts der Vorteile und des enormen Informationsangebotes im Internet ist es auch für die AK selbstverständlich, mit ihrem Dienstleistungsangebot in diesem neuen Medium vertreten zu sein.“* Auch in der AK-Zeitung AKtion wurde kräftig Werbung gemacht und die Leser erfuhren wohl erstmals über Begriffe wie „World Wide Web“ und „Surfen“.³ Ein Jahr später erfolgte ein weiterer wichtiger Schritt: Es wurde ein „Multimedia-Center“ mit neuester Kommunikationstechnologie eingerichtet, das mit „selbstgesteuertem Lernen“ begann.⁴ Dieses Center unterstützte den „Einstieg in die Welt von Bit und Byte“, bot 1998 bereits 13 verschiedene Kurse an und stellte zur Überraschung fest, dass diese bereits an erster Stelle gar vor den Sprachkursen gewählt wurden und dass der Computer, zumindest in der AK, nicht mehr die Rolle eines „reinen Männer-Spielzeuges“ einnahm.⁵ Die Auslastung der Kurse lag bei 100 %. Die Teilnehmer konnten sich der neuesten Standards bedienen, denn sämtliche Computer besaßen einen Internetanschluss, und es war auch ein „Netzwerklabor“ vorhanden.⁶ Wem die Kursprogramme noch nicht ausreichten bzw. wer sein erlerntes Wissen zur Probe stellen wollte, konnte den „Europäischen Computerführerschein“ erwerben. Dabei waren auch Englischkenntnisse gefragt, da die abgelegten theoretischen und praktischen Prüfungen in „Skills-Cards“, auf Deutsch „Teilprüfungskarten“, eingetragen werden mussten.⁷ Bereits nach kurzer Zeit traten die ersten Klagen und Bedenken auf. Hatte doch die AK-Konkurrenz durch eine EDV-Ausbildungsfirma für eine Unterrichtsstunde die gewaltige Summe von 1.000,- Schilling berechnet, der ganze Kurs kostete 20.000,- Schilling! Die Kammer riet, etwaig abgeschlossene Verträge anzufechten.⁸

Und dann begann sich auch das bislang unbekannte „Teleworking“ anzukündigen, mit dem eine „Magistra in St. Gerold, irgendwo links oben am Berg“ für einzelne Raiffeisenbanken arbeitete: *„Ihr Zuhause ist gleichzeitig ihr Arbeitsplatz.“* Was in den USA „Normalfall“ war, beurteilte die AK anfänglich recht kritisch: *„Der Angestellte wird zum Abgestellten oder Ferngestellten. Zwischen Zimmerpflanze und Wickeltisch werkt die per ISDN oder Datenleitung mit der Firma verbundene Elektropendlerin. Die Firma erspart*

Präsentieren die CD „Empfehlenswerte Computerspiele“: Gerhard Ouschan, Direktor Heinz Peter, Präsident Josef Fink und Hartmut Häfele



Im neuen Berufs-Bildungs-Center wurden modernste Computerkurse angeboten.



sich Büroräume samt teuren Arbeitsplätzen [...]. So laufen gerade teleworkende Mütter Gefahr, zwischen Computer und Kinder abgekapselt zu werden.“⁹

Gefahren lauerten aber auch beim „Surfen“: *„Die Augen werden müde, der Nacken steif, die Wirbelsäule schlägt Alarm. Ein klarer Fall von zu lange falsch gesurft.“* Um diesen neuen Beschwerden – für viele schon mit Suchtcharakter – abzuhelpfen, gab die AK eine eigene Broschüre mit

den entsprechenden Tipps heraus. Man wollte es geometrisch genau: *„Vier rechte Winkel beim Sitzen: bei Ellbogen, Becken, Knie und Fußgelenk.“¹⁰*

Etliche „Computeruser“ wiederum – so hießen sie jetzt – hatten an ihrem Arbeitsplatz allzu sehr private Interessen entwickelt! Doch die Firmenbosse waren *„sensibilisiert wie nie zuvor“*, ertappten sie doch Mitarbeiter bei diversen Computerspielen und anderen „Aktivitäten“, die den

Betrieben materielle Schäden zufügten – in Deutschland wurden diese im Jahr 2000 auf umgerechnet 175 Millionen Schilling geschätzt. Diesmal schlug sich die AK auf die Seite der Unternehmer und empfahl diesen sogenannte „Filter“ und gar spezielle Computerprogramme, die das Spielen verhinderten oder eine Meldung an einen „Aufpasser“ schickten. Zur Warnung an solch unverbesserliche Vorarlberger: „Den Schaden hat der Verursacher zu tragen.“ Dabei waren noch gar nicht die „potentiellen Viren“ in der Spielsoftware berücksichtigt worden.¹¹

Die AK betrieb auch nach der Jahrhundertwende intensiv die Weiterbildung im Bereich der elektronischen Medien:

- 2000: Vorbereitungskurs für eine neue Lehrabschlussprüfung zum EDV-Techniker
- 2003: „Elektronische Offensive“ mit 30 neuen Kursangeboten, u. a. Programmierung, Netzwerktechnik
- 2004: Webdesign-Zertifikat zur Erstellung einer Homepage. „Die gesamte Ausbildung verteilt sich auf mehrere Module, die von den Programmen

*Frontpage und Dreamweaver bis hin zu Flash und PHP-Technologie die wichtigsten Themen im Bereich Webdesign abdecken.*¹²

2005: CAD-Lehrgang für Konstrukteure und Maschinenbauer

Hatte sich die AK noch im Jahr 1996 recht skeptisch über „Teleworking“ von Frauen ausgesprochen, so gab sie fünf Jahre später klein bei, als das Ergebnis einer von ihr durchgeführten Umfrage vorlag. Nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmerinnen entschieden sich zu 80 % für die Arbeit mit „IT“ (Informationstechnologie). Und die diversen Schlagzeilen zur Neuorientierung lasen sich so: „Vereinbarkeit. Familie und Beruf: mobiler, daher flexibler – Job-Chancen. Computer eröffnet Frauen bessere Möglichkeiten – Die Technik stellt für die Frauen kein besonderes Problem dar.“¹³ Die AK wollte auch wissen, wie es bei den Internetnutzern mit „Telebanking“ stand. Da zeigten sich, zumindest im Jahr 2000, die Arbeitnehmer noch etwas „konservativ“: „Geschäftemachen übers Internet steckt noch in den Kinderschuhen.“¹⁴



Eine Gruppe, die nicht zu den „direkten Kunden“ der AK gehörte, waren Kinder und Jugendliche. Dennoch erfuhren sie mit ihren Eltern Rat und Hilfe, wenn es um „CD-Update mit noch mehr Fun“ ging und um die begehrten Computerspiele. Bereits im Jahr 1993 gab es an der AK die österreichweit erste Beratungsstelle für Eltern und Pädagogen, die der *„Spielsucht ihrer Sprösslinge hilflos gegenüber“* standen.¹⁵ Kurz darauf hatte die AK auch begonnen, Computerspiele zu bewerten. Es wurde auch eine CD-ROM mit *„pädagogisch empfehlenswerten Computer- und Videospielen“* produziert. Vor allem solch *„unbedenkliche“* Spiele waren eine Notwendigkeit, bedienten sich doch in Vorarlberg im Jahr 1998 bereits 90 % der Buben und 73 % der Mädchen der Computerspiele. Auf der AK-CD-ROM befanden sich 100 Spiele, und die Auflage von 10 000 Stück war ein Riesenerfolg, sie wurde sogar auf einer internationalen Tagung in Köln *„mit großem Erfolg“* präsentiert. Es gab freilich Warnungen vor solch neuen Freizeitbeschäftigungen. Aber die AK beruhigte: Die bewerteten Computerspiele führten nicht zur *„Isolation“* der Kinder und Jugendlichen, da sie *„zum Wettbewerb unter mehreren Spielern“* aufforderten. Auch seien sie immer mehr *„zum Teil sehr komplex und erfordern intensive geistige Anstrengung“*.¹⁶

Ob bei PC-Gewaltspielen „geistige Anstrengung“ nötig war, konnte jedoch angezweifelt werden. Auf jeden Fall hatten die meisten Vorarlberger Händler keine Skrupel, Gewaltspiele an Minderjährige zu verkaufen. Eine

16 Jahre alte Testperson – von der AK losgeschickt – kam mit fünf solchen Spielen nach Hause. Nur zwei Geschäfte lehnten den Verkauf ab. Dabei war der Verkauf unter 18 Jahren nach dem Vorarlberger Jugendschutzgesetz strafbar.¹⁷

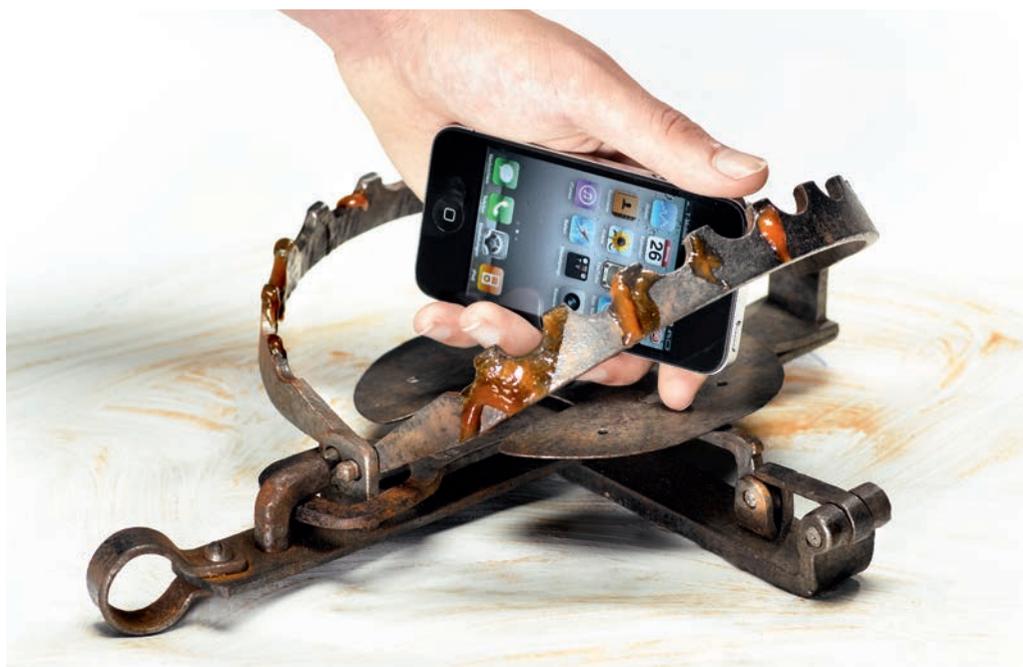
Seit der Jahrhundertwende lauerte auf Kinder und Jugendliche noch eine weitere mögliche „Gefahr“, mit der sich die AK intensiv beschäftigte – es war das sogenannte „Handy“ bzw. Mobiltelefon. Im Jahr 2004 trat sie auf den Plan und unternahm eine Umfrage unter den AKtion-Lesern: *„Brauchen Kinder und Jugendliche ein Handy?“* Es gab 50 % Ja-, 42,3 % Nein- und der Rest neutrale Stimmen. Die Befürworter brachten als Hauptargument den „praktischen Nutzen“ oder etwa „Notfälle“ ins Spiel, nur müsse der Umgang mit dem Handy gelernt werden: *„Dann ist es nicht so leicht möglich, in die Schuldenfalle zu geraten.“* Als „Spielzeug“ hielt man das Handy für zu teuer. Ein Rankweiler formulierte es drastisch und fand wohl breite Zustimmung: *„Handy am Ohr, die Zigarette im Mund – dann bist du bald ein armer Hund.“* Wie sich herausstellen sollte, wurde das Mobiltelefon für Minderjährige *„immer öfter zur Konsumfalle, vor allem wenn es als mobile Geldbörse“* verwendet wurde. Da halfen auch die Interventionen der AK nur selten.¹⁸

Ab dem Jahr 2004 rissen die Klagen Erwachsener über überhöhte und unverständlich hohe Handyrechnungen nicht mehr ab. Die AK-Konsumentenberatung hatte von nun an alle Hände voll zu tun, da sich *„solche Beschwerden*

Unkenntnis über die Systemeinstellungen und sorgloses Herunterladen führen immer wieder zu unliebsamen Überraschungen für die Nutzer von Smartphones.



Trotz Novelle des
Telekommunikationsgesetzes
schnappte die Handyfalle weiter
gnadenlos zu.



Willi Mathies: „Mich traf fast der
Schlag, als ich die Rechnung über
25.000,- Euro gesehen habe!“

zuletzt rapide vermehrten“. Publik gemacht wurde der Fall einer „geplagten Handybesitzerin“, die „pausenlos“ mit Erotik-SMS belästigt wurde, die sie nicht bestellt hatte, jedoch bezahlen sollte. Frau B. hatte Glück, auf Intervention der AK wurden ihr die Kosten von Mobilkom zurückerstattet.¹⁹ Das „Dauerärgernis“ der „SMS-Abzocker“, gegen die man sich kaum zu schützen vermochte, führte schließlich dazu, dass die AK im Jahr 2006 einen gerichtlich beeidigten Sachverständigen einschaltete, um solchen Betreibern auf die Spur zu kommen. Das Ergebnis war fatal, da viele dieser SMS-Anbieter im Ausland saßen und eine Nummer verwendeten, die auch andere Dienstleister nutzten.²⁰ Gegen den Mobilkom Austria-Betreiber ging die AK im selben Jahr vor Gericht. Dieser hatte sich geweigert, sekundengenaue Abrechnungen von Handygesprächen vorzunehmen.²¹ Drei Jahre später tauchte eine neue „Kostenfalle“ auf, welche die AK-Konsumentenberatung „mehrmals am Tag“ beschäftigte. Es waren sogenannte „Mehrwert-SMS“ mit der Vorwahl „09“. Es handelte sich dabei um die Versendung teurer Textnachrichten, ohne dass vorab ein rechtskräftiger Vertrag abgeschlossen worden war. Der Rat der AK lautete: Einrichtung einer Mehrwertsperr im Handy und Einspruch beim Netzbetreiber.²² Was die AK jedoch nur in einzelnen Fällen verhindern konnte, waren die hohen Kosten für das mobile Internet im Ausland, die sogenannten „Roaminggebühren“. 2007 hatte sich ein Lustenauer „beim mobilen Surfen in Grenznähe“ unbemerkt in ein ausländisches Netz

Eine Überschreitung des Datenvolumens am Handy hatte oft eine hohe Telefonrechnung zur Folge.



eingewählt: Das Resultat 2.200,- Euro – Intervention der AK ohne Erfolg.²³ Sogenannten „Roamingopfern“ stand die AK jedoch auch weiterhin hilfreich zur Seite und ersparte ihnen dadurch allein im Jahr 2015 37.000,- Euro.

Ein spezielles Problem stellten Handys bei Jugendlichen dar. Es hatte sich unter ihnen herumgesprochen, dass man Handys zu „mobile-commerce“ und „mobile-payment“ nutzen konnte. Eltern, die für ihre Jugendlichen solche Verträge unterschrieben hatten, hatten meist keine Ahnung von dieser „mobilen Geldbörse“ und dass sie damit Haftungen übernommen hatten. *„Die meisten Kinder sind ihren Eltern diesbezüglich weit überlegen.“* So war denn auch Frau A. im Jahr 2008 überrascht, als sie für „Mobile Shopping“ und gar einige Runden „Online-Poker“ ihres durchaus „mobilen“ Sohnes an die 500,- Euro zu bezahlen hatte. Die AK trat dagegen mit einer Reihe konsumentenpolitischen Forderungen und Schutzbestimmungen an die Mobilfunkbetreiber und Gesetzgeber heran.²⁴

Überraschungen bereiteten aber nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern in den folgenden Jahren auch die Mobilfunkbetreiber. Die AK kam aufgrund ihrer Erfahrungen zum Schluss: *„Grundsätzlich sind Kostenerfassung und Rechnungserstellung der Mobilfunkbetreiber undurchsichtig und meist nicht nachvollziehbar [...] nicht selten scheitern Kunden an ihrer technischen Ahnungslosigkeit.“*²⁵

Zwei „unverschämte Machenschaften“ ereigneten sich im Jahr 2011: *„Einem A1-Kunden flatterte eine Telefonrech-*

nung in der Höhe von sage und schreibe 25.000,- Euro ins Haus. Nach einer schlaflosen Nacht wandte sich der Schi-lehrer verzweifelt an die AK-Konsumentenberatung. [...] Wer glaubt, es handelt sich um einen Einzelfall, der irrt.“ In einem anderen Fall waren offensichtlich Betrüger am Werk, die unbemerkt eine „Rufumleitung“ vom Handy des Konsumenten gelegt hatten. Dadurch entstand eine Handyrechnung vom Netzbetreiber Orange, die über 15.000,- Euro betrug. Die AK reagierte unverzüglich und leitete rechtliche Schritte gegen die Netzbetreiber ein. Sie musste vorerst feststellen, dass von den Mobilfunkbetreibern *„so gut wie jedes Missbrauchsrisiko auf die Kunden abgewälzt“* wurde.²⁶ Die AK ließ nicht locker, brachte die Fälle sogar vor die Vollversammlung und regte das Landeskriminalamt zu Untersuchungen an. Man vermutete, hinter den hohen Rechnungen könnten *„System und der Strafbestand des Sachwuchers stehen“*. Die *„25.000,- Euro“* waren mittlerweile durch sämtliche Fernsehsender, Radio-stationen und Zeitungen Österreichs gegangen und hatten Schlagzeilen gemacht.²⁷ Obwohl schließlich der Schi-lehrer den Betrag nicht zu erstatten hatte, gab sich die AK damit nicht zufrieden, was schließlich die Bundesinfrastruktur-ministerin Bures unter Druck setzte. In die Novelle zum Telekommunikationsgesetz sollten – so die AK – ver-pflichtende Sperrregelungen aufgenommen werden. Daraus wurde vorerst nichts, das Gesetz kam auf die Warteliste und die AK resümierte erklärend: *„Es kam die Lobbyingmaschinerie der Handyfunker auf Touren. Mutlose*

Ministerin lässt die Handybesitzer weiter zittern.“²⁸ Aber auch die Staatsanwaltschaft Feldkirch war der AK in ähnlichen Fällen nicht geneigt und stellte die Verfahren mit der Begründung ein, dass es sich „*allenfalls um einen Sozialbetrug handelt, der jedoch strafrechtlich nicht sanktioniert ist*“. Die AK forderte einmal mehr, dass der Tatbestand des „Sozialwuchers“ in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden müsse.²⁹

Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich drei Jahre später: Einem Studenten war im Urlaub sein Handy gestohlen und ihm hernach eine Rechnung von 17.000,- Euro präsentiert worden. Solche Fälle hatten sich gehäuft. Bisher standen nämlich Konsumenten einem SIM-Kartenbetrug schutz- und hilflos gegenüber. Die Vollversammlung stellte den Antrag an den Gesetzgeber, solche Missbräuche durch entsprechende Gesetze zu verhindern. Vorschläge wurden formuliert, darunter dass der Netzbetreiber sicherzustellen habe, dass ein Höchstbetrag von 150,- Euro nicht überschritten werden durfte. Den Urlaubern gab die AK wertvolle Tipps, die gar in einer eigenen Broschüre zusammengefasst wurden.³⁰

Nach zwanzig Jahren hatten sich Handys, SMS, E-Mail & Co zu einem allgemeinen, weil erschwinglichen Konsumgut entwickelt. Selbst die letzten technologiefeindlichen Hardliner hatten den Widerstand aufgegeben. Obwohl die AK augenscheinlich zu den „Fortschritt-Freaks“ gehörte, musste sie doch erkennen: „*Für die einen Plage, für andere Segen.*“³¹ Die „Plage“ bezog sich in erster

Linie auf die von ihr vertretenen Arbeitnehmer. Die von der AK stets geforderte „*Normalarbeitszeit ist am Ende angelangt*“. Und Schuld daran hatten die modernen Kommunikationstechniken, vor allem Handy und Internet, welche die Arbeitnehmer auch in ihrer Freizeit, außerhalb des Arbeitsplatzes zur beruflichen „*Pflichterfüllung*“ und „*Verfügbarkeit*“ ermahnten – es ging generell um die Folgen der betrieblichen Informationsflut und speziell um Rufbereitschaften. Ein AK-Rechtsexperte fasste im Jahr 2012 zusammen: „*Im Urlaub gibt es schlichtweg keine Arbeitsverpflichtung.*“ Und das Urteil eines Vorarlberger Arbeitspsychologen lautete: „*Auch wenn es Personen gibt, die mit der Informationsflut gut zurande kommen, ist generell eine höhere gesundheitliche Belastung feststellbar: Kurzfristig ist das kompensierbar, aber langfristig wird das irgendwann zu viel.*“³²

Nach dem Jahr 2008 überschlugen sich die neuen Technologien im Kommunikationsbereich und die AK reagierte wiederum rasch. Da ging es um das kostenlose Telefonieren im Internet, genannt „Skype“. Man bot dazu ein eigenes Einführungsseminar an.³³ Dann gab es auch Kurse für „Präsentations-Profis“ unter der Bezeichnung „Power Point Effektiv“.³⁴ Und im Jahr 2011 wagte die AK sogar den Sprung ins Facebook. AK-Direktor Rainer Keckeis dazu: „*Wir haben lange und gründlich überlegt, ob überhaupt und wie wir unseren Facebook-Auftritt anlegen. Ein soziales Netzwerk hat gute und schlechte Seiten, auf die schlechten weisen wir regelmäßig hin, die guten wollen wir*

Mit gestohlenen SIM-Karten verursachen Betrüger Horror-Rechnungen. Die Opfer sind schutzlos, die AK forderte rechtliche Konsequenzen.



jetzt dazu nutzen, uns noch besser mit unseren Mitgliedern und Ratsuchenden zu vernetzen.“³⁵

Mittlerweile hatte das kalifornische Unternehmen Apple Inc. eine neue Art von Mobiltelefon herausgegeben: das „Smartphone“. Es besaß umfangreiche Computerfunktionen und Verbindungen mit Zusatzprogrammen, den sogenannten „Apps“. Erstaunen, Neugierde aber auch Verwirrung waren vorerst groß. Dies führte dazu, dass sich die AK im Jahr 2012 zu diesem Thema und den Geräten auf der Dornbirner Messe äußerte und beratend ihren Telekommunikationsexperten zur Verfügung stellte. Darüber hinaus wurden zwei Broschüren aufgelegt: über Telefonieren mit dem Handy und über die Funktionen von Smartphones.³⁶ Wem dies nicht genügte, konnte einen der Smartphone-Kurse besuchen. Sie waren „ein Hit!“³⁷ Durchaus verständlich, da die AK in großen Lettern die Phonebesitzer unter anderem davor warnte: „*Spione in der Hosentasche. So schützen Sie Ihre Daten. [...] die kleinen Computer sind untreu. Heimlich senden sie Daten an Apple, Google, den App-Ersteller und viele andere.*“³⁸ Und da besagte „Untreue“ nicht schon im Kindesalter geweckt werden sollte, gab man beflissenen Eltern den pädagogischen Rat: „*Smartphones sind für kleine Kinder nichts.*“ „Einfache“ Handys waren dagegen kein Problem, bekamen sie doch im „Durchschnitt“ ein solches bereits im Alter von zehn Jahren.³⁹ Wenn das Kind schon auf ein solches und nicht billiges Weihnachtsgeschenk vorerst verzichten musste, stand ihm doch der bereits vertraute Computer mit Internetanschluss der Eltern zur Verfügung. Und wie die AK-Konsumentenberatung warnte, gab es dort Gewaltspiele, rassistische und pornografische Informationen und Darstellungen. Auch könnten schädigende „Vertrauensverhältnisse zu fremden Personen“ hergestellt werden. Dagegen nutzten meist auch „Sperrungen und Filter“ nichts – die Kinder waren im Umgang mit neuen Technologien geübt. Daher fand eine AK-Pädagogin die beste Lösung bei den Eltern, welche „Medienkompetenz“ vermitteln und ihr Kind im Internet „begleiten“ sollten.⁴⁰ Dagegen war der „E-Reader“ harmlos und zu empfehlen, wenn man nur wusste, was das war und wer die besten und billigsten Angebote besaß. Aber auch dieses Problem löste die AK-Konsumentenabteilung mit einem umfangreichen Test der Geräte.⁴¹ Nach wie vor hatte jedoch die AK mit Handys, Internet und TV alle Hände voll zu tun. Allein im Jahr 2014 gab es dazu 4 410 Anfragen und Beratungen!⁴²



Ob ständiges Erreichbarsein oder das „nur g’schwinde Checken“ des E-Mailordners in der Freizeit wirklich sinnvoll ist, führt zu heftigen Diskussionen.